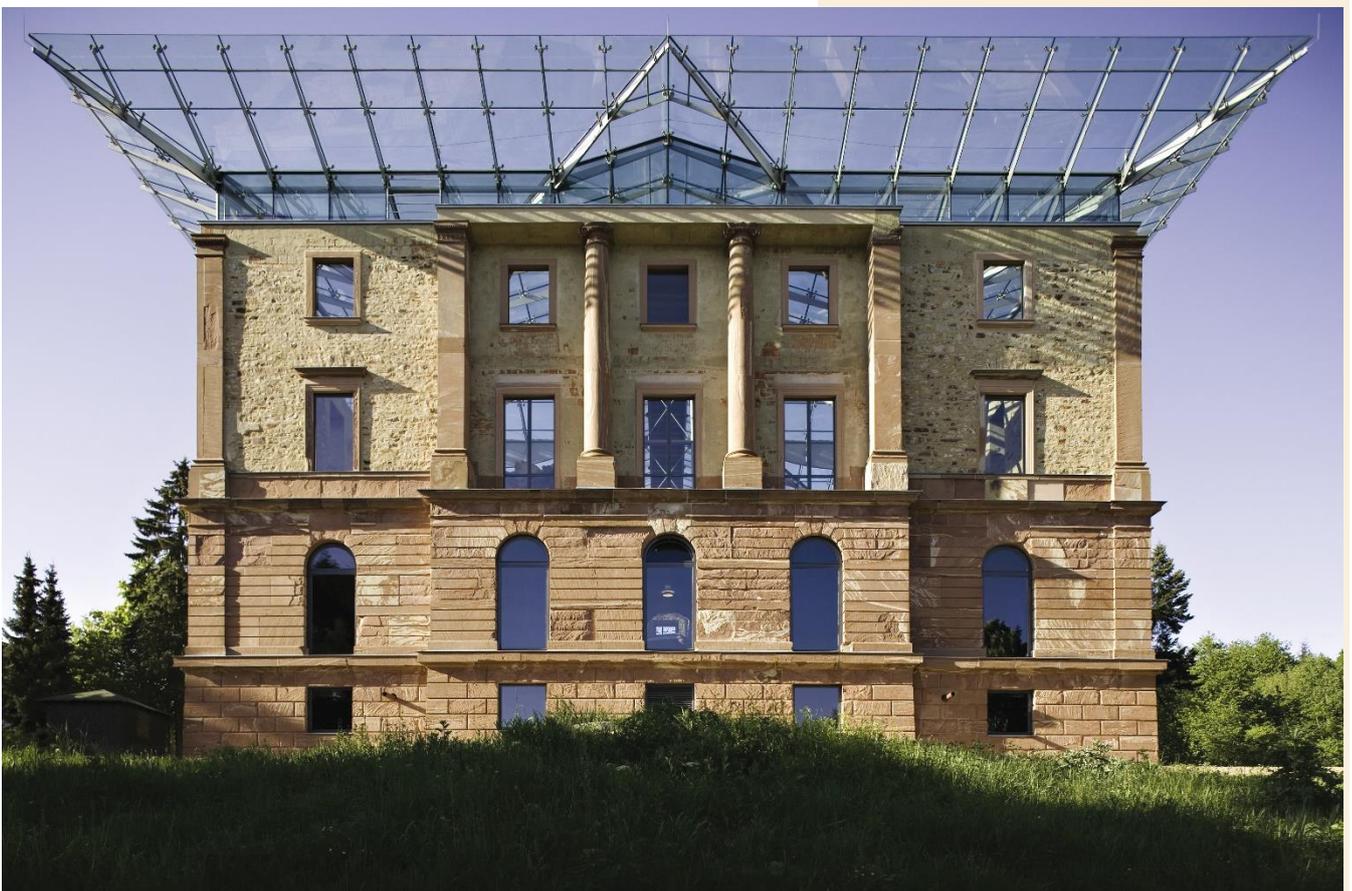


LANDESHAUPTSTADT



# Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2021

[www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)

# Gesamtabschluss 2021

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2021</b> .....	<b>5</b>
<b>1. Konsolidierungsbericht</b> .....	<b>5</b>
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden .....	5
1.1.1 Einführung .....	5
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	6
1.1.3 Geschäftsverlauf .....	9
1.1.4 Vermögenslage: .....	18
1.1.5 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss .....	20
1.1.6 Ergebnissituation .....	21
1.1.7 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss .....	23
1.1.8 Finanzlage .....	24
1.2 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick .....	25
1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres ..	43
<b>2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung</b> .....	<b>44</b>
2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung .....	44
2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung .....	46
2.3 Konsolidierte Finanzrechnung .....	47
<b>3. Anhang</b> .....	<b>48</b>
3.1 Allgemeine Angaben .....	48
3.1.1 Rechtliche Grundlagen .....	48
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises .....	48
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze .....	53
3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....	55
3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung .....	59
3.2.1 Anlagevermögen .....	59
3.2.2 Umlaufvermögen .....	67
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten .....	67
3.2.4 Eigenkapital .....	68
3.2.5 Sonderposten .....	69
3.2.6 Rückstellungen .....	70
3.2.7 Verbindlichkeiten .....	73
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten .....	73
3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung .....	74
3.3.1 Ordentliches Ergebnis .....	74
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis .....	85
3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis .....	86
3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung .....	87
3.5 Sonstige Angaben .....	89
3.5.1 Haftungsverhältnisse .....	89
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen .....	91
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen .....	93
<b>Anlagen</b> .....	<b>94</b>
Anlage (1) Anlagenspiegel .....	95
Anlage (2) Forderungsspiegel .....	96
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel .....	97
Anlage (4) Sonderpostenspiegel .....	98

## Gesamtabschluss 2021

---

Anlage (5) Rückstellungsspiegel .....	99
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel .....	100
Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen .....	101

## Gesamtabschluss 2021

---

### A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) den Gesamtabchluss für das Jahr 2021 vor. Das Ziel dieses Werkes besteht darin, die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist mit 204 km<sup>2</sup> Gemarkungsfläche eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht, sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Das Berichtsjahr 2021 ist gekennzeichnet durch die wirtschaftlichen Folgen der nunmehr seit zwei Jahren anhaltenden Corona-Pandemie. Die Gewerbesteuereinnahmen der Kernverwaltung der LHW reduzierten sich erneut und liegen damit auf dem Tiefstand seit sechs Jahren. Zudem fand keine Kompensation der Gewerbesteuerausfälle mehr durch das Land Hessen statt. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte stiegen zwar insgesamt wieder, liegen aber immer noch unter dem Niveau von 2019. Insbesondere die Bereiche Verkehr, Veranstaltungen, Messe und Freizeit erholten sich noch nicht wieder vollständig. Dies ging einher mit steigenden Aufwendungen durch weltweit gestörte Lieferketten, zunehmende Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft sowie den ersten Vorboten der steigenden Inflation. Als Folge ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -75,2 Mio. €, welcher die bestehenden Rücklagen entsprechend reduziert. Die Gesamtleistung (Umsatz) verringerte sich auf 2,1 Mrd. €. Lediglich das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 5,2 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, da die Schwerpunktthemen, welche die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, weiterhin verfolgt wurden. Zu nennen sind der Ausbau des emissionsfreien öffentlichen Nahverkehrs, die Investition in Schulen, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums sowie die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen.

Um das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge gerade in der aktuellen Situation langfristig zu sichern, gewinnt eine vorausschauende Planung der Kernverwaltung und ihrer Aufgabenträger umso mehr an Bedeutung.

Der vorliegende Gesamtabchluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des

## Gesamtabschluss 2021

---

Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.



Axel Imholz  
Stadtkämmerer

## Gesamtabschluss 2021

---

### B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2021<sup>1</sup>

#### 1. Konsolidierungsbericht

##### 1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

###### 1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen Ende 2021 291.645 Einwohner.<sup>2</sup> Hinzu kamen noch die Mitglieder der US-Heeresgarnison sowie deren Familien. Die LHW ist mit ca. 54 km<sup>2</sup> Wald und knapp 10 km<sup>2</sup> Grünanlagen<sup>3</sup> eine grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes und stellt dabei zugleich ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum dar. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, den Museen, dem Kulturzentrum Schlachthof, dem Kurhaus mit Spielbank, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunsthöfen. Die LHW bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Wiesbaden ist ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten sowie einer hohen Lebensqualität. Zudem ist die zentrale Lage in Deutschland und Europa ein ausgezeichneter Standort für internationale Messen und Kongresse. Das RheinMain CongressCenter (RMCC) zählt zu den modernsten und innovativsten Kongress- und Veranstaltungshäusern Europas.

Neben Frankfurt am Main, Mainz, Darmstadt und Offenbach gehört Wiesbaden zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die LHW rangierte in 2021 mit einem Kaufkraftindex von 109,2 % des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 26 Tsd. € Ausgaben für Konsum pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der deutschen Städte.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

<sup>2</sup> Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus dem „Statistischen Jahrbuch 2021 - 02 Bevölkerung“ S. 11.

<sup>3</sup> Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus dem „Statistischen Jahrbuch 2021 - 01 Stadtgebiet und Fläche“ S. 1.

<sup>4</sup> Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus dem „Statistischen Jahrbuch 2021 - 04 Arbeitsmarkt und Wirtschaft“ S. 98.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

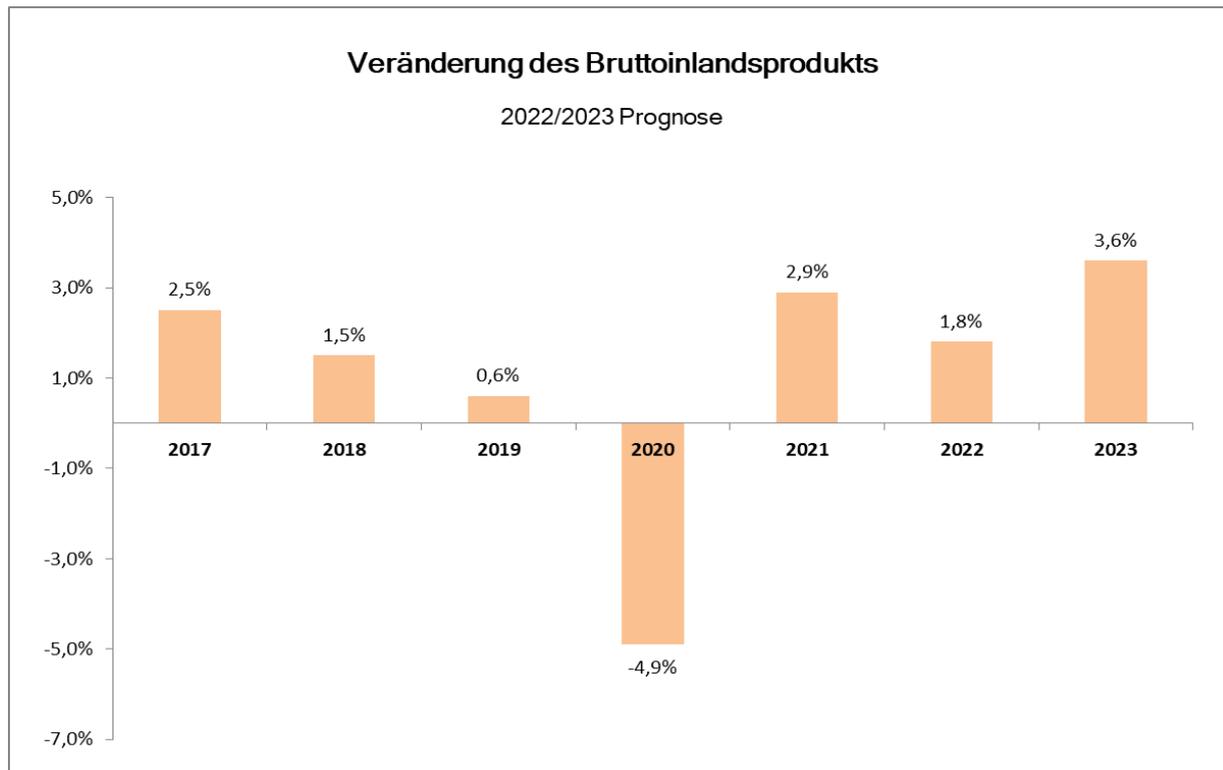
Trotz der anhaltenden Corona-Pandemie sowie gestörter Liefer- und Materialketten erholte sich die Weltwirtschaft im Jahr 2021 zunehmend. Dies zeigte sich in einem deutlichen Anstieg des globalen Bruttoinlandsproduktes. Sinkende Neuinfektionen, rasche Impffortschritte und die Lockerung der Maßnahmen die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffen wurden, führten zu einem Anstieg von Produktion, Konsum und Handel. Insgesamt traf die steigende Nachfrage auf Liefer- und Kapazitätsengpässe, welche wiederum zu Störungen der globalen Wertschöpfungsketten und zu Preiserhöhungen führten. Gleichzeitig wurde das Ziel einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft in den Fokus gestellt. Hierbei bietet die stetig voranschreitende Digitalisierung große Potenziale. Nationale Maßnahmen und Strategien wurden auf europäischer und weltweiter Ebene entwickelt, um den Herausforderungen effektiv zu begegnen. Für die Steigerung der Produktivität waren höhere private und öffentliche Investitionen zu generieren.

Das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2021 nach dem coronabedingten Einbruch im Vorjahr um 2,9 %. Dies ist weniger als ursprünglich vom Sachverständigenrat angenommen. Während es in den Sommermonaten zu einer kräftigen konjunkturellen Belebung der Wirtschaft kam, die mit dem Anstieg der privaten Konsumausgaben einherging, dämpften in den Wintermonaten erneute Einschränkungen im Zuge des Pandemiegeschehens die Wirtschaftsentwicklung, insbesondere bei den persönlichen Dienstleistungen. Darüber hinaus belasteten Materialengpässe, steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie ein zunehmender Fachkräftemangel die deutsche Konjunktur. Dies traf in erster Linie die Produktion in der deutschen Industrie.<sup>5</sup> Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2021 von knapp 45 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das sind 22.000 Personen mehr als im Jahr 2020.

---

<sup>5</sup> Jahresgutachten 2021/2022 des Sachverständigenrats.

## Gesamtabschluss 2021



Quelle: Aktualisierte Konjunkturprognose 2022/2023 vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 30.03.2022 S. 52.

Für das Jahr 2022 erwartet der Sachverständigenrat ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes von 1,8 %. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bremst die wirtschaftliche Entwicklung, woraus hohe Preise für Energie und Rohstoffe resultieren. Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten stellt ein beträchtliches Risiko für die europäischen Staaten dar. Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemiewellen fallen zunehmend geringer aus. Für die Prognose unterstellt der Sachverständigenrat, dass sich die Energiepreise im Prognosezeitraum auf hohem Niveau bewegen würden.

Neben dem Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 wird eine höhere Inflationsrate prognostiziert. Die große Abhängigkeit von russischen Energielieferungen birgt das erhebliche Risiko einer geringeren Wirtschaftsleistung bis hin zu einer Rezession bei gleichzeitig deutlich höheren Inflationsraten.<sup>6</sup> Das ifo Institut ging am 12.09.2022 davon aus, dass sich die Inflationsrate im Jahr 2022 auf 8,1 % belaufen werde.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Konjunkturprognose 2022 und 2023 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

<sup>7</sup> Pressemitteilung vom 12.09.2022 ifo Schnelldienst.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden im Frühsommer 2022 zeigt, dass sich die globalen Entwicklungen auch auf die regionale Wirtschaft auswirken. Während der hessenweite Geschäftsklimaindex zum Ende des Jahres 2021 noch über 100 Punkten lag, reduziert er sich im Frühsommer 2022 auf nun 98 Punkte. In der Wirtschaftsregion Wiesbaden reduziert sich der Wert auf 108 Punkte (-12 Punkte). Ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung. Damit herrscht im Gegensatz zu Hessen in der Region Wiesbaden im Frühsommer 2022 eine positive Grundstimmung.

Die aktuelle Geschäftslage in der Region Wiesbaden ändert sich im Saldo seit der letzten Umfrage zu Beginn des Jahres 2022 kaum. So bewerten im Frühsommer 2022 37 % der hessischen Unternehmen ihre Geschäftslage als gut (-6 %), 12 % (-7 %) als schlecht und 50 % als zufriedenstellend (+12 %).

Die Geschäftserwartungen in der Region Wiesbaden sind stark eingetrübt und zeigen eine große Besorgnis und Verunsicherung. Die Mehrheit der Betriebe (55 %) geht zwar von gleichbleibenden Geschäften aus. Allerdings haben mehr Unternehmer negative Geschäftserwartungen (26 %) als positive (19 %).

Die Beschäftigungslage bleibt stabil. Nach wie vor ist der überwiegende Teil der Wiesbadener Unternehmer daran interessiert, den Personalbestand zu halten (76 %). Während 8 % der Betriebe ihre Belegschaft verkleinern wollen, planen 16 % der Betriebe sogar die Vergrößerung ihrer Belegschaft.<sup>8</sup>

Die Arbeitslosenquote in Wiesbaden ist zwar im Vergleich zu anderen hessischen Städten immer noch hoch, reduzierte sich aber zum Stichtag 31.12.2021 leicht auf 7,4 % (Vj. 7,7 %). In ganz Hessen verringerte sich die Arbeitslosenquote zum 31.12.2021 durchschnittlich auf 4,6 % (Vj. 5,4 %). Ursache für die höhere Arbeitslosenquote in Wiesbaden im Vergleich zu anderen hessischen Städten, ist der Arbeitsmarkt in Wiesbaden, der durch eine dürftige Aufnahmefähigkeit von geringqualifizierten bzw. ungelernten Kräften und einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften gekennzeichnet ist.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Frühsommer 2022.

<sup>9</sup> Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“.

## Gesamtabschluss 2021

### 1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der LHW ging im Berichtsjahr 2021 mit einer deutlichen Reduzierung der Gewerbesteuereinnahmen einher. Die privaten und öffentlichen Leistungsentgelte erholten sich zwar wieder, lagen aber noch nicht auf dem Niveau des Jahres 2019 „vor Corona“. Die Aufwendungen stiegen deutlich, was bereits auf die höhere Inflation hindeutet. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer wurden nicht wie in 2020 durch Bund und Land ausgeglichen. Daneben verringerten sich die Schlüsselzuweisungen. Somit ergab sich im Verbund ein konsolidierter Jahresfehlbetrag von -75,2 Mio. €.

#### Steuern und Schlüsselzuweisungen

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
Gewerbesteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	262,7	314,4	-51,7 ↓
Einkommensteuer	191,0	176,1	14,9 ↑
Schlüsselzuweisungen	208,1	233,6	-25,5 ↓
Grundsteuer (A + B)	59,3	58,7	0,6 ↑

Die Gewerbesteuererträge i. H. v. 262,7 Mio. €<sup>10</sup> lagen im Berichtsjahr 51,7 Mio. € unter denen des Vorjahres. Ebenso verzeichneten die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich einen Rückgang um 25,5 Mio. €. Gegenläufig dazu entwickelten sich die Einkommenssteuer- und Grundsteuererträge, welche sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 15,5 Mio. € erhöhten.

Sowohl private als auch öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte konnten gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 52,7 Mio. € auf 827,4 Mio. € gesteigert werden. Die ordentlichen Aufwendungen wiesen eine Steigerung von 101,7 Mio. € auf. So fielen im Berichtsjahr höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen (634,0 Mio. €; +39,3 Mio. €), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (684,8 Mio. €; +43,9 Mio. €), Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (140,8 Mio. €; +5,6 Mio. €) und Transferaufwendungen (431,1 Mio. €; +16,3 Mio. €) an. Dagegen verringerten sich die Abschreibungen (168,7 Mio. €; -2,8 Mio. €), die Steueraufwendungen einschließlich der gesetzlichen Umlageverpflichtungen (125,7 Mio. €; -0,3 Mio. €) und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (14,0 Mio. €; -0,3 Mio. €).

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 8.938 Mitarbeitende. Dies waren 313 Mitarbeitende mehr als im Vorjahr, wobei hier erstmals auch die Mitarbeitenden der WIVERTIS GmbH inbegriffen wurden, die seit dem 01.01.2021 zum Verbund der LHW gehören.

<sup>10</sup> Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

## Gesamtabschluss 2021

---

### Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die **WVV Holding** erzielt neben ihrer Holdingfunktion Umsatzerlöse aus der Vermietung eigener Liegenschaften in Wiesbaden.

Unter den Vorräten wird unverändert die zum Verkauf bestimmte **Citypassage** (City I)<sup>11</sup> ausgewiesen. Diese wurde im Jahr 2016 mit dem Ziel erworben, das Objekt zusammen mit einem Nutzungskonzept und einem Bebauungsplan zur städtebaulichen Weiterentwicklung des Quartiers bzw. der Fußgängerzone an einen Erwerber zu veräußern. Nachdem die Verkaufsverhandlungen zunächst scheiterten, begann im Mai 2021 ein neues EU-weites Interessenbekundungsverfahren. Das EU-Verfahren konnte im Jahr 2022 erfolgreich beendet werden. Mit dem Bestbieter der Firma Art-Invest wurde am 21.06.2022 ein notarieller Kaufvertrag über den Erwerb des Grundstückspaketes „City Passage“ abgeschlossen (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen).

Das in Teilen als Einzelkulturdenkmal geschützte **Gebäude „Walhalla“** kann aus statischen und brandschutztechnischen Gründen in weiten Teilen nicht genutzt werden, deshalb wurden bereits diverse Planungen zur Revitalisierung erstellt. Vorgesehen ist nach wie vor eine kulturelle Nutzung. Zur Präzisierung des Nutzungskonzeptes wurde Mitte des Jahres 2021 ein Kreativprozess mit lokalen und überregionalen Persönlichkeiten aus der Kulturszene durchgeführt und die Ergebnisse im Walhalla Manifest zusammengefasst. Darüber hinaus wurde eine Steuerungsgruppe gebildet, die den Prozess professionell begleitet. Im Berichtsjahr fielen im Wesentlichen Aufwendungen für die Verkehrssicherung des Gebäudes an (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen).

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten zu adäquaten Preisen mit Wohnraum. Mit 13.216 Wohnungen - davon rd. 4.000 Sozialwohnungen - gelten die GWW und die GeWeGe als größte Anbieter auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt. Hierbei steht insbesondere die langfristige Sicherung dieses Wohnungsbestandes zur sozialen Fürsorge und Grundversorgung im Vordergrund. Die Aktivitäten der Gesellschaften sind nicht nur auf eine reine Bestandsverwaltung der Wohnungen gerichtet, sondern berücksichtigen auch die Stadtgestaltung und den neuesten Stand der Technik. Dies alles dient der Erhöhung der Wohnqualität innerhalb der Stadt. Zudem erhält durch Mieterprivatisierung und dem Neubau von Eigentumswohnungen im Rahmen des Bauträgergeschäfts ein Teil der Bevölkerung die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben.

Der Immobilienbestand der **GWW** belief sich Ende 2021 auf 9.442 Mietwohnungen und 85 Gewerbeeinheiten. Die durchschnittliche monatliche Grundmiete betrug 7,99 € pro m<sup>2</sup> (Vorjahr 7,73 € pro m<sup>2</sup>) bzw. im Bereich der Gewerbeeinheiten 6,57 € pro m<sup>2</sup> (Vorjahr 7,20 € pro m<sup>2</sup>). Das Geschäftsjahr 2021 der GWW wurde weiterhin durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Dies äußerte sich in einem weiteren Anstieg der Mietforderungen und in einer scheinbaren Zurückhaltung der Kaufinteressenten bei Immobilienverkäufen. Dennoch konnten insbesondere durch den Verkauf der Baumaßnahme „Waldviertel 2. BA“ höhere Verkaufserlöse erzielt werden, die zu einem Anstieg der Umsatzerlöse führten. Darüber hinaus erhöhten sich die

---

<sup>11</sup> Die Liegenschaft Citypassage besteht aus den räumlich getrennt bebauten Flächen der Einkaufspassage Citypassage mit den benachbarten Grundstücken (City I) und der gegenüberliegenden Fläche mit dem Parkhaus City II sowie dem angrenzenden vermieteten Ärztehaus. Die Teilfläche City II übernahm die WVV Holding in den Immobilienbestand und vermietet diese dauerhaft.

## Gesamtabschluss 2021

---

Sollmieten im Zusammenhang mit Mieterwechseln und durch Mieterhöhungen bei Bestandsmietverhältnissen. Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung den Geschäftsverlauf als sehr positiv. Dies zeigt sich im positiven Jahresergebnis (vor Konsolidierung i. H. v. 10,4 Mio. €). Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft äußert sich im deutlichen Anstieg des Anlagevermögens, welches überwiegend durch die Aufnahme von Fremdkapital finanziert wurde.

Die **GeWeGe** arbeitet eng mit der GWW zusammen. Der Wohnungsbestand belief sich Ende 2021 auf 3.774 Wohnungen und 160 Gewerbeeinheiten. Die durchschnittliche Grundmiete betrug 7,43 € pro m<sup>2</sup> (Vorjahr 7,17 € pro m<sup>2</sup>). Die Gesamtleistung, insbesondere Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung, stieg gegenüber dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss verringerte sich vor Konsolidierung gegenüber dem Vorjahr auf 2,3 Mio. €.

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der **Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG)** geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Der Tätigkeitsschwerpunkt der SEG, die städtebauliche Projektentwicklung, ist weiterhin mit stark schwankenden Umsätzen und entsprechenden Risiken verbunden. Dem wird jedoch durch die Vermietung des eigenen Immobilienbestandes mit konstanten Mittelzuflüssen und der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen gegengesteuert. In der aktuellen Phase profitiert die SEG zudem von der grundsätzlich positiven Entwicklung des Immobilienmarktes und im Besonderen von der entsprechenden Situation im Rhein-Main-Gebiet. Der Geschäftsverlauf 2021 der SEG ist geprägt vom Verkauf der Bestandsreste in den Entwicklungsgebieten Hainweg und Parkfeld sowie der Erbringung von Dienstleistungen und der Vermietung des eigenen Immobilienbestandes. Die SEG erwirtschaftete ein positives Jahresergebnis i. H. v. 2,5 Mio. € (vor Konsolidierung und vor Ergebnisabführung).

Die **WiBau** übernimmt im Verbund in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und dem städtischem Schulamt die Aufgabe der Betreuung und Bewirtschaftung von Schulen sowie die Projektleitung beim Neubau von Schulen. Im Rahmen dessen wurden im Berichtsjahr weitere Generalübernehmerverträge für den Bau bzw. die Planung von Turnhallen bzw. der Sanierung von Schulen sowie zusätzliche Einzelaufträge abgewickelt. Darüber hinaus wurde die neu gebaute Fritz-Gansberg-Schule in Betrieb genommen und Fortschritte bei den Neubaumaßnahmen der Friedrich-Ebert-Schule, der Elisabeth-Selbert-Schule sowie dem Berufsschulzentrum erzielt. Weiterhin setzte die WiBau ihre erarbeiteten Kompetenzen im Bereich Vergabe von Leistungen im Verbund der LHW ein.

Der **WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG** (WIM Fonds) bewirtschaftet im Wesentlichen Gebäude mit historischer Bedeutung. Der Geschäftsverlauf in 2021 ist gekennzeichnet durch einen Jahresüberschuss. Diese Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Veräußerung einer Liegenschaft und auf die Fertigstellung bzw. teilweise Fertigstellung sowie Vermarktung von Projekten (u. a. Walkmühle) zurückzuführen.

Insgesamt kann für die Sparte Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung ein positiver Geschäftsverlauf festgestellt werden. Dazu beigetragen hat der Anstieg der Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen und aus der Hausbewirtschaftung.

## Gesamtabschluss 2021

---

### Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser.

Die Umsatzerlöse im Bereich **Energieversorgung** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr. Sowohl Strom-, Gas - als auch Wärmeerlöse stiegen mengenbedingt zum Teil deutlich. Damit gingen mengen- und preisbedingt höhere Bezugsaufwendungen einher, die sich in höheren Materialaufwendungen niederschlugen. Daneben wurden geringere Beteiligungserträge erzielt. Diese sind im Wesentlichen auf das geringere Jahresergebnis der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) i. H. v. 12,7 Mio. € (-5,9 Mio. €) zurückzuführen. Infolgedessen verschlechterte sich das Jahresergebnis geringfügig.

Neben den klassischen Energiefeldern gewinnen die energienahen Dienstleistungen, wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting, Smart-Home-Produkte sowie Ladeinfrastruktur-Contracting zunehmend an Bedeutung und werden ausgebaut.

Seit 2012 wird die Wasserversorgung in der LHW in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb **WLW** wahrgenommen. Die gesamte Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2021 15,8 Mio. m<sup>3</sup> (Vorjahr 16,5 Mio. m<sup>3</sup>). Unter Berücksichtigung von höheren Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2021 auf 14,4 Mio. m<sup>3</sup> (Vorjahr 15,5 Mio. m<sup>3</sup>).

Die Umsatzerlöse mit Dritten im Rahmen der Wasserversorgung lagen in etwa auf Vorjahresniveau. Die Aufwendungen (sonstige Aufwendungen, Personalaufwendungen) verringerten sich leicht. Deshalb ergab sich ein positives Jahresergebnis.

Die **WITCOM** erzielte im Wesentlichen Verkaufserlöse mit der Bereitstellung von Datendiensten, Kabelinfrastruktur, Standortanbindungen, IT-Infrastruktur sowie DataCenter-Dienstleistungen. Durch die Gewinnung von Neukunden gelang es im Geschäftsjahr, das Projektvolumen und somit die Umsätze sowie das Jahresergebnis zu steigern.

Die **WIVERTIS** Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH (WIVERTIS) ist seit 01.01.2021 durch den Kauf der Anteile von der ATOS, eine 100%ige Tochter der Kernverwaltung der LHW und damit ein verbundenes Unternehmen, welches im Gesamtabschluss vollkonsolidiert wird. Zuvor gehörte die WIVERTIS zu den assoziierten Unternehmen. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen, vor allem in den Bereichen Server, EDV-Endgeräte, Rollout, Netzwerk, Helpdesk, Telekommunikation sowie Verfahren und Anwendungen, insbesondere für den Verbund. Der Geschäftsverlauf in 2021 war geprägt durch die Änderung in der Gesellschaftsstruktur. Ein Teil des zuvor von ATOS überlassenen Personals wurde im Jahr 2021 bei der WIVERTIS eingestellt. Daneben wurden Anlagengüter zum 01.01.2021 von der ATOS gekauft. Im Vorjahr waren sowohl das überlassene Personal als auch die Anlagengüter als bezogene Leistung von der ATOS im Materialaufwand enthalten. Entsprechend reduzierten sich im Berichtsjahr die bezogenen Leistungen / Materialaufwendungen bei gleichzeitiger Erhöhung von Personalaufwand und Abschreibungen. In den Umsatzerlösen spiegelten sich die Mehrleistungen im Zuge der Corona-Pandemie und das ansteigende Projektgeschäft wider. Insgesamt erzielte die Gesellschaft vor Konsolidierung ein Jahresergebnis i. H. v. 0,6 Mio. €, welches angesichts der Planung von der Geschäftsleitung als äußerst positiv bewertet wird.

## Gesamtabschluss 2021

---

### Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb ELW sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung um 4,8 % auf 83,0 Mio. €. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wurde im Bereich Abwasser mit 41,8 Mio. € erwirtschaftet. Sach- und Dienstleistungsaufwand, Personalaufwand und Abschreibungen erhöhten sich ebenfalls. Gegenläufig hierzu reduzierten sich die Zinsaufwendungen aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus. Insgesamt erzielte der Eigenbetrieb ELW ein positives Jahresergebnis (vor Konsolidierungsmaßnahmen) von 2,3 Mio. €.

Die gebührenpflichtige Frischwassermenge, die der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist, verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich (-2,6 %). Die versiegelte Fläche, welche die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, ist gegenüber dem Vorjahr ebenso nahezu konstant (-0,3 %) geblieben. Jährlich neu hinzukommende versiegelte Flächen einerseits und Entsiegelungsmaßnahmen andererseits neutralisierten sich in ihren Auswirkungen auf die Gebührenhöhe gegenseitig fast.

Das Restabfallvolumen, gemessen über die Summe der Restabfallbehälter unter Berücksichtigung des Fassungsvermögens in Liter und der Leerungshäufigkeit, war geringfügig rückläufig gegenüber dem Vorjahr 2020.

Da die Ablagerungskapazitäten auf der Deponie begrenzt sind und die Genehmigungsverfahren für die Erweiterung weiterhin schleppend verlaufen, werden bereits seit 2018 restriktive Maßnahmen ergriffen, um die Mengen zu reduzieren. Die Ablagerungsmenge des Jahres 2020 (158.742 Tonnen) wurde dennoch im Jahr 2021 leicht überschritten (160.628 Tonnen).

Im Berichtsjahr 2021 gab es keine Gebührenanpassungen.

Der Investitionsschwerpunkt lag wie in den Vorjahren in dem Bereich Neubau und Erneuerung des städtischen Kanalnetzes.

Die **MBA Wiesbaden GmbH** ist insbesondere zuständig für Abfälle, die nicht aus privaten Haushalten kommen und der thermischen Verwertung zuzuführen sind. Auch in diesem Jahr fielen ausschließlich Abfälle zur Beseitigung und keine Abfälle zur Verwertung an. Der Verlauf des Geschäftsjahres 2021 war gekennzeichnet durch gestiegene Umsatzerlöse, bei gleichzeitig überproportional gestiegenen Materialaufwendungen sowie reduzierten Personalaufwendungen. Daneben führten einmalige Vorgänge wie u. a. die höhere Bildung einer Rückstellung als Risikovorsorge für einen drohenden Rechtsstreit zu einer Verringerung des Jahresergebnisses. Dieses reduzierte sich auf 0,1 Mio. € (vor Konsolidierung).

Die MBA ist neben den jeweils 40%igen Beteiligungen an der DBW Recycling GmbH & Co KG und an der DBW Recycling Verwaltungs GmbH zu 5 % an der ESWE BioEnergie GmbH beteiligt.

## Gesamtabschluss 2021

---

### Verkehr

Die **ESWE Verkehrsgesellschaft mbH** (ESWE Verkehr) stellt die Beförderung von Personen und Gütern sicher und übernimmt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Die Verkehrsleistungen im Wiesbadener Liniennetz wurden im Jahr 2021 mit 323 unternehmenseigenen Omnibussen (Vorjahr: 311) erbracht. Das Geschäftsjahr 2021 war weiterhin geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Zum einen veränderte sich das Mobilitätsverhalten der Nutzer des ÖPNV und zum anderen prägten die Lockdowns auch die Arbeitsweise der Beschäftigten. Die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet gingen weiter zurück auf 40,1 Mio. Fahrgäste (2020 40,4 Mio. / 2019 61,2 Mio. €) und die Umsatzerlöse (von Dritten) im Linienverkehr reduzierten sich um 0,7 Mio. € auf 42,0 Mio. €. Die zurückgegangenen Einnahmen aus Fahrausweisverkäufen wurden wieder zu annähernd 100 % aus dem ÖPNV Rettungsschirm vom Bund und Land Hessen ausgeglichen. Die Fördergelder i. H. v. 9,9 Mio. € (Vj. 12 Mio. €) sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten. Daneben fielen höhere Aufwendungen für Treibstoffe und Personal an. Ursächlich für die Erhöhung der Personalaufwendungen waren Personalzuwächse, Tarifsteigerungen und die Bildung von Rückstellungen für den ausgeschiedenen Geschäftsführer und leitende Angestellte. Nach Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen verringerte sich der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr, beläuft sich aber nach wie vor auf einen zweistelligen Millionenbetrag (vor Konsolidierung und Verlustübernahme i. H. v. -39,6 Mio. €). Für die Verringerung des Jahresfehlbetrages im Berichtsjahr ist u. a. die Beendigung des Citybahnprojektes im Jahr 2020 verantwortlich, da hierfür deutlich höhere Aufwendungen anfielen, die das Jahresergebnis 2020 belasteten.

Überdies wurde im Berichtsjahr weiter an den Themen des Green City Plans der LHW und dem damit verbundenen Ausbau des emissionsfreien ÖPNV gearbeitet. So wurde die Batteriebusflotte um 33 Elektrofahrzeuge erweitert auf nunmehr 64 Batteriebusse. Die Anschaffung der Elektrobusse wurde zum Teil durch die Aufnahme von Darlehen, als auch durch Fördermittel (in 2021 i. H. v. 23,5 Mio. €) finanziert. Daneben wurde die Ladeinfrastruktur weiter ausgebaut. Seit Ende 2019 legten die Batteriebusse im Betrieb bereits eine Million Kilometer zurück und im Vergleich zu den Dieselnissen konnte somit in 2021 19,7 Mio. t CO<sub>2</sub> eingespart werden. Ein weiterer Bestandteil zum Ausbau des emissionsfreien ÖPNV ist das EU-Förderprojekt „H<sub>2</sub>Bus Rhein-Main - emissionsfreier Nahverkehr in der Metropolregion“. Zur Anschaffung der H<sub>2</sub>-Busse erfolgte eine europaweite Ausschreibung, bei der der portugiesische Fahrzeughersteller CaetanoBus S.A. den Zuschlag für 10 Brennstoffzellenbusse erhielt, die bereits in 2021 geliefert wurden.

### Soziales

Durch soziale Leistungen entstanden Transferaufwendungen i. H. v. 431,1 Mio. € (Vj. 414,8 Mio. €). Diese entfallen mit 237,7 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), mit 95,8 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 97,5 Mio. € auf sonstige soziale Leistungen.

Unter dem Dach der „**EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH**“ (EGW) wird die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Die Aufgabe der EGW besteht darin, die wirtschaftliche Entwicklung des Klinikums nachzuhalten, und den Klinikneubau voranzutreiben. Ziel daneben ist, die einzelnen Aktivitäten der LHW im Bereich Gesundheit zu bündeln und zu koordinieren, um die LHW als Gesundheitsstadt zu profilieren und zu stärken.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die EGW befasste sich nach wie vor insbesondere mit dem Aufbau eines Gesundheitsportals zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten (medAQ / mymedAQ). Die digitale Gesundheitsplattform ist seit September 2020 online, wobei die Vermarktung (Litfaßsäulen und Werbeplakate) wie im letzten Jahr aufgrund der Corona-Pandemie nicht die gewünschte Wirkung erzielte. Infolgedessen wurden Kampagnen in den Online-Bereich verschoben. Erträge aus der Vermarktung des Portals werden erst mit Verzögerung realisiert werden können. Im Berichtsjahr reichten die erzielten Erträge nicht aus, die Aufwendungen zu kompensieren. Demnach wurde ein Jahresfehlbetrag von -0,6 Mio. € (vor Konsolidierungsmaßnahmen) ausgewiesen.

Die **HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH (HSK)** gehört zu 51 % der EGW (Stimmanteile 48,1 %). In dem Krankenhaus wurden im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 35.581 Patienten stationär behandelt (Vj. 39.869). Die durchschnittliche Verweildauer betrug 5,9 Tage (Vj. 5,8 Tage). Der Klinik-Neubau verzögerte sich im Berichtsjahr durch Lieferengpässe bei Baumaterialien und personellen Ausfällen durch die Corona-Pandemie. Dennoch konnte der Innenausbau der Klinik vorangetrieben werden. Der Trockenbau ist abgeschlossen, die Heizungsanlage installiert und die Lüftungsanlage steht kurz vor der Fertigstellung. Die ersten Patientenzimmer sind bereits ausgebaut. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 m<sup>2</sup> aufweisen. Die Geschäftsführung geht von einer Inbetriebnahme in 2023 aus.

Der Geschäftsverlauf der **Altenhilfe GmbH (AHW)** war auch im Jahr 2021 bestimmt durch die anhaltende Corona-Pandemie. Die Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen, die Erarbeitung und Umsetzung neuer Hygienekonzepte sowie die Testverpflichtung von Bewohnern, Mitarbeitenden und Besuchern belasteten insbesondere das Pflege- und Betreuungspersonal sehr stark. Zudem verschärfte sich der Personalmangel und führte zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung. Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie konnten aber auch im Jahr 2021 weitestgehend über den Pflegeschutzschirm nach § 150 SGB XI kompensiert werden. Trotz pandemiebedingter Aufnahmestopps und Belegungseinbrüche gelang es, die Auslastung des Moritz-Lang-Hauses mit 126 Pflegeplätzen auf 95 % zu halten. Lediglich beim Toni-Sender-Haus mit 113 Pflegeplätzen reduzierte sich die Auslastung um 1 % auf 94 %. Somit konnten die Erträge aus der vollstationären Pflege, der Kurzzeitpflege sowie aus Unterkunft und Verpflegung, verstärkt noch durch die Pflegesatzerhöhung zum 01.08.2020, gesteigert werden. Insgesamt kam es zur Erwirtschaftung eines positiven Jahresergebnisses.

Da die Erstattung von Investitions- und Instandhaltungskosten im Rahmen des Pflegeschutzschirms nach § 150 SGB XI nicht vorgesehen war, wurden diese soweit möglich zurückgestellt.

Für den Standort Dotzheim wird von der WiBau der Ersatzneubau für das Moritz-Lang-Haus realisiert. Die vom bisherigen Generalplaner übernommene Genehmigungsplanung wird optimiert, um zeitnah einen entsprechenden Bauantrag einreichen zu können. Zwischenzeitlich haben die Rückbauarbeiten des ehemaligen Reha-Traktes im Moritz-Lang-Haus begonnen. Auf der freiwerdenden Fläche wird der Neubau entstehen.

Die **Wiesbadener Jugendwerkstatt gemeinnützige GmbH (WJW)** stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung / Umschulung und Beschäfti-

## Gesamtabschluss 2021

---

gung bereit. Gemäß Satzungsauftrag handelt es sich um Menschen, die am sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance hatten, weil oft multiple Vermittlungshemmnisse vorlagen. Die Domäne Mechtildshausen ist das Aushängeschild der WJW. Der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 war weiter geprägt von der anhaltenden Corona-Pandemie und deren Folgen. Die Einschränkungen in der Gastronomie haben die Erlöse in diesen Zeiträumen einbrechen lassen, jedoch konnten die Umsätze seit der Öffnung im Juni 2021 wieder annähernd das Vorjahresniveau erreichen. Um den Ausbildungsbetrieb aufrechtzuerhalten, verzichtete die WJW auf Kurzarbeit. Schwer wog auch, dass weniger Jugendliche ihre Ausbildung bei der WJW begannen als im Schnitt der früheren Jahre, insbesondere im Gastronomiebereich. Der Tarifbeitritt in den Kommunalen Arbeitgeberverband verursachte in 2021 deutlich höhere Personalaufwendungen. Das Geschäftsjahr 2021 war darüber hinaus von einmaligen Vorgängen geprägt. So wurde eine außerplanmäßige Abschreibung i. H. v. 1,9 Mio. € im Zusammenhang mit der Stilllegung des Standorts Klarenthal vorgenommen. Insgesamt lag der Jahresfehlbetrag (vor Konsolidierungsmaßnahmen) bei -4,0 Mio. €

### Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten. Die TriWiCon legt die strategische Gesamtausrichtung der Aufgabenwahrnehmung fest und steuert, koordiniert und unterstützt die operative Tätigkeit der Wiesbaden Congress und Marketing GmbH. Zudem übernimmt der Eigenbetrieb die Eigentümerfunktion der drei Veranstaltungshäuser RMCC, Kurhaus und Jagdschloss Platte.

Die **Wiesbaden Congress und Marketing GmbH (WiCM GmbH)** ist Betreiberin der drei Veranstaltungshäuser Jagdschloss Platte, RMCC und Kurhaus. Außerdem obliegt der Gesellschaft die Verantwortung für die nationale sowie internationale Vermarktung der LHW als Messe-, Kongress- und Tagungsstandort sowie als Tourismusziel. Sie organisiert Veranstaltungen im öffentlichen Raum, kreiert zielgruppenorientierte Werbemittel, verantwortet die städtische Internetplattform und betreibt die Tourist Information Wiesbaden. Sie sorgt für die Umsetzung von Stadtmarketingaktivitäten auf lokaler Ebene.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2021 war weiterhin geprägt durch die Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Folgen. Aufgrund der Verfügungen des Landes Hessen und der LHW zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 ergaben sich für die WiCM GmbH und den Eigenbetrieb TriWiCon auch im Jahr 2021 erhebliche Auswirkungen und Einschnitte. Das RMCC wurde bis 18.09.2021 von der Stadt Wiesbaden als Impfzentrum genutzt und konnte in diesem Zeitraum nicht an Dritte vermietet werden. Darüber hinaus waren Veranstaltungen im öffentlichen Raum sowie in den anderen beiden Veranstaltungshäusern nur unter einschränkenden Bedingungen zulässig, konnten aber durch die stufenweisen Lockerungen des Lockdowns stattfinden. So kam es zur Steigerung der Umsatzerlöse aus Veranstaltungen und Vermietung, welche sich allerdings noch nicht wieder auf dem Niveau von 2019 (vor Corona) befinden. Der Materialaufwand erhöhte sich mit den Veranstaltungen wieder. Personal- und Versorgungsaufwand blieben annähernd auf Vorjahresniveau. Nach Berücksichtigung der Zinsaufwendungen (insbesondere für das RMCC) fiel das Jahresergebnis (TriWiCon und WiCM) insgesamt negativ aus. Nach Konsolidierung ergab sich für diesen Bereich ein negatives Jahresergebnis i. H. v. -7,5 Mio. €.

## Gesamtabschluss 2021

---

Der Eigenbetrieb **mattiaqua** betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness<sup>12</sup>, Freizeit<sup>13</sup> sowie Sport<sup>14</sup>. Darüber hinaus obliegen ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und die Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr war weiterhin geprägt von der Corona-Pandemie. So waren die Umsatzerlöse aus Besuchen einerseits aufgrund der coronabedingten Schließungen der Einrichtungen, andererseits wegen der Limitierung der gleichzeitig anwesenden Gäste weiter rückläufig (um 18%). Während sich die Besucherzahlen bereits im Jahr 2020 deutlich von 1,3 Mio. auf 0,5 Mio. reduzierten, gingen sie nun im Jahr 2021 auf 0,3 Mio. Besucher zurück. Dennoch konnte der Erlös pro Besucher von 5,60 € auf 6,16 € verbessert werden, wofür die in 2020 vorgenommenen Tarifierungen verantwortlich sind. Der Personalaufwand verringerte sich im Wesentlichen durch die Beantragung von Kurzarbeitergeld und der späteren Einstellung von Saisonpersonal. Infolge der pandemiebedingten Schließungen der Schwimmbäder reduzierten sich auch die Aufwendungen für Instandhaltung und Fremdleistungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (z. B. für Marketingaktivitäten). Daneben konnten die Aufwendungen für Energie- und Wasserbezug auf Vorjahresniveau gehalten werden. Die weggebrochenen Umsätze konnten durch verringerte Aufwendungen und Kurzarbeitergeld überkompensiert werden. Somit wurde ein positives Jahresergebnis erzielt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.12.2017 (mit Beschluss Nr. 0533 zur SV 17-V-86-0004) dem Ersatzneubau des Freizeitbades Mainzer Straße sowie der Eissportfläche mit Saunaanlage mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von über 63 Mio. € zugestimmt. Das Investitionsvolumen wird nach aktuellem Kenntnisstand deutlich höher ausfallen (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen). Im Zusammenhang mit dem Neubau des Sportparks Rheinhöhe wurden bislang Ausgaben i. H. v. 1,4 Mio. € getätigt, die unter „Anlagen im Bau“ ausgewiesen werden.

---

<sup>12</sup> Dazu gehören das Thermalbad Aukammtal und die Kaiser-Friedrich-Therme.

<sup>13</sup> Dazu gehören die Freibäder Kallebad, Maarau und Opelbad sowie die Rettbergsauen, Unter den Eichen und die Henkell Kunsteisbahn.

<sup>14</sup> Hierzu gehören Frei- und Hallenbad Kleinfeldchen, Hallenbad Mainzer Straße (früher „ESWE Freizeitbad“) und Hallenbad Kostheim.

## Gesamtabschluss 2021

## 1.1.4 Vermögenslage:

	31.12.2021		31.12.2020	
	Mio. €	%	Mio. €	%
<b>Aktivseite</b>				
<b>Langfristig</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	35		28	
Sachanlagevermögen	<u>3.795</u>		<u>3.650</u>	
	3.830	74	3.678	73
Finanzanlagen, NASPA	685	13	721	14
Forderungen und sonstige VG	<u>57</u>	<u>1</u>	<u>59</u>	<u>1</u>
	4.572	88	4.458	88
<b>Kurzfristig</b>				
Vorräte	105	2	98	2
Forderungen und ARAP	210	4	161	3
Flüssige Mittel	<u>279</u>	<u>6</u>	<u>355</u>	<u>7</u>
	594	12	614	12
	<u>5.166</u>	<u>100</u>	<u>5.072</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====
<b>Passivseite</b>				
<b>Langfristig</b>				
Eigenkapital einschl. Sonderposten	1.976	38	2.060	41
Rückstellungen	777	15	745	14
Verbindlichkeiten	<u>1.709</u>	<u>33</u>	<u>1.656</u>	<u>33</u>
	4.462	86	4.461	88
<b>Kurzfristig</b>				
Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP	<u>704</u>	<u>14</u>	<u>611</u>	<u>12</u>
	704	14	611	12
	<u>5.166</u>	<u>100</u>	<u>5.072</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====

## Gesamtabschluss 2021

---

Die Bilanzsumme ist mit 5.166 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 94 Mio. € gestiegen.

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 88 % durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zum Jahr 2020 erhöht. Netto, das heißt nach Abzug der Abgänge inkl. der Abschreibungen auf Abgänge, wurden im Berichtsjahr 292,0 Mio. € (Vorjahr 266,6 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 4,3 % und einer Reinvestitionsquote von 211 %.<sup>15</sup>

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 86 % langfristig.

Langfristig gebundenes Vermögen wird durch langfristiges Kapital finanziert.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten verringerte sich von 41 % auf 38 %.

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe trugen einen Anteil von 81 % (Vj. 80 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 6.374 €<sup>16</sup> und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (6.194 €) um 2,9 %.

---

<sup>15</sup> Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

<sup>16</sup> Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

## Gesamtabschluss 2021

### 1.1.5 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabchlusses. In der ersten Spalte sind die Bilanzwerte des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt. In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns. Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Bilanzwerten vor der Konsolidierung. In der letzten Spalte sind die konsolidierten Werte des Gesamtabchlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel- abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
<b>Aktiva</b>	<b>2.849</b>	<b>2.995</b>	<b>5.844</b>	<b>5.166</b>
Anlagevermögen	2.473	2.619	5.092	4.515
Umlaufvermögen	334	362	696	611
Rechnungsab- grenzungsposten	42	14	56	40
<b>Passiva</b>	<b>2.849</b>	<b>2.995</b>	<b>5.844</b>	<b>5.166</b>
Eigenkapital	1.444	714	2.158	1.689
Sonderposten	231	96	327	287
Rückstellungen	662	339	1.001	990
Verbindlichkeiten	474	1.820	2.294	2.152
Rechnungsab- grenzungsposten	38	26	64	48

Die Tabelle zeigt, dass über die Hälfte des Anlage- und Umlaufvermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 1,8 Mrd. € ausgliedert worden.

Im Vergleich zur Bilanzsumme des Einzelabschlusses der Kernverwaltung LHW (rd. 2,8 Mrd. €) erhöht sich im Verbund nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen die Bilanzsumme auf rd. 5,2 Mrd. €.

Während sich im Einzelabschluss der Kernverwaltung LHW aufgrund einer Gesamtverschuldung (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten) von rd. 1,2 Mrd. € eine Eigenkapitalquote II (d. h. Eigenkapital inkl. Sonderposten) von 59 % ergibt, beträgt die Eigenkapitalquote des Verbundes (nach Konsolidierung) „nur“ 38 % infolge der Gesamtverschuldung von rd. 3,2 Mrd. €.

## Gesamtabschluss 2021

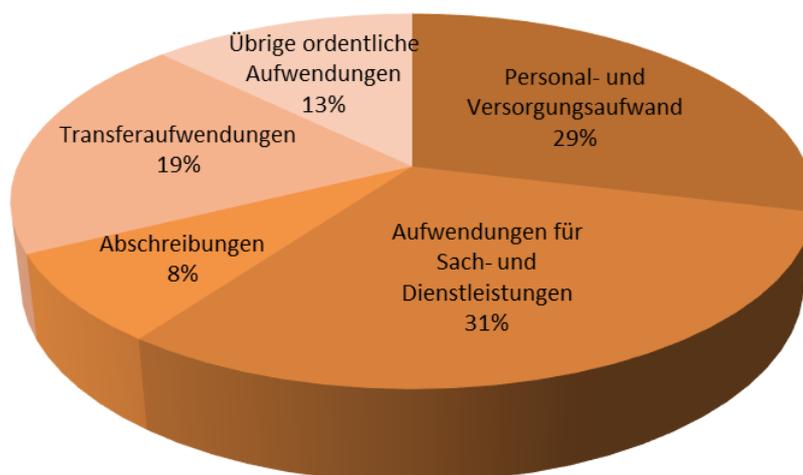
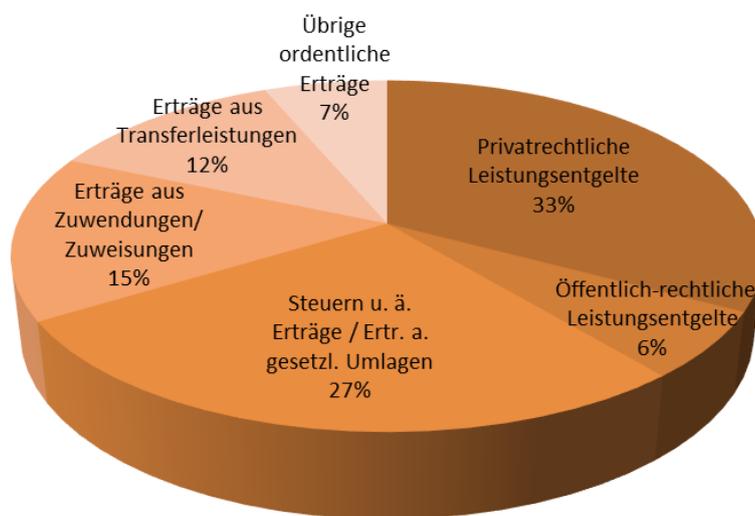
### 1.1.6 Ergebnissituation

	2021	2020	Ver- änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	698	652	46
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	129	123	6
Steuern u. ä. Erträge / Ertr. a. gesetzl. Umlagen	579	619	-40
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	324	408	-84
Erträge aus Transferleistungen	258	246	12
Übrige ordentliche Erträge	135	128	7
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>2.123</b>	<b>2.176</b>	<b>-53</b>
Personal- und Versorgungsaufwand	634	595	39
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	685	641	44
Abschreibungen	169	171	-2
Transferaufwendungen	431	415	16
Übrige ordentliche Aufwendungen	280	276	4
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>2.199</b>	<b>2.098</b>	<b>101</b>
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-76</b>	<b>78</b>	<b>-154</b>
Finanzergebnis	-8	-5	-3
Außerordentliches Ergebnis	9	3	6
<b>Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>-75</b>	<b>76</b>	<b>-151</b>

## Gesamtabschluss 2021

Im Berichtsjahr wird ein Jahresverlust von -75 Mio. € ausgewiesen (Vj. +76 Mio. €). Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (33 %) und Steuern (27 %) sowie aus Zuwendungen und Zuweisungen (15 %). Die größten Positionen bei den ordentlichen Aufwendungen sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (31 %) sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen (29 %). Der ordentliche Aufwandsdeckungsgrad beträgt nur 97 %.<sup>17</sup>

Das Finanzergebnis ist mit -8 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Zins- und Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 2,3 % (Vj. 2,5 %).<sup>18</sup>



<sup>17</sup> Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

<sup>18</sup> Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

## Gesamtabschluss 2021

### 1.1.7 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt analog zur Bilanz in Abschnitt 1.1.5 den ergebnisorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabchlusses.

In der ersten Spalte sind die Werte der Ergebnisrechnung des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Ergebnisrechnungswerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten und um interne Leistungsbeziehungen bereinigten Werte des Gesamtabchlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Ordentliche Erträge	1.340	1.049	2.389	2.123
Ordentliche Aufwendungen	1.469	1.004	2.473	2.199
Verwaltungsergebnis	-129	45	-84	-76
Finanzergebnis	16	-7	9	-8
Ordentliches Ergebnis	-113	38	-75	-84
Außerordentliches Ergebnis	4	-6	-2	9
Jahresüberschuss/ - fehlbetrag	-109	32	-77	-75
And. Gesellschaften zustehendes Ergebnis	0	-17	-17	-17

Die ordentlichen Erträge der Kernverwaltung LHW (1,3 Mrd. €) erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger auf 2,4 Mrd. € und die ordentlichen Aufwendungen (1,5 Mrd. €) auf 2,5 Mrd. €. Damit steuern die Gesellschaften ca. 44 % zu den ordentlichen Erträgen und 41 % zu den ordentlichen Aufwendungen der operativen Geschäftstätigkeit des Verbundes (bei der Betrachtung ohne Konsolidierungsmaßnahmen) bei.

Im Vergleich zum Jahresfehlbetrag der Kernverwaltung (-109 Mio. €) verringert sich im Verbund nach der Durchführung aller Konsolidierungsmaßnahmen der Jahresfehlbetrag auf -75 Mio. € (Vj. +76 Mio. €). Zu den Konsolidierungsmaßnahmen zählt u. a. das Herausrechnen der erhaltenen Ausschüttungen innerhalb des Verbundes.

## Gesamtabschluss 2021

### 1.1.8 Finanzlage

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	111	210
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-220	-289
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	33	101
Wertberichtigung Greensill	0	-20
Liquide Mittel am Ende der Periode	279	355

Im Berichtsjahr hat sich in der Kapitalflussrechnung<sup>19</sup> der operative Cashflow nahezu halbiert und lag bei 111 Mio. €.

Für Investitionen und Desinvestitionen wurden zusammengefasst Auszahlungen i. H. v. - 220 Mio. € getätigt, d. h. im Berichtsjahr übertrafen die Investitionen die Desinvestitionen.

Hierfür wurden Kreditmittel - u. a. für den Wohnungsbau - aufgenommen, die höher als die laufenden Tilgungen und die Kreditkosten (Zinszahlungen) waren. Daneben erhielt der Verbund Zuschüsse und Zuweisungen. Der Cashflow aus Finanzierung belief sich auf 33 Mio. €.

Die Summe der drei Cashflows ergab eine zahlungswirksame Verringerung der liquiden Mittel um 76 Mio. €.

Die liquiden Mittel zum 31.12.2021 betragen damit 279 Mio. €.

<sup>19</sup> Die Kapitalflussrechnung wurde nach dem Muster Nr. 5 gemäß Hinweis Nr. 1.5 zu § 53 GemHVO erstellt.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 1.2 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick

Die LHW zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2035.<sup>20</sup> Dabei geht die Bevölkerungsprognose von einem Anstieg der Einwohnerzahl Wiesbadens, insbesondere der Personen im Rentenalter sowie der Personen mit Migrationshintergrund aus. Dies birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Die Bevölkerungszahl zählt zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs, insofern begünstigt das Wachstum der Bevölkerung die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung und bietet somit die Chance, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Hingegen birgt die demographische Veränderung auch Risiken. Ältere Personen verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen, weshalb das Risiko sinkender Einkommensteuereinnahmen sowie steigender Sozialtransfers besteht.

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort existiert nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die Kernverwaltung der LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften verfolgen ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt. Hierdurch wird die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor gesichert. Risiken entstehen im Hinblick auf die stark steigenden Baukosten im Zusammenhang mit den realisierbaren Mieten (Bindung an Mittelwert Mietpreisbremse).

Chancen und Risiken gehen mit dem rd. 270 ha großen Flächenentwicklungsprojekt „Ostfeld / Kalkofen“ im Südosten der Innenstadt einher. Die Stadtverordnetenversammlung fasste am 17.09.2020 den Satzungsbeschluss einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ für den Bereich Ostfeld. Die Satzung trat am 10.08.2021 in Kraft. Damit wurde der Bodenwert aller Grundstücke im Areal eingefroren. Der Planungsprozess beinhaltet eine umfassende Bürgerbeteiligung und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung geführt, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen. Die aktuelle Kosten- und Finanzierungsübersicht (Stand 30.05.2022) schließt mit einem Ergebnis von -113,1 Mio. € für die Kernverwaltung der LHW ab. Dem werden später in der Kernverwaltung LHW insbesondere Soziale Infrastrukturen (Kitas, Schulen) i. H. v. 256,7 Mio. € sowie Grünanlagen und Ausgleichsmaßnahmen i. H. v. 63,6 Mio. € gegenüberstehen. Die SEG ist seit Jahren intensiv und federführend in die Entwicklung des Gebietes Ostfeld eingebunden. Die erwartete Fortführung dieser Gebietsentwicklung wird aufgrund des großen Umfangs erhebliche Erlösmöglichkeiten für die SEG, abzüglich erhöhter Kosten z. B. hinsichtlich der personellen Ausstattung, ergeben.

Mitte 2021 sackte die Salzbachtalbrücke der A 66 ab und wurde infolgedessen voll gesperrt. Damit einher ging auch die zeitweise Sperrung der darunter liegenden Straße sowie der darunter verlaufenden Bahntrasse zum Wiesbadener Hauptbahnhof. Dies führte zu einem Verkehrschaos im Wiesbadener Stadtgebiet in erheblichem Ausmaß. Seitens des Gesamtverbundes wurden Maßnahmen (u. a. die Abdeckung des Klärwerkes mit Sand zum Schutz im Rahmen der Sprengung der Brücke, Schienenersatzverkehr, Umleitung des Busverkehrs, Änderung der Verkehrsführung d. h. insbesondere zusätzliche Straßenspuren) ergriffen, welche

---

<sup>20</sup> Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017.

## Gesamtabschluss 2021

---

Kosten im einstelligen Millionenbereich verursachten. Ob alle damit im Zusammenhang stehenden Kosten (aktuelle und künftige Kosten) vollständig vom Bund übernommen werden, bleibt abzuwarten.

Die Ertragslage der Kernverwaltung der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass sowohl die Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt sind. Insofern sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet. Gerade im Hinblick auf die Corona-Pandemie zeigt sich die starke Abhängigkeit der Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen von externen Einflüssen. Dies wird durch den Krieg in der Ukraine und den damit einhergehenden Folgen noch verstärkt. Im Jahr 2020 wurden seitens des Landes Hessen die coronabedingten Gewerbesteuerausfälle kompensiert. Inwiefern künftig Kompensationszahlungen erfolgen (für coronabedingte oder andere Ausfälle) bleibt ungewiss.

Nachdem die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 15.03.2021 den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Greensill Bank AG stellte, wurde mit Beschluss des Amtsgerichtes Bremen am 16.03.2021 das Insolvenzverfahren eröffnet. Sowohl die Kernverwaltung als auch die TriWiCon hatten Geldanlagen bei der Greensill Bank AG, die nicht der Einlagensicherung unterlagen. Im Rahmen des Gesamtabchlusses 2020 wurden diese Geldanlagen aufgrund der hohen Ausfallwahrscheinlichkeit i. H. v. 20,0 Mio. € (Kernverwaltung LHW, TriWiCon) in voller Höhe abgewertet. Chancen ergeben sich im Fall einer etwaigen teilweisen Rückzahlung der Geldanlagen nach Abschluss des Insolvenzverfahrens.

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Beispielsweise wachsen die Personal- und Sachaufwendungen der Kernverwaltung der LHW durch die neue ab dem 01.01.2023 gültige Wohngeldnovelle. Zur Umsetzung wird seitens des Fachbereiches ein Stellenaufbau von 19 Vollzeitäquivalenten angemeldet.

Weitere Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die Gesetzgebung zur Umsatzsteuer, insbesondere aus § 2b Umsatzsteuergesetz. Trotz stetiger Risikominimierung durch Schulungen, Kontrollen, Anpassungen und Prüfungen können die tatsächlichen Auswirkungen auf den Verbund LHW derzeit nicht beziffert werden.

Das Ausfallrisiko der Nachforderungszinsen infolge des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 8.07.2021, Az. 1 BvR 2237/14 und 1 BvR 2422/17 beläuft sich bei der Kernverwaltung der LHW auf 4,9 Mio. €. Bei den Erstattungsziinsen können 5,1 Mio. € aufgrund des geschützten Vertrauens der Steuerpflichtigen nicht zurückgefordert werden. Das Risiko für Verzinsungszeiträume nach dem 01.01.2019 kann noch nicht beziffert werden, da die Zinsfestsetzungen in diesen Fällen vollständig programmseitig unterdrückt werden und vor einer Anpassung des Programms, welches sich derzeit in der Testphase befindet, eine Auswertung der Fälle nicht möglich ist.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die LHW wirkt all diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Ziel ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz<sup>21</sup> (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer<sup>22</sup> PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“, der bei den Mehrheitsgesellschaften der LHW angemessene Beachtung findet. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken grundsätzlich rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Dieses beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union<sup>23</sup>, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW PS 700). Betraute Unternehmen sind aufgefordert, eine Plan-Trennungsrechnung im Rahmen der Wirtschaftsplanung abzugeben und beschließen zu lassen. Die Ist-Trennungsrechnung ist Bestandteil der jeweiligen Jahresabschlussprüfung der Gesellschaften.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0115 vom 30.03.2017 wurde festgelegt, dass der Prüfungsauftrag der städtischen Gesellschaften im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen um eine Entsprechenserklärung zu erweitern ist. Diese wurde gemeinsam mit den Beteiligungen erarbeitet und von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0301 am 14.09.2017 beschlossen.

Nach der langanhaltenden Niedrig- und Nullzinspolitik steigen die Zinsen nun seit 2022 wieder. Das bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen sowohl Chancen als auch Risiken. Chancen bestehen in Form von langen Zinsbindungsfristen zwecks Sicherung der niedrigen Zinsen für langfristige Kreditverbindlichkeiten. Risiken bestehen darin, dass fremdfinanzierte Investitionen künftig durch die höheren Zinsaufwendungen wieder teurer werden und somit weniger Spielraum für Zukunftsthemen bleibt. Daneben müssen künftige Liquiditätsengpässe gegebenenfalls über teurere Liquiditätskredite überbrückt werden. Risiken bestehen außerdem in der realen Entwertung der liquiden Mittel aufgrund der deutlich höheren Inflationsrate, die das aktuelle Zinsniveau übersteigt. Weitere Risiken ergeben sich in Anbetracht der langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienachsorgeverpflichtungen. Je länger Niedrigzinsen anhalten, desto höher müssen die Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienachsorge sein. Denen

---

<sup>21</sup> Im Folgenden HGrG.

<sup>22</sup> Im Folgenden IDW.

<sup>23</sup> Im Folgenden AEUV.

## Gesamtabschluss 2021

---

steht allerdings zur Deckung kein adäquater Zinsertrag aus langfristigen Kapitalanlagen gegenüber. Auch wenn nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmenden bestehen, ist das Risiko vorhanden, dass Zusatzversorgungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder beispielsweise über noch höhere Umlage- / Sanierungsbeiträge kompensieren. Zur nachhaltigen Finanzierung der Pensionszahlungen insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Risiken (steigende Lebenserwartung) und der Zinsrisiken überführte die Kernverwaltung LHW in 2020 liquide Mittel von insgesamt 50 Mio. € in einen langfristig ausgerichteten Spezialfonds.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der LHW existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden infolge fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung und mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Kernverwaltung LHW geeignete Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt.

Chancen für die **Energiewirtschaft** bieten der Ausbau bzw. die Modernisierung der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze sowie die Markteinführung von „grünem“ Gas. Chancen werden auch im Bereich E-Mobilität gesehen. Trotz der Corona-Pandemie nimmt der Absatz an Elektro- bzw. Hybridfahrzeugen seit 2020 stetig zu. Diesbezüglich bietet die ESWE Versorgung ein „Rundum-Sorglos-Paket“ an, welches die Installation, den Betrieb, die Wartung, Instandhaltung und Abrechnung von Ladesäulen beinhaltet und von immer mehr Kunden in Anspruch genommen wird. Darüber hinaus haben Wohnungseigentümer und Mieter durch Änderungen im Wohnungseigentumsgesetz Anspruch auf die Installation einer Ladesäule in der Tiefgarage oder auf dem Grundstück des Hauses. Auch dies führt zu einer Steigerung der Nachfrage. Weitere Geschäftschancen bieten insbesondere die Themen Breitbandausbau und Wasserstoff.

Des Weiteren werden Chancen in der Digitalisierung der Geschäftsprozesse und der Arbeitswelt, die durch die Corona-Pandemie maßgeblich forciert wurden, gesehen. Effizienzvorteile und damit Chancen bringt auch die Automatisierung von Prozessen. Darüber hinaus wurden für die ESWE-Kunden neue Vertriebsprodukte, wie beispielsweise Smart-Home-Lösungen auf den Markt gebracht. Seit Jahren wird das Portfolio an energienahen Dienstleistungen für Kunden ausgebaut. Für Geschäftskunden entwickelt die ESWE Versorgung neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, mit dem Ziel langfristig Energieverbräuche und damit Kosten zu senken. Hier sieht die ESWE Versorgung mittelfristig die Chance, die Kernkompetenzen auszubauen.

Risiken bergen der Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Maßnahmen, die Abhängigkeit von russischen Öl- und Gasimporten zu verringern. So sind die ohnehin schon erhöhten Energiepreise exorbitant angestiegen, was die Lage für die Energiewirtschaft immer problematischer macht.

Im Rahmen der Energiebeschaffung ergeben sich Risiken aus einem möglichen Ausfall von Vorlieferanten und der Portfoliobewirtschaftung bzw. weiteren Preissteigerungen. Bei einem Vorlieferantenausfall müssten die dort kontrahierten Mengen anderweitig beschafft werden, was bei den derzeitigen Konditionen zu einem erheblichen Mehraufwand führen würde.

## Gesamtabschluss 2021

---

Im Netzgeschäft ergeben sich neben den allgemeinen Regulierungsrisiken insbesondere Risiken auf künftige Geschäftsergebnisse durch die Neufestlegung der Eigenkapitalverzinsung für die dritte Regulierungsperiode.

Die größten Risikopotenziale im Vertrieb stellen das Marktrisiko und der Ausfall von Forderungen im Endkundengeschäft dar. Gerade im Hinblick auf den Ukraine-Krieg und den damit verbundenen Preissteigerungen droht im Endkundengeschäft ein erhöhtes Ausfallrisiko von Forderungen.

Im Jahr 2022 plant die ESWE Versorgung ein Unternehmensergebnis leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Inwieweit sich durch den Ukraine-Krieg noch weitere Auswirkungen auf die Weltwirtschaft bzw. auf Öl- und Gaslieferungen ergeben, bleibt abzuwarten. Negative Einflüsse auf die Geschäftstätigkeit können nicht ausgeschlossen werden. Außerdem sind Investitionen in den weiteren Fernwärmeausbau, in die Verteilnetze sowie in den Bau eines hochmodernen Parkhauses mit einer Vielzahl von Lademöglichkeiten für Elektro- bzw. Hybridfahrzeuge auf dem Betriebsgelände der ESWE Versorgung geplant. Weiterhin sind Investitionen in die Müllheizkraftwerk Wiesbaden GmbH (MHKW) geplant.<sup>24</sup>

Ein signifikantes Risiko besteht nach wie vor in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen vermeintlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 bis 2011. Die hessische Landeskartellbehörde hat Ende 2016 eine Abschöpfungsverfügung i. H. v. 46,3 Mio. € ausgesprochen. Gegen die Verfügung wurde fristgerecht Beschwerde eingelegt, da diese als sachlich ungerechtfertigt angesehen wird. Anfang 2020 fanden erneut Vergleichsverhandlungen statt, die zu keiner Einigung führten. Zur Beweissicherung benannte der zuständige Senat einen neutralen Gutachter, der ein entsprechendes Sachverständigengutachten erstellen soll, welches dem Gericht als Entscheidungshilfe dient. Dem Risiko entsprechend, wurde bereits in den Vorjahren eine Rückstellung gebildet, die in unveränderter Höhe fortbesteht.

Der 24,5%igen Beteiligung an der MHKW wird hohe strategische Bedeutung beigemessen, da hier enorme Chancen gesehen werden, die im Rahmen der Energiewende wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch sinnvoll auszukoppeln und so den zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnah zu erzeugen. Mit der Inbetriebnahme des Müllheizkraftwerkes im Herbst 2024 wird die darin erzeugte Fernwärme in vollem Umfang in das städtische Fernwärmenetz eingespeist.

Unklar ist weiterhin die Zukunft des geplanten **Windparks** auf dem Taunuskamm. Nachdem die Genehmigungsbehörde den Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Ende 2016 abgelehnt hatte, wurde gegen den Ablehnungsbescheid Klage beim Wiesbadener Verwaltungsgericht eingereicht. Hierzu hat das Wiesbadener Verwaltungsgericht im Juli 2020 entschieden, dass der Antrag genehmigt werden muss. Ende 2020 wurde bekannt, dass sowohl das Regierungspräsidium als auch die Stadt Taunusstein Berufung eingelegt haben, wobei die Begründung des Regierungspräsidiums zum Zeitpunkt der Gesamtabschlussberichterstattung noch aussteht. Somit wird die Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof Kassel als nächste Instanz verhandelt. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht bekannt. Um die Rechte in Bezug auf den Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 zu verdeutlichen, wurde im März

---

<sup>24</sup> Unternehmenszweck der MHKW Wiesbaden GmbH ist es, auf einem vormals kommunalen Grundstück nahe der Deponie Dyckerhoffbruch ein privates Müllheizkraftwerk zu errichten, um den Wiesbadener Restmüll zu entsorgen und Strom und Fernwärme zu erzeugen. Die Firma Knettenbrech + Gurdulic errichtet das Müllheizkraftwerk bis voraussichtlich 2024.

## Gesamtabschluss 2021

---

2021 eine Fehlerrüge dem Regierungspräsidium Darmstadt und ein Normenkontrollantrag dem Verwaltungsgerichtshof Kassel zugestellt. Der Bau der 10 Windräder auf der Hohen Wurzel bleibt also abzuwarten. In diesem Zusammenhang ist die Erreichung der städtischen Energie- und Klimaschutzziele, nämlich ein Fünftel der in Wiesbaden verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen, ungewiss.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt. Hierzu gehört u. a. ein möglicher Ausfall von Versorgungsleitungen sowie sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduzieren die Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt werden könnten. Der Eigenbetrieb geht für die Wirtschaftsjahre 2022 und 2023 von deutlich positiven Ergebnissen aus. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird erwartet, dass die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine keine unmittelbar wesentlichen dauerhaften Auswirkungen auf die künftige Ergebnissituation haben werden.

Risiken für die ESWE **BioEnergie** können sich aus technischen Störungen oder ungeplanten Produktionsausfällen beim Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks ergeben. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung des Kraftwerks reduzieren diese Risiken. Darüber hinaus sind die Risiken aus technischen Mängeln und den daraus resultierenden Vermögensschäden, soweit sinnvoll, durch den Abschluss entsprechender Versicherungsverträge teilweise abgedeckt. Die Vergütung für den jährlich produzierten und eingespeisten Strom orientiert sich an den Stromgroßhandelspreisen. Daher können sich durch sinkende Stromgroßhandelspreise ungeplante Ergebnisbelastungen ergeben. Umgekehrt besteht bei steigenden Preisen die Chance, zusätzliche Ergebnisbeiträge zu realisieren.

Die Gesellschaft erwartet zum Zeitpunkt der Berichterstellung ein positives Jahresergebnis 2022. Insbesondere vor dem Hintergrund der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Entwicklungen auf den Energiemärkten prognostiziert die Geschäftsführung höhere Erlöse für den vermarkteten Strom, dem zwar auch höhere Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe gegenüberstehen, bei denen das Plus auf der Erlösseite aber überwiegt. Bei einer Annahme, dass nach der Krise Strom- und Wärmepreise auf einem deutlich höheren Niveau liegen, geht die Geschäftsführung auch künftig von positiven Jahresergebnissen aus.

Die Risiken der **ESWE Verkehr** ergeben sich vor allem aus dem Ausbau eines emissionsfreien ÖPNV und der damit verbundenen, nicht vollumfänglich geförderten Projekte, wie u. a. der Austausch der Dieselbusflotte. So steigen mit dem Austausch der Dieselbusflotte durch Batterie- und Wasserstoffbusse die Investitionskosten und damit einhergehend die künftigen Aufwendungen durch Abschreibungen und Zinsen, die das Jahresergebnis belasten. Im zweiten Quartal 2022 wird mit der Anschaffung von 56 weiteren Fahrzeugen gerechnet. Chancen bestehen in der Senkung der Schadstoffbelastung.

Es besteht weiterhin das Risiko, dass es u. a. durch Erkrankung sowie Fluktuation der Mitarbeitenden zum Ausfall von Fahrdienstleistungen kommen kann und die Gesellschaft somit ihren Verkehrsauftrag nicht im bewährten Maße umsetzen kann. Die Umstellung auf ein reduziertes Fahrplanangebot wird diese Risiken nicht im gleichen Umfang kompensieren können. Darüber hinaus kann ein geringerer Absatz von Fahrkarten zu anhaltenden Umsatzrückgängen führen. Ob und in welchem Umfang die Einführung des 49 EUR Tickets ab Mai 2023 zu

## Gesamtabschluss 2021

---

Umsatzsteigerungen führt, bleibt abzuwarten. Daneben ist ungewiss inwiefern Aufwand und Mindereinnahmen auch künftig durch Bund und Land aufgefangen werden.

Die seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine steigenden Treibstoff- und Energiekosten bergen ein Risiko für erhebliche Mehrkosten. Eine genaue Prognose ist derzeit allerdings nicht möglich.

Weitere Risiken werden im etwaigen Verlust der Linienkonzession ab 2027, der Marktliberalisierung und der Einschränkung von öffentlichen Zuschüssen gesehen.

Für die Zukunft wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiterverfolgt, um unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können. Für das Jahr 2022 erwartet die Geschäftsführung der ESWE Verkehr ein negatives Jahresergebnis von -54,1 Mio. € (vor Konsolidierung), welches in den nachfolgenden Jahren noch ansteigen wird. Ursächlich hierfür sind steigende Aufwendungen aufgrund von Investitionen in den emissionsfreien ÖPNV. Die Batteriebusflotte stieg bis zum Ende des Jahres 2021 auf 64 Fahrzeuge und bis zum Ende des Jahres 2022 auf 120 Fahrzeuge.

Im Rahmen der in 2018 abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2009 bis 2011 der **WV** vertritt das Finanzamt die Auffassung, dass die in der Sparte Verkehr bis zum 31.12.2009 aufgelaufenen Verlustvorträge nicht mehr nutzbar seien. Dies hätte zur Folge, dass die in den Jahren seit 2010 vorgenommenen Verlustverrechnungen nicht mehr zulässig sind, sodass sich für die Gesellschaft Steuernachzahlungen ergeben würden. Die Geschäftsführung vertritt diese Auffassung nicht und hat deswegen in Abstimmung mit dem steuerlichen Berater gegen die im ersten Quartal 2018 ergangene Veranlagung für die Jahre 2009 bis 2011 am 06.08.2018 Klage beim hessischen Finanzgericht eingereicht und in erster Instanz gewonnen. Gegen das Urteil vom 15.04.2020 hat das Finanzamt am 14.05.2020 Revision eingelegt. Dem Risiko wurde mit der Bildung einer Rückstellung bzw. mit der Erhöhung dieser entsprochen. Darüber hinaus wurden für einzelne Veranlagungsjahre bereits Zahlungen an das Finanzamt geleistet. Zur Vermeidung von Risiken für Nachzahlungszinsen wurden bereits freiwillig Steuern vorausgezahlt. Chancen ergeben sich in der Auflösung der entsprechenden Rückstellung und der Rückerstattung der bereits geleisteten Steuernachzahlungen, sofern der Ausgang des Gerichtsverfahrens positiv für die **WV Holding** verläuft.

Unverändert ergeben sich für die **WV Holding** Chancen aus den Beteiligungen und der Bündelung der immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten. Insbesondere durch die Neustrukturierung der Wohnungsunternehmen kann dieser Bereich künftig optimiert gesteuert werden. Geplant ist ein „Drei Säulen-Modell“, welches zwischen drei Geschäftsbereichen unterscheidet: „Wohnungsbau“ (GWW / GeWeGe), „Stadtentwicklung“ (SEG) und „Sonderimmobilien“ (WiBau). Die **GWI** soll künftig als Zwischenholding entfallen und auf die **WV** verschmolzen werden. Das operative Geschäft wird von der **WiBau** übernommen. Der **WIM** Liegenschaftsfonds wird in die **WiBau** eingebracht. Die Zusammenarbeit der Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften wird beständig weiterentwickelt, Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

## Gesamtabschluss 2021

---

Mit den von der **Beteiligungsgesellschaft WVV** gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG Freiburg im Breisgau (Kom9) ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann. Die Kom9 KG hält eine Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding). Die Ergebnisplanung der Kom9 geht für das Jahr 2022 von einem voraussichtlichen Jahresüberschuss i. H. v. 91,6 Mio. € aus. Hiervon würden auf die Beteiligungsgesellschaft gemäß ihrem Anteilsbesitz 12,5 Mio. € entfallen. In der Planung wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges noch nicht berücksichtigt, da sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau bestimmt werden konnten. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass die Pandemie keine wesentlichen langfristigen Folgen auf das Unternehmensergebnis haben wird.

Die **WVV Holding** hat seit Jahren Liegenschaften im Bestand. Ziel ist nach wie vor, eine nachhaltige Ertragsicherheit zu gewährleisten. Risiken ergeben sich hinsichtlich der pandemiebedingten Mindereinnahmen im Bereich der Gewerbeobjekte der WVV Holding, die sich unmittelbar auf das Ergebnis auswirken.

Mit dem Objekt Walhalla ergibt sich die Chance, ein Kulturdenkmal mitten in Wiesbaden zu erhalten und zudem einer kulturellen Nutzung zuzuführen. Mitte 2022 wurde den Stadtverordneten eine Konzeptstudie und eine Grobkostenberechnung vorgelegt, welche die Sanierung, einen Teilabriss und einen Ergänzungsneubau des Kulturdenkmals Walhalla beinhaltet. Die Gesamtkosten für Sanierung, Abriss und Teilneubau belaufen sich nach einer ersten Grobkalkulation auf etwa 50 Mio. € brutto. Daneben sollen Drittmittel (u. a. Bundes- und Landesprogramme) für die Revitalisierung beantragt werden. Hinsichtlich der angestrebten Revitalisierung (Zielsetzung: Baubeginn 2024) bestehen Risiken, dass Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren länger andauern und damit Kostensteigerungen einhergehen. Außerdem ist bis zum Abschluss / zur Umsetzung der Revitalisierung des Objektes Walhalla mit laufenden Instandhaltungsaufwendungen (insbesondere zur Verkehrssicherung) in einem steigenden Umfang zu rechnen.

Die Citypassage wurde an den Käufer - die Firma Art-Invest - mit notariellem Kaufvertrag vom 21.06.2022 verkauft. Ein Übergang von „Nutzen und Lasten“ ist für den 01.08.2022 vereinbart worden. Aus der Veräußerung kann für das Wirtschaftsjahr 2022 ein positiver Ergebniseffekt realisiert werden. Zudem entfallen in der Zukunft die laufenden Aufwendungen aus der Bewirtschaftung des Objektes. Gleichwohl sieht der Kaufvertrag für beide Vertragsparteien Rücktrittsklauseln vor, sodass das Risiko der Rückabwicklung des Projektes latent besteht.

Für die **GWW**, **GeWeGe** und den **WIM Fonds** ergeben sich Chancen u. a. durch die Anhebung der relevanten Quadratmetermieten auf Basis des Mietspiegels sowie der Reduzierung von Leerständen durch Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände. Des Weiteren ergeben sich Chancen im Rahmen des Vertriebs von Bestandsimmobilien, sofern höhere Verkaufspreise als in der Planung angenommen erzielt werden.

Risiken birgt der Ukraine-Krieg in Form einer deutlichen Erhöhung der Energiepreise, die im Bereich Bewirtschaftung zu höheren Nebenkosten führen. Diese werden zwar im Wesentlichen über die Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt, es kann aber vermehrt zu Mietausfällen oder Stundungen kommen, was eine höhere Liquiditätsbelastung der Gesellschaften zur Folge hat. Die Immobiliengesellschaften sind deshalb bestrebt, den wirtschaftlichen Schaden durch Anpassung der Nebenkostenvorauszahlungen zu begrenzen.

## Gesamtabschluss 2021

---

Bei allen Bauprojekten wie Großsanierungen und Neubaumaßnahmen bestehen grundsätzlich Risiken in unvorhergesehenen Kostensteigerungen sowie zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich des Beginns und der termingerechten Fertigstellung. Diese Risiken verschärfen sich insbesondere vor dem Hintergrund der noch andauernden Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges und der damit in Gang gesetzten Energiekrise und Kostenexplosionen (u. a. gestörte Lieferketten, höhere Bau- und Instandhaltungskosten, höhere Energiekosten). Darüber hinaus steigen die Zinsen, die maßgeblich für die Höhe der künftigen Kreditbelastungen verantwortlich sind und sich in Form von Zinsaufwendungen und Abschreibungen negativ auf die Ergebnisse der kommenden Jahre auswirken. Den steigenden Baukosten stehen mitunter nicht steigerbare Mieten (Bindung an Mittelwert Mietspiegel und Mietpreisbremse) gegenüber. Dies führt bei investiven Maßnahmen zu deutlich reduzierten Renditen.

Um das finanzielle Risiko der Gesellschaften zu vermeiden, erfolgt deshalb eine Überprüfung der einzelnen Projekte hinsichtlich deren Wirtschaftlichkeit. Aus den Ergebnissen der Überprüfungen wird dann der weitere Umgang (z. B. zeitliche Verschiebung, Weiterführung / Aufgabe des Projektes) abgeleitet.

Die gesetzlichen Vertreter führen weiterhin aus, dass ein nicht unerhebliches Risiko latent aus dem Fortgang der Corona-Pandemie besteht, vor allem hinsichtlich der Auswirkung auf die regionale Wirtschaft. So könnte durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Insolvenzen die Zahlungsfähigkeit der Mieter sinken, was zu Mieteinnahmeausfällen oder verminderten Ertragssteigerungen führen würde, welche die Geschäftsentwicklung 2022 negativ beeinflussen können.

Für das Jahr 2022 rechnen die Wohnungsbaugesellschaften mit leicht rückläufigen Jahresergebnissen. Ursächlich sind nicht aktivierbare Aufwendungen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern „Städtebauliche Projektentwicklung“, „Bauträgergeschäft“, „Immobilienbewirtschaftung“ und „Städtebauförderung / Wohnbauförderung“ weiterhin gute Erträge erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden.

Im Kernbereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen nach wie vor aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche verschiedene Beteiligte in einen Prozess mit einbinden zu müssen, ergeben. Aus Preisschwankungen auf dem Immobilienmarkt können zudem wirtschaftliche Risiken entstehen, indem prognostizierte Verkaufserlöse infolge des Zeitversatzes nicht erreicht werden könnten. Aufgrund des aktuell hohen Preisniveaus muss dies insbesondere beim Ankauf zukünftiger Flächen beachtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 20.05.2021 einen umfassenden Beschluss zur Wohnungsbaupolitik gefasst. Demnach bestehen bei allen künftigen Gebietsentwicklungen Festlegungen für den Anteil der zu schaffenden geförderten Wohneinheiten. Städtische Gesellschaften sollen einen Anteil von 40 % sozial geförderte Wohneinheiten schaffen, während private Gesellschaften einen Anteil von 30 % erbringen müssen. Dies hat einen Einfluss auf die erzielbaren Deckungsbeiträge sowie auf die Wirtschaftlichkeit.

## Gesamtabschluss 2021

---

Chancen werden in der unverändert hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien im Rhein-Main Gebiet gesehen, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits auf niedrigerem Preisniveau eingekauften Flächen, die von der SEG entwickelt werden. Dies wird dazu führen, dass aus dem späteren Verkauf der aktuell bearbeiteten Entwicklungsgebiete trotz der voraussichtlich steigenden Erschließungskosten ausreichend positive Deckungsbeiträge erzielt werden können.

Im Jahr 2023 ist der Verkauf des seit langem im Eigentum der SEG befindlichen Grundstückes am Nordufer des Schiersteiner Hafens geplant, nachdem nunmehr die gewerbliche Nutzung im Bebauungsplan Gültigkeit erlangte. Daneben werden gegebenenfalls weitere Vorratsgrundstücke veräußert.

Die SEG ist auch maßgeblich in die bauliche Entwicklung für die Verlagerung der Eisbahn und des Freizeitbades Mainzer Straße an den 2. Ring einbezogen worden.

Insgesamt prognostiziert die SEG für das Jahr 2022 nach Berücksichtigung der Resterlöse durch die Vermarktung der verschiedenen Grundstücksflächen ein positives Jahresergebnis.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanierung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Chancen werden mittelfristig in den steigenden Investitionen im Schulbereich gesehen. Dies geht aber auch mit Risiken einher, insbesondere im Bereich der laufenden Vorfinanzierung. Grundsätzlich werden die steigenden Investitionen der WiBau über Darlehensverträge finanziert, allerdings kann es bei der Vorfinanzierung der Maßnahmen zu einer Liquiditätsunterdeckung von 20 Mio. € bis 30 Mio. € kommen. Gemeinsam mit der WVV und der Kernverwaltung werden hier geeignete Instrumente gesucht, die dies kompensieren.

Chancen ergeben sich daneben in dem Aufbau von Kompetenzen in der Betreuung und Durchführung von Vergabeverfahren, die vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität vermehrt nachgefragt werden. Im Geschäftsjahr 2022 wird die WiBau weitere Schulprojekte entwickeln und mit der Umsetzung der bereits vertraglich fixierten Maßnahmen beginnen, deren Fertigstellung zu unterschiedlichen Zeiten bis ins Jahr 2027 geplant sind. Entsprechend erwartet die Gesellschaft eine noch bessere Auslastung.

Im **Entsorgungsbereich** bestehen wie in den Vorjahren Risiken wegen des erheblichen Ablagerungsdruckes bei den Deponiemengen. Vor dem Hintergrund der fehlenden Entsorgungsmöglichkeiten kommt es insbesondere im Rhein-Main-Gebiet zu einem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage nach Deponieraum. Der Ablagerungsdruck auf die Deponie Dyckerhoffbruch nimmt weiter zu. Das Restverfüllvolumen im derzeit genehmigten Bereich des Deponieabschnitt III (DA III) beträgt Ende 2021 nur noch rd. 135.000 m<sup>3</sup> (Vorjahr 225.000 m<sup>3</sup>). Ohne Erweiterung der Deponie Dyckerhoffbruch ist somit nach aktuellen Prognosen spätestens Ende 2023 das Verfüllende des DA III erreicht. Die ELW verfolgt deshalb mit Hochdruck die Erweiterungsplanung des Deponieabschnittes III und die Neuplanung des Deponieabschnittes IV.

Trotz erheblicher Anstrengungen konnte das Planfeststellungsverfahren zur Osterweiterung der Deponie III noch nicht abgeschlossen werden, da es seitens der Genehmigungsbehörde (Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden) immer

## Gesamtabschluss 2021

---

wieder Überarbeitungs- und Ergänzungsbedarf an dem bereits im Jahr 2016 eingereichten Antrag gab und somit die Prüfung auf Vollständigkeit immer noch nicht abgeschlossen werden konnte. Damit liegt das Vorhaben weit außerhalb des prognostizierten Zeitrahmens. Die letzte überarbeitete und ergänzte Version dieses Antrages wurde als Revision 3 Ende März 2021 eingereicht. Daraufhin empfahl die Behörde mit Schreiben vom 28.10.2021 den Planfeststellungsantrag zurückzunehmen, woraufhin die ELW mit Schreiben vom 29.11.2021 mitteilte, dass der Planfeststellungsantrag nicht zurückgenommen werde. Die Planfeststellungsanträge für die Norderweiterung - Deponieabschnitt III/4 und Neuerrichtung des Deponieabschnittes IV wurden im April und Juni 2019 bei der Behörde eingereicht. Für das Planfeststellungsverfahren zum DA IV stellte die Genehmigungsbehörde die Vollständigkeit der Antragsunterlagen im September 2020 fest und informierte über den Entfall des Erörterungstermins. Dennoch wurde der Planfeststellungsbeschluss seitens der Genehmigungsbehörde immer noch nicht erteilt und wird immer wieder neu terminiert. Somit ist ein Baubeginn der Basisabdichtung im Frühjahr 2022 und infolgedessen eine geplante Ablagerung von Abfällen der Deponieklasse I ab 2023 nicht umsetzbar. Das Planfeststellungsverfahren zur sogenannten Norderweiterung (DA III/4) wurde im Februar 2020 ruhend gestellt, sodass das Verfahren zur sogenannten Osterweiterung mit höherer Priorität durch die zuständige Behörde bearbeitet werden kann.

Zur Reduzierung des Risikos wurden bereits im Jahr 2018 Vereinbarungen mit externen Deponien (Büttelborn und Kapittelal) zur Absteuerung von mineralischen Abfällen getroffen. Darüber hinaus sieht sich der Bereich Abfallwirtschaft weiterhin gezwungen, durch restriktive Maßnahmen die Ablagerungskapazitäten des Deponieabschnittes III (DA III) zu reduzieren. Dies dient der Gewährleistung der weiteren Entsorgungssicherheit für die LHW. Damit gehen allerdings starke wirtschaftliche Verluste im Bereich Abfallwirtschaft einher, die sich negativ auf das Ergebnis auswirken.

Ein weiteres Risiko stellt der Rückgang der Deponiegasverwertung dar. Im Jahr 2021 war der Rückgang der erfassten Deponiegasmengen gegenüber dem Vorjahr sehr gering und bewegte sich somit in der erwarteten Größenordnung, ebenso die eingespeiste Strommenge aus der Deponiegasverwertung. Die wirtschaftliche Deponiegasnutzung wird noch mehrere Jahre möglich sein, wenngleich die erzeugte Wärmemenge künftig den Bedarf in Spitzenzeiten nicht mehr decken kann. Für die Heizperiode 2021/2022 konnte noch kein Vertrag über den Wärmebezug mit einem Energieversorgungsunternehmen abgeschlossen werden, weshalb in Spitzenzeiten die notwendige Wärmemenge mit Strom erzeugt werden muss. Durch den Einsatz eines kleinen Blockheizkraftwerkes (BHKW) mit weniger elektrischer Leistung, konnte der Betrieb der BHKW optimiert und leistungsgestaffelt erfolgen und der Rückgang der Deponiegasmengen minimiert werden.

Finanzielle Risiken bestehen auch hinsichtlich der Aufwendungen für den Winterdienst bei einer extremen Wintersaison. Diesem Risiko wurde seitens der ELW begegnet, indem der Winterdienst neu geplant und strukturiert sowie auf die östlichen Vororte ausgeweitet wurde. Zudem beteiligen sich die ELW an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager, welches seit dem Jahr 2012 von acht Kommunen aus Südhessen betrieben wird.

Für das Hauptklärwerk soll eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsmin-

## Gesamtabschluss 2021

---

derung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Zudem müssen Standortalternativen untersucht werden. Es werden auch Alternativstandorte außerhalb des festgelegten Geltungsbereichs des Bebauungsplans betrachtet.

Auf dem Hauptklärwerk wird eine Pilotanlage errichtet, die durch den Einsatz von Pulveraktivkohle und Membranen neben Spurenstoffen (Medikamentenreste u. a.), multiresistente Keime sowie Mikroplastik beseitigt. Die Pilotanlage hat das Ziel, essenzielle Erkenntnisse zu den spezifischen Bemessungsansätzen für das Wiesbadener Abwasser zu gewinnen. Bei einer zukünftigen gesetzlichen Forderung, Spurenstoffe, multiresistente Keime und Mikroplastik aus dem Abwasser zu entfernen, wäre eine solche Technik eventuell wirtschaftlicher als ein stufenweiser Ausbau mit einer vierten und fünften Reinigungsstufe. Eine Projektgruppe bestehend aus den Projektpartnern Technische Universität Darmstadt, Hochschule Darmstadt und Micodyn Nadir erstellt eine Versuchsanlage. Die Pilotanlage ging im Mai 2021 in Betrieb. Aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, aber auch wegen der unmittelbaren Angrenzung an den Gefahrenbereich zur Salzbachtalbrücke, die in 2021 gesprengt wurde, konnte die Versuchsanlage nur begrenzt betrieben werden und das Vorhaben verzögerte sich. Daher wurde eine Projektverlängerung um ein Jahr beantragt. Chancen ergeben sich, wenn sich nach Abschluss der Versuche zeigt, dass eine großtechnische Umsetzung möglich ist. In diesem Fall könnte dies eine zukunftsweisende Technologie darstellen.

Die Risiken, die mit dem Krieg in der Ukraine einhergehen, können aktuell noch nicht genau bestimmt werden. Unmittelbare Auswirkungen haben die steigenden Treibstoff- und Energiepreise, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die ELW einen Jahresverbrauch von rd. 1 Mio. Liter an Dieselmotorkraftstoff hat. Daneben wirken sich steigende Rohstoff-, Treibstoff- und Energiepreise auch auf die Bezugskosten von Materialien und externen Dienstleistungen aus. Dies wird sich auch auf das Jahresergebnis auswirken.

Darüber hinaus besteht weiterhin das Risiko, dass neue Virusvarianten von SARS-CoV-2 zu Einschränkungen der wirtschaftlichen / unternehmerischen Aktivitäten führen und ELW-interne Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zum Schutz der Mitarbeitenden erfordern. Die systemrelevanten Arbeitsbereiche des Betriebes müssen handlungsfähig bleiben, sodass im Falle von weitreichendem Personalausfall externe Firmen zur Gewährleistung der durchzuführenden Aufgaben beauftragt werden müssten. Es besteht die Möglichkeit, dass viele Beschäftigte gleichzeitig erkranken (oder in Quarantäne geschickt werden müssen). Bedingt durch den drohenden Personalausfall ergeben sich arbeitsorganisatorische und finanzielle Auswirkungen.

Die ELW erwartet, unter Berücksichtigung der Risiken und Chancen, ein positives Jahresergebnis im Jahr 2022.

Risiken der **MBA** sind neben dem Ausfall von Entsorgungsanlagen, Forderungsausfall- und Zinsänderungsrisiken. Diese Risiken werden allerdings als nicht wesentlich angesehen. Geschäfte werden nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität eingegangen. Darüber hinaus werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wertberichtigt, sofern erforderlich. Dementsprechend lässt die Analyse des Risikopotenzials sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Aus der Corona-Pandemie sowie aus dem Krieg in der Ukraine werden aufgrund der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft weiterhin keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis erwartet. Chancen ergeben sich aus der Beteiligung an der DBW Recycling

## Gesamtabschluss 2021

---

GmbH & Co. KG, durch die Akquisition mineralischer Abfälle zur weiteren Aufbereitung und Verwertung sowie durch die Herstellung neuer Produktlinien als Ersatz für Naturbaustoffe im Straßenbau.

Von der Preisentwicklung bei den Abfällen zur Verwertung und den Abfällen zur Beseitigung ist die Gesellschaft nicht betroffen. Bedingt durch das europaweite Ausschreibungsverfahren konnte ein über Jahre stabiles und weit unter Marktpreis liegendes Preisniveau erreicht werden. Für das Jahr 2022 rechnet die MBA mit einem positiven Jahresergebnis über dem Vorjahresniveau.

Nach wie vor stellt der demographische Wandel die **Altenhilfe Wiesbaden (AHW)** vor große Herausforderungen. Zum einen wird die Anzahl der älteren Menschen zunehmen, insbesondere der Hochbetagten (über 80-Jährige). Damit einhergehend steigt auch das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit. Zum anderen wird der bestehende Fachkräftemangel im Bereich Pflege noch eklatanter. Die Corona-Pandemie hat den bestehenden Pflegenotstand nochmals verdeutlicht. Der Gesetzgeber hat zwar mit neuen bzw. geänderten Gesetzen (Pflegestärkungsgesetz (PSG I und II), Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG), Pflegeberufegesetz (PflBG), Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (GPVG)) bereits erste Reformen eingeleitet, diese müssen aber von der Politik weiterentwickelt werden, um die pflegerische Versorgung und ihre Finanzierung sicherzustellen.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0487 vom 12.12.2019 entschieden, einen Ersatzneubau für das Moritz-Lang-Haus zu errichten. Den Ersatzneubau realisiert die WiBau GmbH im Rahmen eines Mietmodells. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung wurde die vom bisherigen Generalplaner übernommene Genehmigungsplanung optimiert, um zeitnah einen entsprechenden Bauantrag einreichen zu können. Währenddessen fingen die Rückbauarbeiten des ehemaligen Reha-Traktes im Moritz-Lang Haus an. Der Neubau entsteht auf der frei werdenden Fläche. Parallel dazu muss mittelfristig auch eine Lösung für das Toni-Sender-Haus gefunden werden. Insofern hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0123 vom 28.08.2019 den Magistrat gebeten, zu prüfen, inwieweit am Standort Biebrich unter Beachtung der Seveso-Richtlinie ein Neubau möglich ist. Sollte dies nicht möglich sein, ist zu untersuchen, in welchem Ausmaß Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Zur weiteren Klärung stehen Gespräche mit der Bauaufsicht aus.

Die Pflegesatzvereinbarungen endeten am 31.01.2022. Die mit den Kostenträgern festgelegte Vereinbarung sieht für den Zeitraum vom 01.02.2022 bis 31.05.2023 eine pauschale Erhöhung der Pflegentgelte sowie der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung um 4,03 % vor. Davon entfallen 0,18 % auf die Erhöhung von Sachkosten. Der inflationsbedingte Anstieg der Sachkosten liegt allerdings deutlich höher. Dem Risiko wurde bereits im Jahresabschluss 2021 durch Bildung einer Drohverlustrückstellung begegnet. Aufgrund des bestehenden Tarifvertrages vom 01.09.2020 bis 31.12.2022 ergeben sich Personalkostensteigerungen im Jahr 2022 (Erhöhung Tabellenentgelte ab 01.04.22 um 1,8 %, Anhebung der Jahressonderzahlung der Entgeltgruppen 1 bis 8 und Zahlung einer Pflegezulage ab 01.03.22).

Wegen des vom Gesetzgeber aufgestellten Schutzschilds gemäß den Feststellungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 150 Abs. 2 und 3 SGB XI, geht die Geschäftsführung der AHW weiterhin davon aus, dass die Corona-Pandemie keine wesentlichen Auswirkungen auf die

## Gesamtabschluss 2021

---

Geschäftsentwicklung haben wird. Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2022 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die **EGW** Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH beschäftigt sich u. a. mit der Profilierung und Stärkung der LHW als Gesundheitsstadt durch gezielte Herausstellung vorhandener Potenziale und die Positionierung im nationalen Wettbewerb. Ziel ist u. a. die Fortführung des Dialogprozesses unter den Wiesbadener Kliniken, der eigenständig Impulse zur Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes Wiesbaden setzt. Darüber hinaus wird sich die EGW der Verstärkung des Kliniknetzwerkes widmen sowie Maßnahmen zur Gewinnung von Pflegekräften ergreifen.

Chancen ergeben sich aus der erfolgreichen Vermarktung der von der EGW entwickelten Internetplattform [www.mymedAQ.de](http://www.mymedAQ.de), bei welcher es sich um ein neues Gesundheitslotsensystem zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten handelt. Damit verfolgt die EGW das Ziel, sich mittelfristig selbst zu tragen. Darüber hinaus sollen neue Geschäftsfelder im Gesundheitsbereich erschlossen werden, um Wiesbaden als Gesundheitsstadt weiter zu stärken.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt gemeinnützige GmbH** (WJW gGmbH) bestehen bestandsgefährdende Risiken in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen und einer möglichen Verringerung der Inanspruchnahme der Leistungen durch die Zielgruppen. Darüber hinaus können konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Veränderungen, die nicht im Einflussbereich der WJW gGmbH liegen, Risiken darstellen, da hiervon die Zahl der Ausbildungen und Maßnahmen abhängen können, die aber maßgeblich für den Unternehmenserfolg sind.

Aus der Modernisierung der Markthalle ergeben sich Chancen, die Ausbildungssituation in den verschiedenen Berufen der Sparte Einzelhandel und Gastronomie zu verbessern und die Kundenorientierung zu optimieren. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Modernisierung jedoch erst erfolgen, wenn die Mittel hierzu vorhanden sind.

Derzeit finden Überlegungen statt, einen Campus auf der Domäne Mechtildshausen zu errichten und in dem Zusammenhang alle anderen Standorte zu schließen. Die Zusammenlegung der Standorte Hasengartenstraße und Domäne Mechtildshausen zu einem Campus Domäne Mechtildshausen bedeuten einerseits erhebliche Investitionen. Andererseits entfallen aber auch die Kosten für den Abbau des Investitionsstaus der anderen Standorte. Zudem können Synergieeffekte durch die Zentralisierung und Optimierung der Werkstätten entstehen, die eine deutlich verbesserte Ausbildungssituation in diversen handwerklichen Berufen ermöglicht. Konkrete Pläne und Beschlüsse für diese im Umbaukonzept avisierte Zusammenlegung liegen zum Zeitpunkt der Berichterstellung allerdings noch nicht vor.

Risiken bestehen auch im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und in den Folgen des Ukraine-Krieges, da noch nicht abschätzbar ist, ob dies letztlich zu einer einbrechenden Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt in der Rhein-Main-Region führt, sich die Anzahl der Teilnehmenden auf einem niedrigeren Niveau als vor der Corona-Pandemie einpendeln oder neue Ausbildungsbedarfe die Erschließung neuer Geschäftsfelder ermöglichen.

Nach wie vor bestehen Risiken, wenn jugendliche Teilnehmende Maßnahmen vorzeitig abbrechen. Deshalb ist es von Bedeutung die jungen Erwachsenen an das Unternehmen zu binden und die angestrebten Maßnahmenziele zu erreichen.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die WJW ist zum 01.01.2021 dem Kommunalen Arbeitgeberverband (TVÖD) beigetreten. Damit gilt ein Überleitungstarifvertrag für alle Festangestellten. Die Umsetzung erfolgt über sukzessive Lohnsteigerungen. Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist personalintensiv und Kostenersparnisse können nicht einfach durch eine Reduzierung des Personalbestandes realisiert werden. Insofern werden weitere Steigerungen des Personalaufwandes erwartet.

Mittel- und langfristig sieht die Gesellschaft die Notwendigkeit, die Erlöse aus Ausbildung und Beschäftigung zu erhöhen und defizitäre Geschäftsfelder zu verkleinern oder zu schließen. Im Jahr 2022 wurde die Gesellschaft zudem beauftragt, zu prüfen, ob durch eine strukturelle und gesellschaftsrechtliche Neuausrichtung mitsamt einer Organisationsänderung umfassende Verbesserungen erzielt werden können. Für das Jahr 2022 erwartet die Geschäftsführung einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 1,3 Mio. € (vor Konsolidierung). Gründe sind die unverändert hohen Fixkosten, wie vor allem die höheren Personalkosten durch die Bezahlung nach Tarifvertrag und die geringere Zahl der Ausbildungsbeginnenden in 2022 sowie eine relativ geringe Auslastung einzelner Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung und Qualifizierung.

Seit mehreren Jahren verhandelt die WJW erfolglos mit der Hessischen Landesgesellschaft mbH (HLG) über die Verlängerung des Pachtvertrages,<sup>25</sup> der die Basis zur Nutzung der Domäne Mechtildshausen darstellt. Nunmehr hat sich die Möglichkeit ergeben, die Domäne Mechtildshausen, den Sternenhof (alt) sowie angrenzende Ackerflächen von der HLG käuflich zu erwerben. Aktuell laufen die Verhandlungen der Kernverwaltung LHW mit der HLG, die Grundstücksflächen für einen zweistelligen Millionenbetrag zu kaufen.

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet die Dachgesellschaft der **Wiesbaden Congress & Marketing GmbH (WiCM)**. Gegenstand der Gesellschaften ist die Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet des Messe-, Kongress- und Veranstaltungswesens sowie des Tourismus und Stadtmarketings.

Um einem beihilferechtlichen Risiko zu begegnen, werden derzeit die Betrauungsakte auf die aktuellen Bedingungen angepasst.

Das in 2018 eröffnete RMCC stellt einen konkurrenzfähigen Messebau modernster Ausstattung und Bauweise dar. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Kaufkraft durch die Umsätze, welche die Messebesuchenden in Wiesbaden tätigen. Andererseits ist der fremdfinanzierte Neubau des RMCC mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden. So betragen die jährlichen Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) etwa 7 Mio. €. Es besteht ein Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung des RMCC, aber auch der anderen Veranstaltungslocations. Diesem Risiko wird durch intensive Akquise- und Marketingaktivität begegnet. Wegen der anhaltenden Corona-Pandemie war eine Vermietung der Räumlichkeiten kaum möglich. Das RMCC diente beispielsweise im Jahr 2021 und 2022 größtenteils als Impfzentrum und konnte in diesem Zeitraum nicht an Dritte vermietet werden. Insofern konnten (nach Konsolidierung) die Kapitalkosten nicht durch entsprechende Einnahmen von Dritten gedeckt werden. Auch zukünftig besteht das Risiko, dass größere Veranstaltungen coronabedingt nicht stattfinden dürfen.

---

<sup>25</sup> Der Pachtvertrag war bis zum Jahr 2005 befristet und verlängerte sich anschließend jährlich stillschweigend.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine bringen wesentliche Ergebnisrisiken mit sich. Ursächlich sind die steigenden Energiepreise, aber auch ein möglicher Rückgang im Tourismus- und Veranstaltungsgeschäft.

Aufgrund der Corona-Pandemie ist eine fundierte Prognose der Umsätze auch für das Geschäftsjahr 2022 nicht möglich. Die Unsicherheit, wann und in welchem Umfang das „normale“ Leben wieder vollständig startet, macht eine Zukunftsprognose schwierig. Zudem besteht eine erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der steigenden Energiekosten. Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die Betriebsleitung der TriWiCon und der WiCM wieder mit einem Fehlbetrag.

Aus der Positionierung der LHW als Sportstadt und der in diesem Zusammenhang stattfindenden attraktivitätssteigernden Maßnahmen können sich für den Eigenbetrieb **mattiaqua** Chancen auf steigende Besuchszahlen insbesondere im Segment Sport sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness ergeben. Die im Rahmen der Neuausrichtung des Marketingauftritts entworfenen Maßnahmen im Bereich Social Media, die Attraktivierung der Einrichtungen und die Implementierung intelligenter Kauf- und Einlassprozesse werden nach Ansicht der Betriebsleitung nach dem Ende der Pandemie eine positive Wirkung auf Besuchszahlen und Umsatzerlöse aus Besuchen entfachen. Risiken bestehen, aufgrund der starken Abhängigkeit von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit der Einrichtungen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Wellness (Thermalbad Aukammtal und die Kaiser-Friedrich-Therme), da hier in etwa 56 % der Umsätze erwirtschaftet werden. Technische oder bauliche Ausfälle in einer dieser Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage des Eigenbetriebes haben. In allen Wiesbadener Bädern besteht ein Investitions- und Instandhaltungsbedarf. Insbesondere im Hallenbad Mainzer Straße ist ein erheblicher Instandhaltungsstau entstanden. In dieser Einrichtung werden rd. 6 % der Umsatzerlöse aus Besuchen erwirtschaftet. Damit ist das Hallenbad Mainzer Straße einer der stärksten Umsatztreiber außerhalb des Segments Gesundheit und Wellness. Durch den Instandhaltungsstau besteht in dieser Einrichtung ein erhöhtes Risiko von technischen oder baulichen Ausfällen, wodurch es zu deutlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage durch Einschränkungen und / oder Teil- oder Vollsicherungen kommen kann. Dies gilt grundsätzlich für alle Einrichtungen, in denen Instandhaltungsstau besteht.

Weitere finanzielle Risiken gehen mit dem Ersatzneubau des Freizeitbades „Mainzer Straße“ sowie der Eissportfläche mit Saunaanlage (Sportpark Rheinhöhe) einher. Die Baukosten für den neuen Sportpark Rheinhöhe beliefen sich ursprünglich auf ca. 63 Mio. € netto (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0533 zur SV 17-V-86-0004 vom 21.12.2017). Am 10.12.2020 nahmen die Stadtverordneten Kenntnis von der Erhöhung um 35,5 Mio. € auf 98,5 Mio. € Gesamtkosten. Im Laufe des Jahres 2021 verdichteten sich die Anzeichen für eine weitere Kostensteigerung auf rd. 124 Mio. €. Es ist davon auszugehen, dass allein die daraus resultierenden Kapitalkosten (Abschreibung und Zinsen) die künftigen Erlöse übersteigen werden.

Mattiaqua ist aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0286 vom 17.09.2020 verpflichtet, einen monatlichen Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und die eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen darzustellen.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die damit entstandenen Engpässe in der Energieversorgung bergen große Risiken. Zum einen führt die Steigerung der Energiepreise zu

## Gesamtabschluss 2021

---

erheblich höheren Aufwendungen. Zum anderen führen energetische Maßnahmen wie Absenkung der Wassertemperaturen sowie Einschränkungen in der Angebotspalette der Einrichtungen (vorübergehende Schließung des Saunabetriebes) zu deutlichen Rückgängen bei den Besucherzahlen und Umsätzen.

Daneben ist mattiaqua nach wie vor dem Risiko von Katastrophen wie Hochwasser und Sturm, aber auch vermehrtem Schädlingsbefall ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere im Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und / oder Teil- oder Vollschiessungen des Betriebes führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt. Hiermit gehen Haftungsrisiken einher.

Aufgrund der beschlossenen Lockerungen bzw. dem Wegfall der coronabedingten Schutzmaßnahmen zum Zeitpunkt der Erstellung der Planung erwartet die Betriebsleitung für das Jahr 2022 eine Steigerung der Umsätze aus Besuchen gegenüber dem Vorjahr auf ca. 3,8 Mio. €. Damit liegen die geplanten Umsatzerlöse aus Besuchen noch deutlich unter den Vor-Pandemie-Jahren von über 6 Mio. €. Im schlechtesten Fall könnten erneute Verschärfungen der geltenden Verordnungen im Winterhalbjahr beschlossen werden, welche sich dann gegebenenfalls erneut negativ auf die Entwicklung der Umsatzerlöse bei mattiaqua auswirken könnten. Daneben erwartet die Betriebsleitung einen Anstieg der Kosten der Leistungserbringung, die eine entsprechende Verschlechterung des Kostendeckungsgrades mit sich bringen.

Eine wesentliche Chance für den wirtschaftlichen Erfolg der **WiTCOM** bietet das eigene gut ausgebaute Glasfasernetz, der Einsatz neuester Technologien sowie hohe Fachkompetenz und Servicequalität. Daneben werden Chancen in der Fokussierung auf besondere Branchensegmente und einen kundenindividuellen Service für Unternehmen, Carrier und Service-Provider gesehen. Zusätzliche Potenziale und Erweiterungen der Dienstleistungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit leistungsfähigen, spezialisierten Partnern. Der Netzausbau wird kontinuierlich weitergeführt und bietet daher die Möglichkeit, neue Projekte umzusetzen. WiTCOM wird deshalb als professionelles und infrastrukturbasiertes Unternehmen an dieser Entwicklung in hohem Maße partizipieren.

Risiken ergeben sich durch neue Marktteilnehmer, die hohe Summen in den Glasfaserausbau investieren und durch etablierte Telekommunikationsunternehmen, die den Ausbau ihrer bestehenden Infrastruktur vorantreiben. Dadurch steigt der Wettbewerbsdruck, wodurch mit weiteren Preisreduzierungen und Marktkonsolidierungen zu rechnen ist. Bestandsgefährdende Risiken sind nach derzeitiger Einschätzung der gesetzlichen Vertreter aber nach wie vor nicht erkennbar. Die Gesellschaft geht für das Geschäftsjahr 2022 von einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aus. Die Corona-Pandemie wird keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis haben. Es kann allerdings in bestimmten Kundenbereichen, die besonders von der Pandemie betroffen sind, zu Insolvenzen oder Zahlungsproblemen kommen. Ob die aktuelle Ukraine-Krise derzeit beträchtliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf hat, ist noch nicht absehbar. Es wird erwartet, dass die Kosten für Energie deutlich steigen und sich die Lieferung von technischem Equipment noch weiter verzögern wird. Zur Vorsorge wird laufend benötigte Hardware auf Vorrat bestellt.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die **WIVERTIS** sieht Chancen im Wesentlichen in der Ausweitung des Application-Bereichs (Fachverfahren). Daneben ergaben sich Chancen im Zuge der Corona-Pandemie. So wurden durch die Verlagerung von Tätigkeiten ins Homeoffice vermehrt Digital Workplace Leistungen und Telefonie-Services nachgefragt, die einen Teil des Portfolios der WIVERTIS darstellen. Risiken werden im Fachkräftemangel, der sich auch auf die IT-Branche erstreckt, gesehen. Somit könnten unter Umständen neu zu besetzende Stellen nicht adäquat besetzt werden. Bestandsgefährdende Risiken sowie weitere bedeutende Risiken, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, werden gegenwärtig nicht gesehen. Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die WIVERTIS neben den vereinbarten Leistungen für den Verbund der LHW mit Umsätzen außerhalb des bestehenden Leistungsvertrages insbesondere in den Bereichen der erweiterten Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, im Bereich der Netzerweiterungen (Neubauten, Umbauten) und der Verfahrensbetreuung. Insgesamt erwartet die Geschäftsführung für das Jahr 2022 gleichbleibende Umsatzerlöse und ein positives Jahresergebnis.

Die Kernverwaltung der LHW sowie die Aufgabenträger werden regelmäßigen Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Der Gesamtverbund steht angesichts der geplanten Projekte und Investitionsvorhaben wie

- eine umwelt- und klimagerechte Stadtentwicklung mit allen damit zusammenhängenden Maßnahmen (Digitalisierung des Verkehrs, Ausbau des ÖPNV, Anschaffung Elektrobusse)
- die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit (Wohnungsbau, vor allem Sozialwohnungen, Kita- und Schulbau)
- der Ausbau der Infrastruktur (Kanalisation, Energieversorgung, Straßen)
- große Investitionen (Bau des neuen Sportparks Rheinhöhe, Sanierung Walhalla, Ostfeld),

die neben den gesetzlichen Kernaufgaben und der Daseinsvorsorge zu finanzieren sind, vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Diese verschärfen sich, insbesondere vor dem Hintergrund der nunmehr seit 2 Jahren anhaltenden Corona-Pandemie sowie dem im Jahr 2022 hinzugekommenen Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen. Hier zu nennen wären steigende Energie- und Rohstoffpreise, eine steigende Inflation, die geldpolitische Entwicklung (höhere Zinssätze) sowie Flüchtlingsbewegungen (Unterbringung und Lebensunterhalt). Waren die Energiepreise schon vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine in exorbitante Höhen geschneit, so wird die Lage nun immer problematischer. Nahezu alle Bereiche des Verbundes der LHW sind hiervon betroffen.

Die LHW hofft, wie andere Kommunen auch, dass Bund und Land sie mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützen, um die kritische Entwicklung der städtischen Finanzen bewältigen zu können.

Seriöse Schätzungen hinsichtlich des Ausmaßes dieser Entwicklungen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind derzeit kaum möglich.

## Gesamtabschluss 2021

---

Deshalb ist es in allen Gesellschaften und der Kernverwaltung der LHW umso bedeutender, weiterhin notwendige Optimierungsprozesse und Strukturveränderungen anzustoßen, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechterhalten zu können.

Insgesamt gesehen ist der Verbund für die dauerhafte Sicherung der Erfüllung seiner Aufgaben gut aufgestellt. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist somit nach aktuellem Kenntnisstand gewährleistet.

### 1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Am 24.02.2022 begann der Ukraine-Krieg, der weitreichende Folgen für die Wirtschaft in Deutschland und damit auch für die LHW mit sich bringt. Alle Gesellschaften und die Kernverwaltung der LHW sind von steigenden Energiekosten, Lieferengpässen, Baukostensteigerungen und gestiegenen Zinskonditionen betroffen. Forderungsausfälle, welche die Liquidität in den Folgeperioden belasten, können nicht ausgeschlossen werden. Eine Vielzahl ukrainischer Flüchtlinge wurde von der LHW aufgenommen, wodurch die Aufnahmekapazitäten derzeit ausgeschöpft sind. Die Krise wirkt sich nicht nur negativ auf den Gesamtverbund der LHW aus, sondern auch auf die finanzielle Situation der Einwohnerinnen und Einwohner.

Das ifo Institut prognostiziert die Inflationsrate in Deutschland für das Jahr 2022 (Stand 12.09.2022) mit 8,1 %. Hauptursache für diese Entwicklung sind die stark gestiegenen Preise für Energie und Lebensmittel. Der Druck auf die Europäische Zentralbank wurde somit erhöht und führte zur deutlichen Anhebung des Leitzinses. Weitere Zinserhöhungen sind zu erwarten. Der steigende Leitzins führt zu einem gravierenden Anstieg der Kosten in der Baufinanzierung.

Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel gab am 30.11.2021 bekannt, dass die Beamtenbesoldung in Hessen in den Jahren 2013 bis 2020 zu niedrig war und damit nicht den Grundsätzen einer verfassungsgemäßen Besoldung entsprach. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel gab den Sachverhalt zur Klärung an das Bundesverfassungsgericht weiter. Nach einem Urteil ist hier mit erheblichen Nachzahlungen in der Beamtenbesoldung zu rechnen. Weiterhin gab die Hessische Landesregierung am 05.08.2022 bekannt, dass die Beamtinnen und Beamten sowie die Pensionäre und Pensionärinnen zum 01.04.2023 und 01.01.2024 jeweils 3 % höhere Bezüge erhalten werden. Die Pensionsrückstellungen werden sich dementsprechend in ihrer Berechnung signifikant erhöhen.

Anfang 2022 stellte die Geschäftsleitung der WIVERTIS einen Betrugsfall fest. Eine externe Dienstleisterin in der Buchhaltung bereicherte sich zwischen dem 22.03.2021 und dem 31.12.2021 zu Lasten der Gesellschaft um 0,2 Mio. €. Strafanzeige wurde gestellt und alle Maßnahmen getroffen, um weitere Missbrauchsfälle zu unterbinden. Die Kernverwaltung der LHW ordnete infolgedessen eine außerordentliche Revisionsprüfung an, welche im Mai 2022 abgeschlossen wurde. Im Jahresergebnis 2021 sind die finanziellen Auswirkungen dieses Vorfalles komplett berücksichtigt. Der geprüfte Jahresabschluss der WIVERTIS konnte erst im November 2022 vorgelegt werden. Entsprechend verzögerte sich die Erstellung des Gesamtabschlusses 2021.

# Gesamtabschluss 2021

## 2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

### 2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung<sup>26 27</sup>

AKTIVA Position	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
<b>1 ANLAGEVERMÖGEN</b>				
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	11.191.423,81	4.588.187,39	6,6	143,9
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	22.323.734,00	22.615.559,00	-0,3	-1,3
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.495.872,00	1.528.990,51	0,0	-2,2
	<b>35.011.029,81</b>	<b>28.732.736,90</b>	<b>6,3</b>	<b>21,9</b>
<b>1.2 Sachanlagevermögen</b>				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.438.644.387,96	2.371.686.669,03	67,0	2,8
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	864.604.402,32	838.110.209,01	26,5	3,2
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	69.294.098,11	68.214.147,89	1,1	1,6
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	133.202.732,53	116.553.608,17	16,6	14,3
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	289.944.178,54	255.063.084,23	34,9	13,7
	<b>3.795.689.799,46</b>	<b>3.649.627.718,33</b>	<b>146,1</b>	<b>4,0</b>
<b>1.3 Finanzanlagevermögen</b>				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.478.214,20	1.478.214,20	0,0	0,0
1.3.3 Beteiligungen	319.864.302,86	317.426.849,38	2,4	0,8
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.013.211,85	29.276.943,81	-0,3	-0,9
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	100.799.790,37	100.799.790,37	0,0	0,0
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	60.128.257,06	98.012.939,59	-37,9	-38,7
	<b>511.283.776,34</b>	<b>546.994.737,35</b>	<b>-35,7</b>	<b>-6,5</b>
<b>1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	<b>173.640.000,00</b>	<b>173.640.000,00</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
	<b>4.515.624.605,61</b>	<b>4.398.995.192,58</b>	<b>116,6</b>	<b>2,7</b>
<b>2 UMLAUFVERMÖGEN</b>				
<b>2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	<b>12.514.627,89</b>	<b>8.449.693,72</b>	<b>4,1</b>	<b>48,1</b>
<b>2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren</b>	<b>92.200.063,10</b>	<b>89.092.810,66</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>
<b>2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	73.625.002,74	73.181.327,91	0,4	0,6
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	34.067.776,62	31.445.182,35	2,6	8,3
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	62.825.208,58	32.119.222,24	30,7	95,6
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	565.941,72	849.868,87	-0,3	-33,4
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	56.158.983,36	46.539.087,85	9,6	20,7
	<b>227.242.913,02</b>	<b>184.134.689,22</b>	<b>43,1</b>	<b>23,4</b>
<b>2.5 Flüssige Mittel</b>	<b>278.840.977,39</b>	<b>355.408.035,15</b>	<b>-76,6</b>	<b>-21,5</b>
	<b>610.798.581,40</b>	<b>637.085.228,75</b>	<b>-26,3</b>	<b>-4,1</b>
<b>3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	<b>40.009.728,52</b>	<b>36.167.677,69</b>	<b>3,8</b>	<b>10,6</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>5.166.432.915,53</b>	<b>5.072.248.099,02</b>	<b>94,2</b>	<b>1,9</b>

<sup>26</sup> Auf den Ausweis von Bilanzpositionen mit Nullsalden wird verzichtet.

<sup>27</sup> Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

## Gesamtabschluss 2021

PASSIVA Position	31.12.2021 €	31.12.2020 €	Veränderung Mio.€ %	
<b>1 EIGENKAPITAL</b>				
1.1 Netto-Position	1.259.089.688,26	1.259.089.688,26	0,0	0,0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	292.675.290,79	247.162.776,09	45,5	18,4
1.2.4 Sonderrücklagen u. ergebnisneutrale EK-Änderungen	3.527,57	3.527,57	0,0	0,0
1.2.5 Stiftungskapital	1.527.682,20	1.527.682,20	0,0	0,0
	<b>294.206.500,56</b>	<b>248.693.985,86</b>	<b>45,5</b>	<b>18,3</b>
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust	66.828.010,75	204.747.249,29	-137,9	-67,4
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital	68.521.825,80	68.184.205,55	0,3	0,5
	<b>1.688.646.025,37</b>	<b>1.780.715.128,96</b>	<b>-92,1</b>	<b>-5,2</b>
<b>2 SONDERPOSTEN</b>				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	203.027.814,62	195.327.781,80	7,7	3,9
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	18.680.385,71	17.938.232,63	0,7	4,1
2.1.3 Investitionsbeiträge	26.017.870,23	27.687.572,47	-1,7	-6,0
	<b>247.726.070,56</b>	<b>240.953.586,90</b>	<b>6,8</b>	<b>2,8</b>
2.2 Sonstige Sonderposten	39.484.801,17	38.650.372,78	0,8	2,2
	<b>287.210.871,73</b>	<b>279.603.959,68</b>	<b>7,6</b>	<b>2,7</b>
<b>3 RÜCKSTELLUNGEN</b>				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	654.390.373,46	626.985.406,44	27,4	4,4
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	2.619.863,61	2.670.590,32	-0,1	-1,9
3.3 Rückstellungen für die Reaktivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	112.076.457,88	106.274.726,57	5,8	5,5
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.269.782,15	11.326.082,35	-0,1	-0,5
3.5 Sonstige Rückstellungen	209.660.368,45	196.357.375,15	13,3	6,8
	<b>990.016.845,55</b>	<b>943.614.180,83</b>	<b>46,4</b>	<b>4,9</b>
<b>4 VERBINDLICHKEITEN</b>				
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.713.357.498,28	1.642.847.999,29	70,5	4,3
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	27.140.034,92	27.582.321,62	-0,4	-1,6
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	118.491.335,15	133.101.740,83	-14,6	-11,0
	<b>1.858.988.868,35</b>	<b>1.803.532.061,74</b>	<b>55,5</b>	<b>3,1</b>
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	9.771.589,52	6.825.248,71	2,9	43,2
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	122.004.545,92	84.833.061,94	37,2	43,8
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.258.849,86	11.296.891,27	8,0	70,5
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Betteilungsverhältnis besteht und Sondervermögen	5.096.691,30	5.249.844,24	-0,2	-2,9
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	137.215.477,20	106.829.465,01	30,4	28,4
	<b>2.152.336.022,15</b>	<b>2.018.566.572,91</b>	<b>133,8</b>	<b>6,6</b>
<b>5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	48.223.150,73	49.748.256,64	-1,5	-3,1
<b>Summe Passiva</b>	<b>5.166.432.915,53</b>	<b>5.072.248.099,02</b>	<b>94,2</b>	<b>1,9</b>

## Gesamtabschluss 2021

## 2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2021 in €	Ergebnis des Vorjahres 2020 in €	Veränderung in	
				Mio. €	%
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	697.940.543,40	652.162.917,65	45,8	7,0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	129.444.762,94	122.577.416,56	6,9	5,6
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	34.711.026,38	18.577.010,84	16,1	86,8
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	14.649.814,74	24.826.031,90	-10,2	-41,0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	578.916.903,81	619.317.368,42	-40,4	-6,5
6	Erträge aus Transferleistungen	258.223.801,09	245.620.302,19	12,6	5,1
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	323.671.063,09	408.065.236,78	-84,4	-20,7
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	17.476.821,54	17.055.808,88	0,4	2,5
9	Sonstige ordentliche Erträge	67.758.083,51	67.418.063,84	0,3	0,5
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>2.122.792.820,50</b>	<b>2.175.620.157,06</b>	<b>-52,8</b>	<b>-2,4</b>
11	Personalaufwendungen	550.419.603,36	527.631.926,19	22,8	4,3
12	Versorgungsaufwendungen	83.605.521,90	67.089.825,02	16,5	24,6
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	684.828.212,23	640.918.063,16	43,9	6,9
14	Abschreibungen	168.701.639,79	171.464.907,74	-2,8	-1,6
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	140.833.622,16	135.255.055,51	5,6	4,1
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	125.678.226,75	126.018.206,00	-0,3	-0,3
17	Transferaufwendungen	431.063.153,34	414.754.737,43	16,3	3,9
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.974.733,77	14.254.055,03	-0,3	-2,0
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>2.199.104.713,30</b>	<b>2.097.386.776,08</b>	<b>101,7</b>	<b>4,8</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-76.311.892,80</b>	<b>78.233.380,98</b>	<b>-154,5</b>	<b>-197,5</b>
21	Finanzerträge	42.545.245,60	46.326.719,13	-3,8	-8,2
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.278.048,98	51.586.584,84	-1,3	-2,5
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-7.732.803,38</b>	<b>-5.259.865,71</b>	<b>-2,5</b>	<b>-47,0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-84.044.696,18</b>	<b>72.973.515,27</b>	<b>-157,0</b>	<b>-215,2</b>
25	Außerordentliche Erträge	19.059.425,32	14.759.916,88	4,3	29,1
26	Außerordentliche Aufwendungen	10.166.859,98	12.077.751,32	-1,9	-15,8
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>8.892.565,34</b>	<b>2.682.165,56</b>	<b>6,2</b>	<b>231,5</b>
<b>28</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-75.152.130,84</b>	<b>75.655.680,83</b>	<b>-150,8</b>	<b>-199,3</b>
<b>29</b>	<b>Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis</b>	<b>-16.834.504,33</b>	<b>-19.156.985,69</b>		
<b>Ergebnisverwendung</b>					
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	204.976.064,11	133.880.861,22		
31A	Ausschüttungen	-648.903,49	0,00		
31	Entnahme / Zuführung zu den Rücklagen	-45.512.514,70	14.367.692,93		
<b>32</b>	<b>Gesamtbilanzgewinn/-verlust</b>	<b>66.828.010,75</b>	<b>204.747.249,29</b>		

## Gesamtabschluss 2021

### 2.3 Konsolidierte Finanzrechnung<sup>28 29</sup>

Ziffer	Rechen- vor- schrift	Posteninhalt	Ergebnis des Jahres 2021 in €
1		Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	-75.152.131
2	+ / -	Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	145.688.251
3	+ / -	Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	48.474.645
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-17.476.822
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	-2.074.919
5	- / +	Zunahme/ Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-57.706.743
6	+ / -	Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	74.702.907
7	- / +	Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-12.433.735
8	+ / -	Zinsaufwendungen/ Zinserträge	47.534.832
9	-	Sonstige Beteiligungserträge	-27.265.563
10	+ / -	Ertragsteueraufwand/-ertrag	-462.390.238
11	- / +	Ertragsteuerzahlungen	449.033.542
<b>12</b>		<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 11)</b>	<b>110.934.026</b>
13	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	26.886
14	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.110.647
15	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	27.462.151
16	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-305.950.852
17	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	38.154.862
18	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.130.381
20	-	Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	-1.056.179
23	+	Erhaltene Zinsen	2.583.641
24	+	Erhaltene Dividenden	28.710.775
<b>25</b>		<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 13 bis 24)</b>	<b>-220.309.744</b>
30	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	189.729.575
31	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-134.272.769
32	+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/ Zuwendungen	36.645.153
33	-	Gezahlte Zinsen	-42.147.512
34	-	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-648.903
35	-	Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-16.496.884
<b>36</b>		<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 26 bis 35)</b>	<b>32.808.660</b>
<b>37</b>		<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 12, 25, 36)</b>	<b>-76.567.058</b>
40	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	355.408.035
<b>41</b>	=	<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 37 bis 40)</b>	<b>278.840.977</b>

<sup>28</sup> Auf den Ausweis von Zeilen mit Nullsalden wird verzichtet.

<sup>29</sup> Die Finanzrechnung wurde nach dem Muster Nr. 5 gemäß Hinweis Nr. 1.5 zu § 53 GemHVO erstellt.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 3. Anhang

#### 3.1 Allgemeine Angaben

##### 3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) in der jeweils gültigen Fassung. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport wurden beachtet.

Durch den Verweis des § 112 a Abs. 4 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie § 311, § 312 HGB und § 290 HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zu § 53 GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gemäß 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht hinsichtlich der Bewertungsmethode vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Nach 5.4 der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

##### 3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf welche die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Folgende wesentliche Änderungen haben sich im Jahr 2021 im Konsolidierungskreis (ohne WVV Teilkonzern) ergeben:

Seit 01.01.2021 gehört die WIVERTIS GmbH zu den verbundenen vollkonsolidierten Unternehmen. Die zuvor zu den assoziierten Unternehmen zählende Gesellschaft wurde durch den Rückkauf der bis dato der Atos SE gehörenden Anteile i. H. v. 50,1 % eine 100 % ige Tochter der Kernverwaltung der LHW. Der Kaufpreis der Anteile betrug 1,1 Mio. €. Das Eigenkapital

## Gesamtabschluss 2021

---

der WIVERTIS belief sich zum 31.12.2020 auf 1,6 Mio. €. Nach Abzug des Buchwertes der anteiligen WIVERTIS im Gesamtabschluss 2020 ergab sich im Rahmen der Kapitalkonsolidierung ein passiver Unterschiedsbetrag von 0,2 Mio. €. Dieser ist aus in der Vergangenheit liegenden thesaurierten Gewinnen entstanden und wird deshalb einmalig mit dem Ergebnisvortrag / Eigenkapital verrechnet.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mindestens 20 % bis einschließlich 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 a Abs. 1 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauischen Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 36,8 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 a Abs. 1 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at-Equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung und Prüfung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Bei der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Stiftung, die von der LHW errichtet wurde und in die Vermögen (Nassauische Altertümer) eingebracht wurde. Sie ist insofern gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 5 HGO in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Wegen nachrangiger Bedeutung wird aber auf die Konsolidierung verzichtet.

Auf die Einbeziehung der Aufgabenträger gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 6 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) kann gemäß der Hinweise Nr. 2.11. zu § 53 GemHVO verzichtet werden, da die Beziehungen zwischen der Gemeinde und den oben genannten Aufgabenträgern im Normalfall als von nachrangiger Bedeutung zu erachten sind. Derzeit sind diese bei der LHW nicht vorhanden.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden.

## Gesamtabschluss 2021

---

Gemäß den Hinweisen Nr. 2.13. zu § 53 GemHVO, ist eine nachrangige Bedeutung von einzelnen Aufgabenträgern anzunehmen, wenn der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsumme und der auf die Gemeinde entfallende Anteil der ordentlichen Erträge eines Aufgabenträgers 5 % der Summe aller (nicht konsolidierten) ordentlichen Erträge und 5 % der (nicht konsolidierten) Bilanzsumme aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW nicht übersteigen. Die LHW muss die Aufgabenträger einbeziehen, wenn beide Wertgrenzen an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren überschritten werden. Eine Überprüfung erfolgt jährlich.

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden sind folgende:

### **Verbundene Unternehmen**

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

### **Rechtlich selbständige Stiftungen**

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

### **Assoziierte Unternehmen**

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserzweckverband Flörsheim
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH

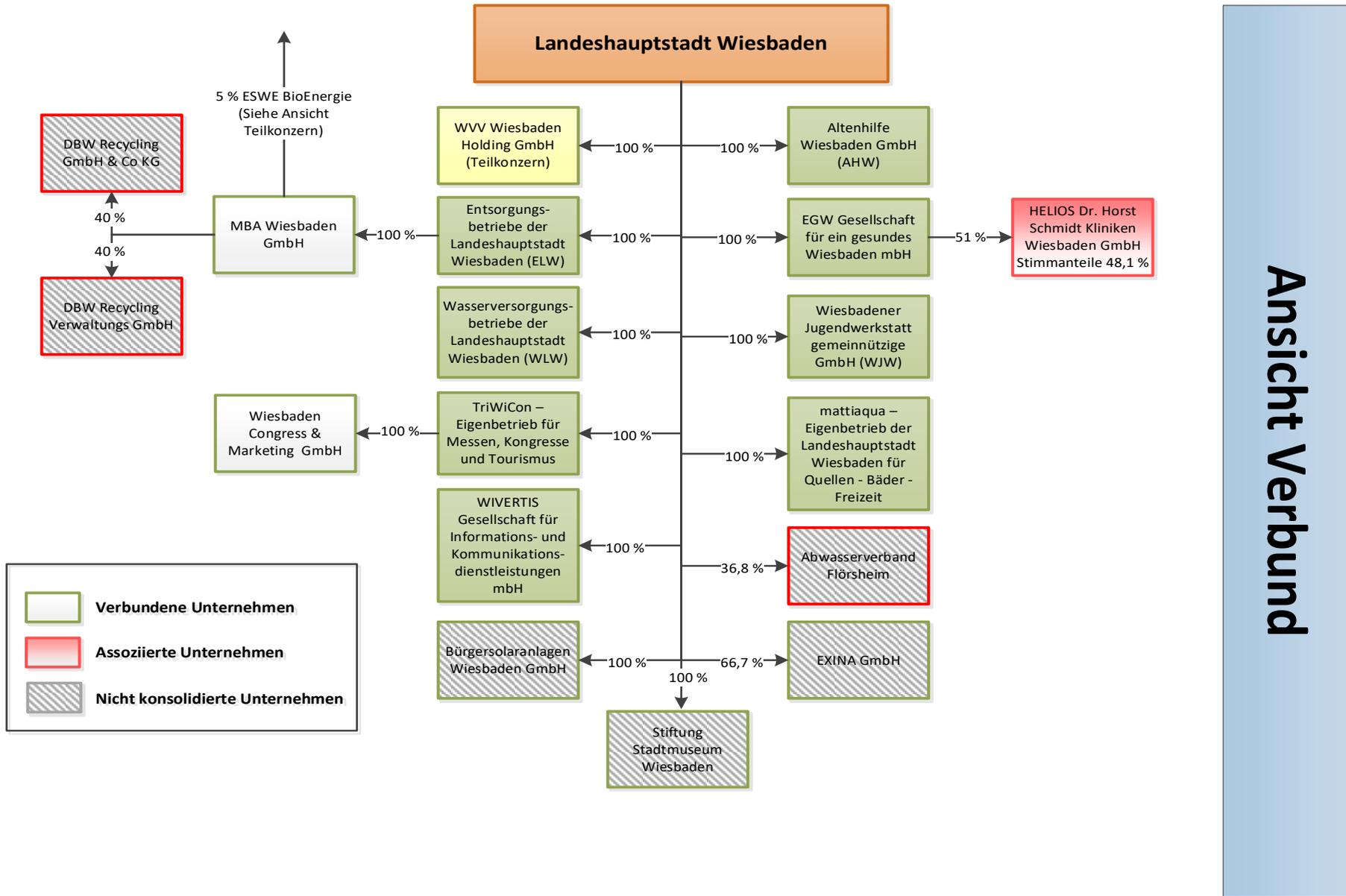
Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

Die CityBahn GmbH, an der die WVV Wiesbaden Holding GmbH 32,45 % der Anteile hielt, wurde zum 31.12.2020 aufgelöst, da der Gesellschaftszweck entfallen ist. Sie befindet sich seitdem in Liquidation (i. L.).

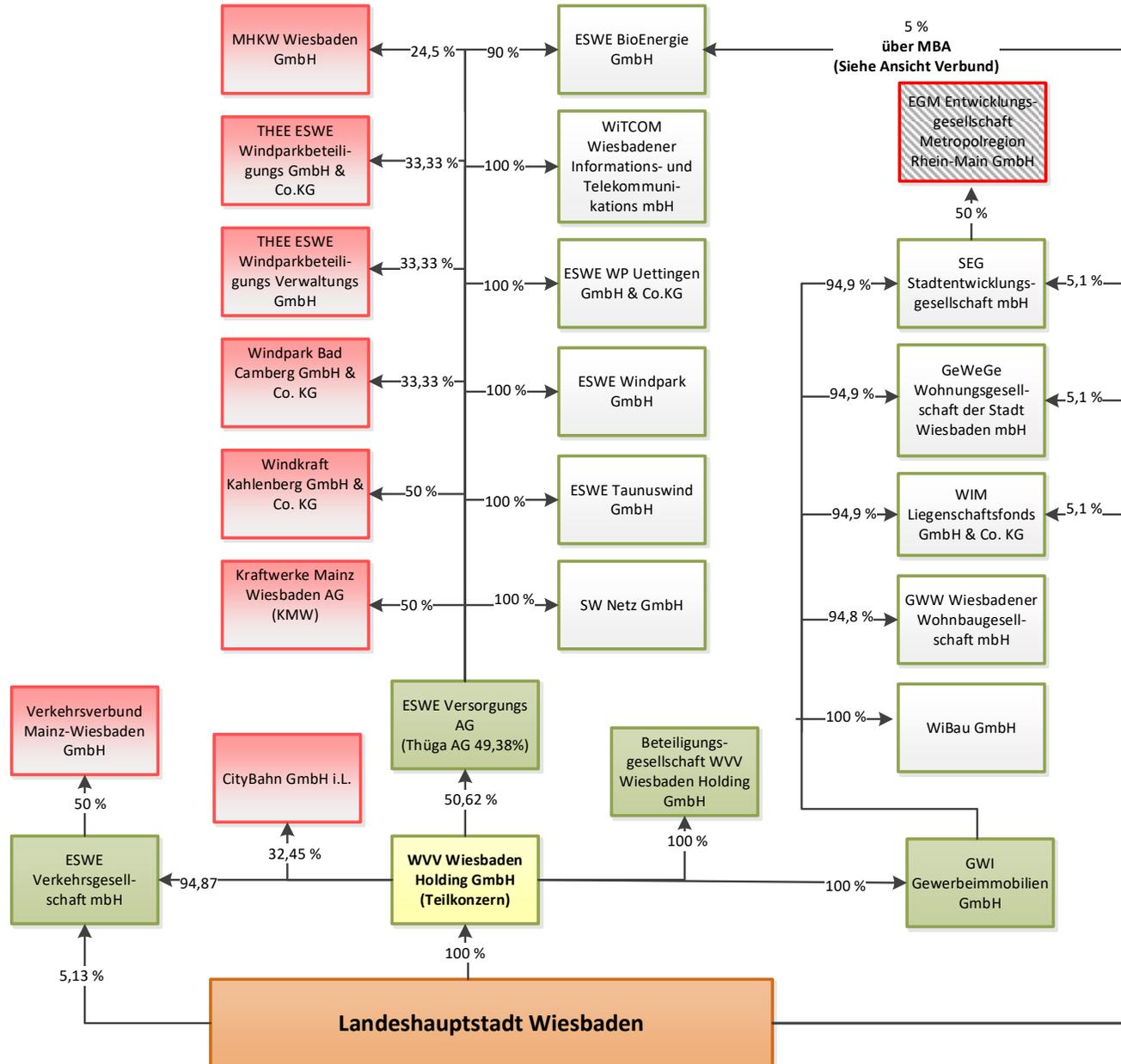
Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2021 verwiesen.

# Gesamtabschluss 2021



# Gesamtabschluss 2021



**Ansicht Teilkonzern**

## Gesamtabschluss 2021

### 3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs. 3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlussstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

#### Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

#### At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern. Auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2021 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2021 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0

\*Ausweis mit 0 € wegen negativem Eigenkapital

#### Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

## Gesamtabschluss 2021

---

### **Aufwands- und Ertragskonsolidierung**

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

### **Zwischenergebniseliminierung**

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Bei konzerninternen Veräußerungen von Grundstücken und Immobilien wird eine Zwischenergebniseliminierung durchgeführt. Ansonsten wird entsprechend dem Hinweis Nr. 7.2. zu § 53 GemHVO auf eine Zwischenergebniseliminierung verzichtet.

### **Wesentlichkeit**

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO gehen in 6.5./6.6., 7.3. und 8.3./8.4. auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus Nr. 2.13. ff. der Hinweise. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gemäß Nr. 3.2 der Hinweise des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich kurzfristig die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 43 % (LHW), 44 % (WVV) und 8 % (ELW) also insgesamt rd. 95 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

#### AKTIVA

##### Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 Einkommensteuergesetz (EStG) Anwendung.

##### Finanzanlagen

Die Eigenbetriebe der Kernverwaltung werden jährlich überprüft und gegebenenfalls phasengleich abgewertet beziehungsweise maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben. Bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen zu korrigieren.

##### Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund

## Gesamtabschluss 2021

---

langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt.

### **Aktive Rechnungsabgrenzung**

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

### **Aktive latente Steuern**

Gemäß § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Auf eine gesonderte Ermittlung von aktiven latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

## PASSIVA

### **Eigenkapital**

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007.

### **Sonderposten**

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

## Gesamtabschluss 2021

---

### Rückstellungen

Die Berechnung der **Pensions- und Beihilferückstellungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck<sup>30</sup> für die **Kernverwaltung der LHW** ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2021 anzusetzenden Zinsfuß von 1,87 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der **Aufgabenträger** sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen kommt der zehnjährige Durchschnittszinssatz von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren zur Anwendung. Dieser beträgt zum 31.12.2021 1,87 % (2020 i. H. v. 2,30 %).

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Bei der Kernverwaltung der LHW wurde die Verfahrensweise zur Ermittlung der Instandhaltungsrückstellungen zum Jahresabschluss 2020 geändert. Nachdem in den Vorjahren die Berechnung mit einem Quotienten von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen erfolgte, wird ab dem Jahr 2020 eine Abfrage bei den Ämtern vorgenommen, welche geplanten Instandhaltungsaufwendungen im jeweiligen Berichtsjahr nicht durchgeführt wurden und sicher im Folgejahr nachzuholen sind. In jener Höhe erfolgte die Festlegung der Instandhaltungsrückstellung.

### Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

### Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

### Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

---

<sup>30</sup> Die Heubeck Richtwerttafeln beinhalten die errechnete Lebenserwartung. Im Gesamtabschluss 2018 kamen erstmals die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck zur Anwendung.

## Gesamtabschluss 2021

---

### KAPITALFLUSSRECHNUNG:

Gemäß § 112 a Abs. 5 Satz 1 HGO ist der zusammengefasste Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu ergänzen. Die Kapitalflussrechnung ist gemäß § 54 Abs. 1 GemHVO nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 21 - Kapitalflussrechnung - (DRS 21) zu erstellen. Gemäß den Hinweisen Nr. 2 zu § 54 GemHVO werden als Mindestgliederungen die Anlage 4 (direkte Methode) und 5 (indirekte Methode) empfohlen. Die LHW stellt die Kapitalflussrechnung nach der indirekten Methode auf und orientiert sich an der Anlage 5 zu Nr. 1.5 zu § 53 GemHVO.

Im DRS 21 ist die Angabe der Vorjahreswerte lediglich empfohlen. Die LHW macht von diesem Wahlrecht Gebrauch.

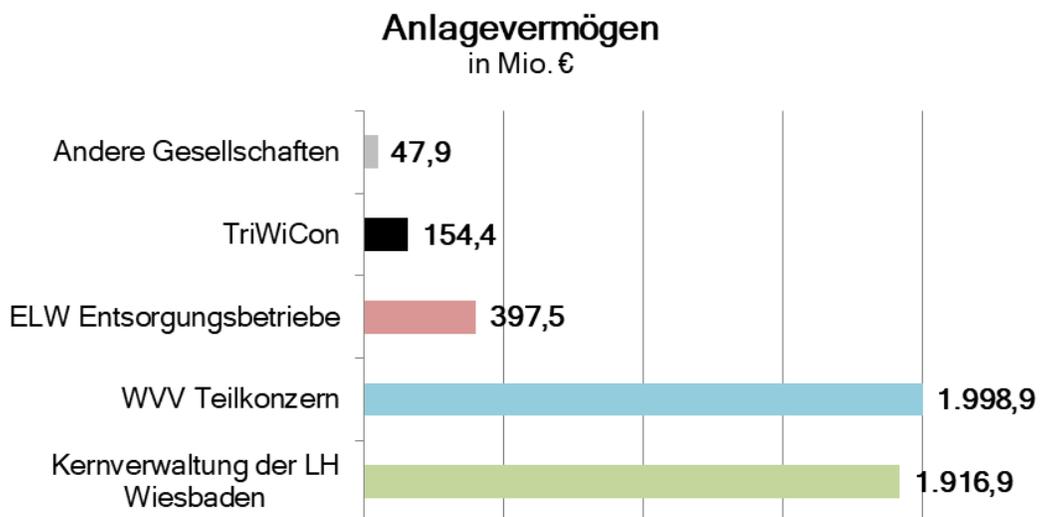
## Gesamtabschluss 2021

### 3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung

#### 3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 4.515,6 Mio. € (Vj. 4.399,0 Mio. €) gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

#### Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr sind die immateriellen Vermögensgegenstände gestiegen und belaufen sich auf 35,0 Mio. €. Die Steigerung um 6,3 Mio. € ist dem Bereich Software (Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte) zuzuschreiben und erklärt sich mit dem Erwerb von Lizenzen im Bereich Verkehrssteuerung (Digi V) sowie mit der Digitalisierung der Verwaltung.

Die materiell wichtigste Position bilden aber nach wie vor die von der Kernverwaltung i. H. v. 22,3 Mio. € geleisteten Investitionszuschüsse, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport, Verkehr (Hessen Mobil), Kinderbetreuung und Umwelt.

## Gesamtabschluss 2021

### Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 146,1 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2021	3.649,6
Zugänge	307,9
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-138,6
Umbuchungen	-7,4
Konzernkreisveränderungen	0,1
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-15,9
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2021	3.795,7

## Gesamtabschluss 2021

Die Zusammensetzung der Zugänge (einschließlich der Anlagen im Bau) zeigt die nachfolgende Tabelle:

<b>Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. €</b>	
Bau u. Sanierung von Wohngebäuden	73,1
Schulen / Kindertagesstätten	40,6
Betriebs- und Verwaltungsgebäude einschl. Bürgerhäuser	36,1
Energieverteilungsanlagen	33,5
Sonstiges Infrastrukturvermögen (Straßen, Beleuchtung, LSA etc.)	18,9
Abwassersammelungsanlagen (Kanäle)	5,2
Abwasserreinigungsanlage (Klärwerke)	0,6
Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge)	44,1
Unbebaute Grundstücke	6,1
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	16,6
Technische und andere Anlagen (einschl. Ladeinfrastruktur E-Busse)	17,1
Sonstiges	16,0
<b>Summe</b>	<b>307,9</b>

Die Investitionen in Bau und Sanierung von Wohngebäuden (73,1 Mio. €) wurden im Wesentlichen von den Wohnungsgesellschaften GWW, GeWeGe, WIM und SEG getätigt. Nennenswert sind Projekte wie:

- Quartier „Kaiserhof“ und Hofgartenplatz (SEG),
- Neubau Schönauquartier, Simeonhaus, Meissener Str. 13, Carl-v.-Ossietsky Str., Thaerstr. / Idsteiner Str. (GWW)
- Sanierung Walkmühle und Neubau Ellenbogengasse 3-7 + Garagen (WIM)

Die Schulbauinvestitionen betreffen im Besonderen die Fritz-Gansberg-Schule, die Elisabeth-Selbert-Schule, das Gymnasium Mosbacher Berg und die Friedrich-Ebert-Schule. Die Zugänge zum

## Gesamtabschluss 2021

---

Fuhrpark (44,1 Mio. €) enthalten die im Berichtsjahr neu angeschafften 56 Elektrobusse im Wert von 23,4 Mio. €.

Die Abgänge<sup>31</sup> aus dem Sachanlagevermögen belaufen sich auf 15,9 Mio. €. Ein großer Anteil von 6,1 Mio. € ist auf den Verkauf von Grundstücken (wie beispielsweise Lange Seegewann 1, Rotkehlchenweg und Gottfried-Dörr-Straße) zurückzuführen. Darüber hinaus entfallen 3,1 Mio. € auf den Abgang von Betriebs- und Verwaltungsgebäuden und 1 Mio. € auf den Abgang von Wohngebäuden.

---

<sup>31</sup> Abgänge des Sachanlagevermögens abzüglich der Abschreibungen auf Abgänge des Sachanlagevermögens.

## Gesamtabschluss 2021

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

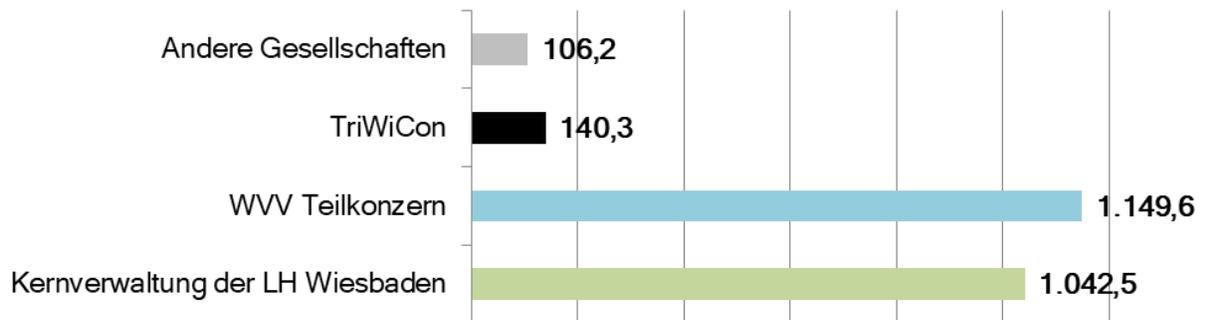
in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>2.438,6</b>	<b>2.371,7</b>	<b>66,9 ↑</b>
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	931,6	916,1	15,5 ↑
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	547,0	514,7	32,3 ↑
Sonstige Betriebsgebäude (einschließlich Grund und Boden)	273,6	263,8	9,8 ↑
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	122,7	120,8	1,9 ↑
Unbebaute Grundstücke	186,6	188,1	-1,5 ↓
Sonstiges	377,1	368,2	8,9 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition um 66,9 Mio. € auf 2.438,6 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (547,0 Mio. €) bilden die Wohngebäude (931,6 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment, welche auch die stärksten Steigerungen aufweisen. Im Berichtsjahr wurden u. a. die Carl-von-Ossietzky-Schule und die Albert-Schweitzer-Schule fertiggestellt, daneben mehrere Wohngebäude (König Adolf Str. 8, Sanierung Salzburger Str. 14-16, Flörsheimer Str. 50/52 und Kastel Housing). In der Position „Sonstiges“ ist der Neubau des Stadtteilzentrums Schelmengraben mit Baukosten i. H. v. rd. 8,4 Mio. € enthalten.

Den wertmäßig größten Anteil haben der WVV-Teilkonzern und die Kernverwaltung der LHW.

## Gesamtabschluss 2021

### Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken in Mio. €



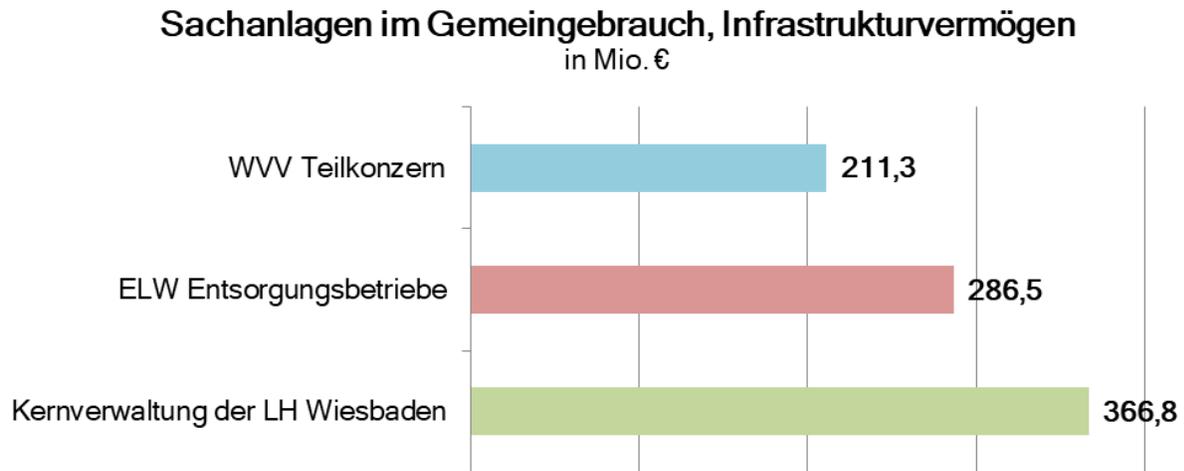
Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich folgendermaßen zusammen:

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen</b>	<b>864,6</b>	<b>838,1</b>	<b>26,5 ↑</b>
Kanalisation / Kläranlagen	281,1	282,9	-1,8 ↓
Energieversorgungsnetz	211,3	188,1	23,2 ↑
Straßen, Wege, Plätze	155,6	162,7	-7,1 ↓
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	67,3	65,7	1,6 ↑
Wald	50,7	50,5	0,2 ↑
Sonstiges	98,6	88,2	10,4 ↑

Im Berichtsjahr betrug das Infrastrukturvermögen 864,6 Mio. €. Wesentliche Positionen sind hierbei die Kanalisation und Kläranlagen mit 281,1 Mio. €, das Energieversorgungsnetz mit 211,3 Mio. € sowie Straßen, Wege und Plätze mit 155,6 Mio. €. Investiert wurde insbesondere in das Energieversorgungsnetz und in das sonstige Infrastrukturvermögen. So wurden im Rahmen der Digi-V Kameras und Detektoren angeschafft und die Lichtsignalanlagen erweitert. Bei den Straßen spiegelte der stetige Werteverzehr das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes wider.

## Gesamtabschluss 2021

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:



## Gesamtabschluss 2021

---

### Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Im Berichtsjahr verringerte sich das Finanzanlagevermögen auf einen Wert von 511,3 Mio. € (Vorjahr 547,0 Mio. €). Das Finanzanlagevermögen setzt sich aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Wertpapieren des Anlagevermögens und sonstigen Ausleihungen zusammen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie die fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Einen großen Anteil am Finanzanlagevermögen tragen die Beteiligungen an der KMW mit 151,9 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei. Insgesamt beläuft sich das Beteiligungsvermögen auf 319,9 Mio. €.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens (100,8 Mio. €) beinhalten den im Jahr 2017 aufgelegten Spezialfonds bei der Deka Bank i. H. v. 50,8 Mio. € sowie den im Jahr 2020 aufgelegten Fonds zur Absicherung der Pensionen i. H. v. 50,0 Mio. € bei der DZ Privatbank.

Die sonstigen Ausleihungen (60,1 Mio. €) bestehen u. a. aus niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse i. H. v. 30 Mio. € ausgewiesen. Die Verringerung der sonstigen Ausleihungen im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf die Fälligkeit eines Schuldscheindarlehens i. H. v. 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank zurückzuführen. Die Kernverwaltung LHW erhielt diese Ausleihe komplett mit Zinsen zurück. Es handelte sich hierbei um einen Teil des Geldes aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG im Jahr 2001.

Die Landeshauptstadt bilanzierte ihren Anteil an der Nassauischen Sparkasse aufgrund ministerieller Verfügung von 2007 ohne Passivierung eines Sonderpostens mit 173,6 Mio. €. Der Wert des Anteils belief sich per 31.12.2020 auf 337,2 Mio. €. Da eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus aber nicht möglich ist, wird der Wert von 173,6 Mio. € beibehalten.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 3.2.2 Umlaufvermögen

Im Berichtsjahr sank das Umlaufvermögen (610,8 Mio. €) (Vj. 637,1 Mio. €).

Die wesentlichen Positionen sind neben den flüssigen Mitteln (278,8 Mio. € / -76,6 Mio. €) die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (227,2 Mio. € / +43,1 Mio. €).

Die Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ist im Wesentlichen auf höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen insbesondere im Versorgungsbereich und bei der Kernverwaltung der LHW gegenüber dem Regierungspräsidium Gießen zurückzuführen. Hier sind Mittel i. H. v. 62,8 Mio. € gebunden. Dies sind 30,7 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Die Restlaufzeiten der Forderungen sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

Die flüssigen Mittel verringerten sich zum Stichtag 31.12.2021 im Vergleich zum Vorjahr um 76,6 Mio. €. Hier schlägt sich insbesondere das negative Jahresergebnis nieder.

### 3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten stieg gegenüber dem Vorjahr auf 40,0 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (2,0 Mio. €) sowie im Dezember 2021 gezahlte Transferaufwendungen (22,2 Mio. €) und Beamtenbezüge (5,3 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

## Gesamtabschluss 2021

### 3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital reduzierte sich im Berichtszeitraum um 92,1 Mio. € auf 1.688,6 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.688,6</b>	<b>1.780,7</b>	<b>-92,1 ↓</b>
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	294,2	248,7	45,5 ↑
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	66,8	204,7	-137,9 ↓
Anteile Dritter am Eigenkapital	68,5	68,2	0,3 ↑

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2021 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2020 i. H. v. 45,5 Mio. € der Rücklage zugeführt, sodass diese sich entsprechend erhöhte. In dieser Position ebenfalls enthalten ist das gegenüber dem Vorjahr unveränderte Stiftungskapital i. H. v. 1,5 Mio. €.

Der Gesamtbilanzgewinn verringerte sich um 137,9 Mio. € auf 66,8 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen. Durch den Ankauf der Anteile der Atos an der WIVERTIS wurde die WIVERTIS zu einem 100%igem Tochterunternehmen der Kernverwaltung der LHW und zählt demnach seit 01.01.2021 zu den verbundenen vollkonsolidierten Unternehmen. Aus der Kapitalkonsolidierung ergab sich ein passiver Unterschiedsbetrag i. H. v. 0,2 Mio. €, der mit dem Ergebnisvortrag verrechnet wurde, da er aus der Thesaurierung von Gewinnen entstanden ist.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, lagen in etwa wie im Vorjahr.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

## Gesamtabschluss 2021

### 3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr stiegen die Sonderposten auf 287,2 Mio. € (Vorjahr 279,6 Mio. €). Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Sonderposten</b>	<b>287,2</b>	<b>279,6</b>	<b>7,6 ↑</b>
Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	247,7	240,9	6,8 ↑
Sonstige Sonderposten	39,5	38,7	0,8 ↑

Die erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge (247,7 Mio. €) betrafen in erster Linie mit 230,2 Mio. € die Kernverwaltung der Landeshauptstadt. Insgesamt entfielen 203,0 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 18,7 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 26,0 Mio. € auf Investitionsbeiträge.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich stiegen um 7,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen beinhalten die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 24,8 Mio. € (Vj. 28,1 Mio. €) sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 16,0 Mio. € (Vj. 18,5 Mio. €).

Ab dem Jahr 2016 sind die neu erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs und werden somit in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die sonstigen Sonderposten i. H. v. 39,5 Mio. € entfielen vor allem auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten u. a. die vereinnahmten Baukostenzuschüsse aus dem Verteilnetz.

## Gesamtabschluss 2021

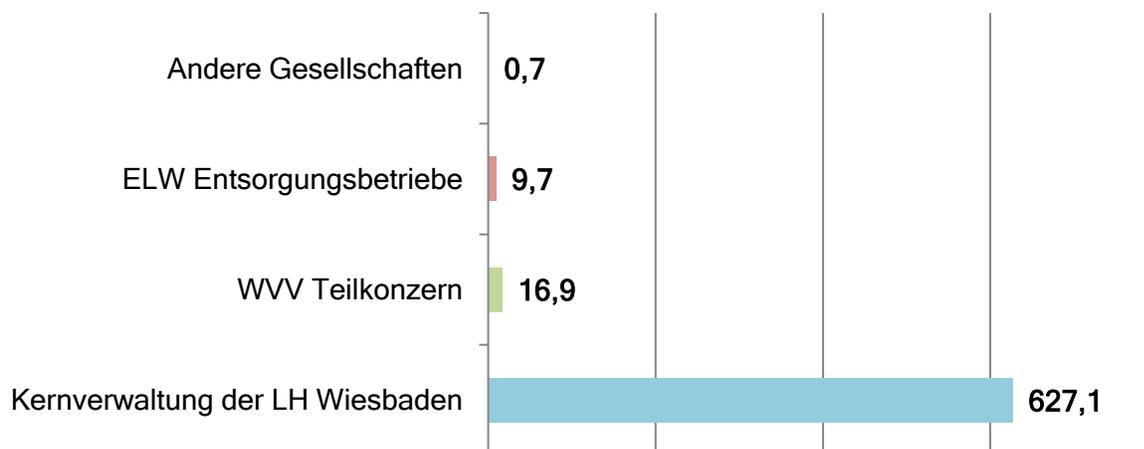
### 3.2.6 Rückstellungen

Im Berichtsjahr stiegen die Rückstellungen um 46,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 990,0 Mio. €. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Rückstellungen</b>	<b>990,0</b>	<b>943,6</b>	<b>46,4 ↑</b>
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	654,4	627,0	27,4 ↑
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	2,6	2,7	-0,1 ↓
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	112,1	106,3	5,8 ↑
Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten	11,3	11,3	0,0 →
Sonstige Rückstellungen	209,6	196,3	13,3 ↑

Materiell bedeutendste Position mit 654,4 Mio. € sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



## Gesamtabschluss 2021

---

Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen und Beamten sowie ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (549,3 Mio. €). Diese werden derzeit mit einem Zinssatz von 4,5 % abgezinst. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (1,87 %) ergeben sich hier stille Lasten i. H. v. rd. 228,9 Mio. €. Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen und Beamten sowie deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (75,7 Mio. €). Die Rückstellung für Altersteilzeit beträgt insgesamt 2,1 Mio. € und besteht ausschließlich gegenüber Tarifbeschäftigten, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde. Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 16,9 Mio. € auf Pensionäre sowie zukünftige Pensionäre.

Die Rückstellung für Finanzausgleich- und Steuerschuldverhältnisse betrifft die Kernverwaltung der LHW und liegt nahezu unverändert bei 2,6 Mio. €.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von AbfalldPONien steigt um 5,8 Mio. € auf 112,1 Mio. €. Sie betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen. Die Erhöhung der Rückstellung setzt sich aus dem höheren Verfüllungsgrad auf der Deponie (0,9 Mio. €) und der Aufzinsung der Deponierückstellung um 4,9 Mio. € zusammen.

Die Rückstellung für die Sanierung von Altlasten (11,3 Mio. €) betrifft die Kernverwaltung. Hierbei handelt es sich u. a. um eine Rückstellung für die Sanierung des Sedra-Geländes i. H. v. 10 Mio. €.

## Gesamtabschluss 2021

Die sonstigen Rückstellungen i. H. v. 209,6 Mio. € betreffen mit 154,7 Mio. € den WVV Teilkonzern.

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2021
<b>WVV Teilkonzern</b>	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	24,9
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	25,1
Steuerrückstellungen	10,1
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	14,3
Bauinstandhaltungen	4,8
Netzentgelte ESWE Versorgungs AG	11,2
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	14,6
Prozesskosten	3,0
Innofonds (nur ESWE Versorgungs AG)	4,3
Wechselboni / Abrechnungsverpflichtungen ESWE Versorgungs AG	6,2
<b>Kernverwaltung der LH Wiesbaden</b>	
Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto)	11,0
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	6,1
Rückstellung für drohende Verluste	1,1
<b>ELW Entsorgungsbetriebe</b>	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	3,8
Kostenüberdeckungen im Entsorgungsbereich	18,7
Rückstellung für Rückbaukosten	1,4

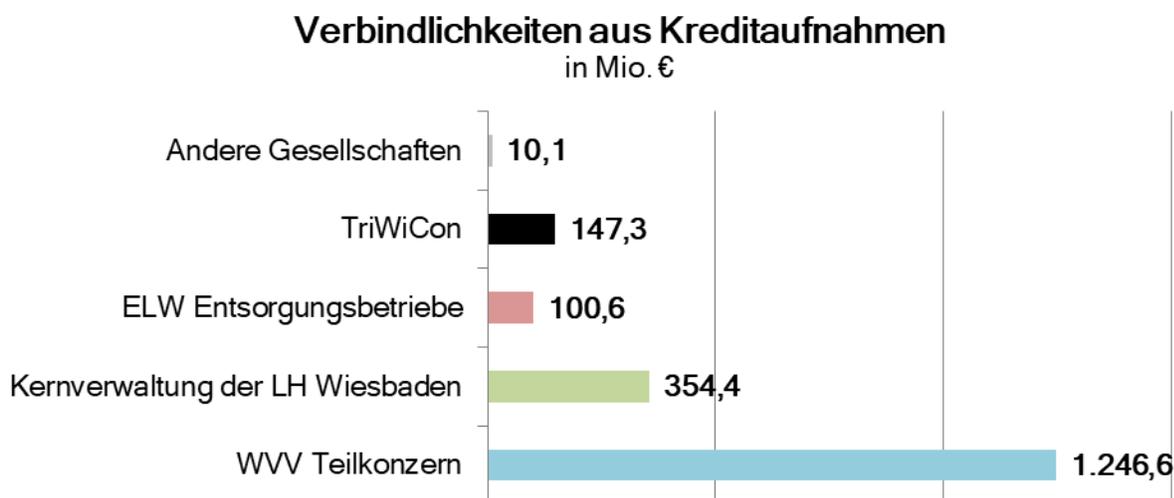
## Gesamtabschluss 2021

### 3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Verbindlichkeiten i. H. v. 2.152,3 Mio. € um 133,8 Mio. €.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen i. H. v. 1.859,0 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2020 um 55,5 Mio. € gestiegen sind. Hauptsächlich ist dies auf die Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung des Wohnungsbaus zurückzuführen.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** des WVV Konzerns von 1.246,6 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 843,2 Mio. € (Vj. 794,9 Mio. €), die WVV Holding mit 190,1 Mio. € (Vj. 202,1 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 132,7 Mio. € (Vj. 115,6 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 80,6 Mio. € (Vj. 63,8 Mio. €). Der Anstieg im Immobilienbereich betrifft in erster Linie Investitionsdarlehen zur Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Anstieg im Verkehrsbereich ist auf die Aufnahme neuer Darlehen zurückzuführen.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

### 3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten betrug im Berichtsjahr 48,2 Mio. € (Vorjahr 49,7 Mio. €). Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der Kernverwaltung LHW i. H. v. 37,5 Mio. €, die zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig ertragswirksam aufgelöst werden.

## Gesamtabschluss 2021

### 3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung

#### 3.3.1 Ordentliches Ergebnis

##### Verwaltungsergebnis

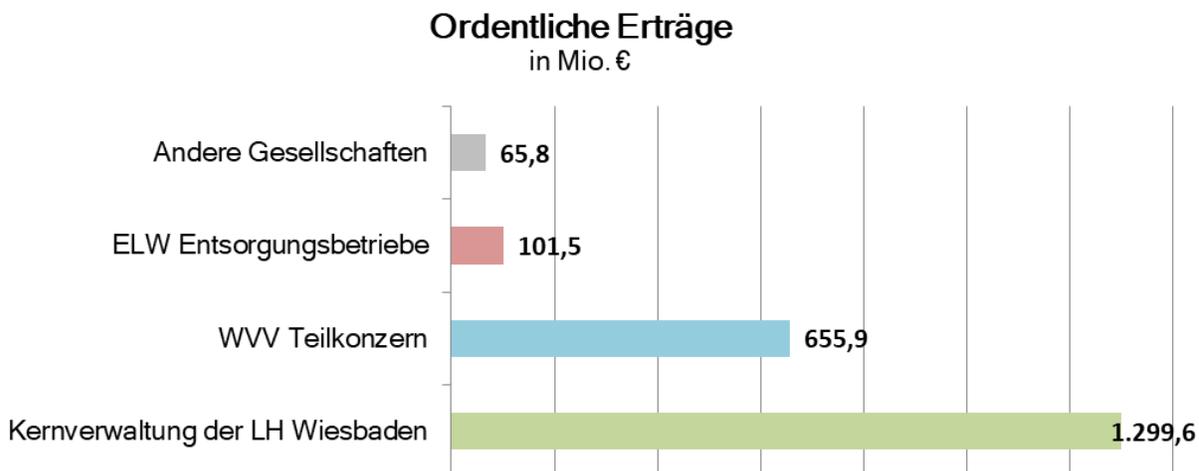
Das Verwaltungsergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Jahr 2020 auf -76,3 Mio. € und wird im Folgenden erläutert.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-76,3</b>	<b>78,2</b>	<b>-154,5 ↓</b>
Ordentliche Erträge	2.122,8	2.175,6	-52,8 ↓
Ordentliche Aufwendungen	2.199,1	2.097,4	101,7 ↑

##### Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge i. H. v. 2.122,8 Mio. € gingen im Vergleich zum Vorjahr um 52,8 Mio. € zurück. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die gemeinsam 66 % (Vj. 64 %) dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, aber auch die Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüsse zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



## Gesamtabschluss 2021

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
<b>Leistungsentgelte</b>	<b>827,4</b>	<b>774,7</b>	<b>52,7</b>	<b>↑</b>
Versorgung (Strom, Gas, Wasser, Wärme)	419,4	388,6	30,8	↑
Entsorgung (Straßenreinigung, Abwasser, Müllabfuhr)	83,0	79,2	3,8	↑
Verkehr	42,0	42,7	-0,7	↓
Immobilien	164,1	153,8	10,3	↑
Sonstiges	118,9	110,4	8,5	↑

Mit Versorgungsleistungen werden rd. 51 % der **privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** erzielt. Im Berichtsjahr wiesen die Versorgungsleistungen einen Anstieg um 30,8 Mio. € aus. Sowohl Strom-, Gas- als auch Wärmeerlöse erhöhten sich mengenbedingt. Von 419,4 Mio. € entfallen nunmehr 257,3 Mio. € auf die Strom- und 101,6 Mio. € auf die Gasversorgung.

Die Leistungsentgelte im Geschäftsfeld Immobilien erhöhten sich um 10,3 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen und Hausbewirtschaftung zurückzuführen.

Die Corona-Pandemie ist weiterhin Ursache für die noch rückläufigen Verkehrserlöse. So fielen die Fahrgastzahlen der ESWE Verkehr GmbH um 0,8 % auf 40,1 Mio. Fahrgäste. Die zurückgegangenen Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen wurden aber wie im Vorjahr zu annähernd 100 % durch eine Ausgleichzahlung aus dem Rettungsschirm von Bund und Land kompensiert (9,9 Mio. € Ausgleichszahlung in den „ordentlichen Erträgen“ enthalten).

Die Erhöhung der „sonstigen“ Leistungsentgelte ist vor allem auf wieder leicht gestiegene Einnahmen im Veranstaltungsbereich durch stufenweise Lockerungen der Lockdowns zurückzuführen. Durch die überwiegende Nutzung als Impfzentrum konnte das RMCC allerdings nur geringe Umsatzerlöse von Dritten generieren.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 34,7 Mio. € (Vj. 18,6 Mio. €) lagen um 16,1 Mio. € höher als im Vorjahr und entfielen fast ausschließlich auf die Kernverwaltung. Für die Erhöhung sind u. a. Erstattungen vom Land für den Betrieb der Impfzentren (+10,7 Mio. €) verantwortlich. Weitere Kostenerstattungen des Landes sind beispielsweise Unterhaltsvorschussleistungen i. H. v. 7,3 Mio. €. Daneben ist hier ein Teil der Kostenerstattung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BiMA) für den Umbau von Gebäuden zu einem Flüchtlingsheim enthalten. Die Umbaukosten wurden von der SEG im Jahr 2016 aktiviert und werden seither über die Dauer

## Gesamtabschluss 2021

der Nutzung des Flüchtlingsheims (von 2016 bis 2023) jährlich abgeschrieben. Insgesamt erstattete die BiMA im Jahr 2021 Umbaukosten i. H. v. 6,1 Mio. €. Davon entfällt ein Betrag von 4,0 Mio. € auf in der Vergangenheit bereits abgeschriebene Umbaukosten, kann insofern nicht mehr konsolidiert werden und wird deshalb hier als Kostenerstattung ausgewiesen. Der Restbetrag von 2,1 Mio. € reduzierte die Abschreibung 2021 i. H. v. 0,8 Mio. € und 2022 / 2023 i. H. v. 1,3 Mio. €.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** von 14,6 Mio. € (-10,2 Mio. €) entfielen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes wider. Im Berichtsjahr glichen sich Bestandserhöhungen und Bestandsminderungen nahezu aus. Die aktivierten Eigenleistungen beliefen sich auf 13,9 Mio. €.

**Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen** betragen im Berichtsjahr 578,9 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten diese sich um 40,4 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen</b>	<b>578,9</b>	<b>619,3</b>	<b>-40,4</b> ↓
Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	262,7	314,4	-51,7 ↓
Einkommensteuer	191,0	176,1	14,9 ↑
Grundsteuer	59,3	58,7	0,6 ↑
Umsatzsteuer	45,2	43,9	1,3 ↑
Sonstiges	20,7	26,2	-5,5 ↓

Die Steuereinnahmen entfielen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Mit 45 % hat die Gewerbesteuer i. H. v. 262,7 Mio. € einen bedeutenden Anteil an den Steuern. Zudem reduzierte sich die Gewerbesteuer im Berichtsjahr erneut deutlich um 51,7 Mio. € und verzeichnet nunmehr den tiefsten Stand seit 6 Jahren. Infolgedessen reduzierte sich auch die Gewerbesteuerumlage (siehe Steueraufwendungen). Gegenläufig zur Gewerbesteuer entwickelten sich Umsatz-, Einkommens- und Grundsteuer, die im Berichtsjahr stiegen.

## Gesamtabschluss 2021

Die **Erträge aus Transferleistungen** lagen im Berichtsjahr 12,6 Mio. € über dem Vorjahresniveau und betragen 258,2 Mio. € (Vj. 245,6 Mio. €). Sie entfielen auf die Kernverwaltung LHW und unterlagen abrechnungsbedingten Schwankungen. Hier enthalten sind u. a. die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben. Die Erhöhung im Berichtsjahr ist insbesondere auf höhere Erstattungen im Bereich Arbeitslosengeld II zurückzuführen. Den Erträgen stehen entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 323,7 Mio. € (Vj. 408,1 Mio. €) und lagen deutlich unter dem Vorjahr.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen</b>	<b>323,7</b>	<b>408,1</b>	<b>-84,4</b> ↓
Erträge aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen (Bund/Land)	209,0	234,3	-25,3 ↓
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse (Bund/Land)	108,8	173,1	-64,3 ↓
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse von Übrigen sowie Schuldendiensthilfen von Übrigen	5,9	0,7	5,2 ↑

Die Erträge aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen von Bund und Land wiesen im Berichtsjahr eine Reduzierung um 25,3 Mio. € aus und beinhalteten die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen). Basis für die Zuweisungen des Jahres 2021 war die Steuerkraft des 2. Halbjahres 2019 bzw. des 1. Halbjahres 2020.

Die sonstigen Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Land verringerten sich um 64,3 Mio. € auf 108,8 Mio. €. Dies ist in erster Linie auf den Wegfall des in 2020 einmalig gezahlten Ausgleiches der Gewerbesteuer ausfälle (51,2 Mio. €) aufgrund der Corona-Pandemie zurückzuführen. Darüber hinaus werden reduzierte - vom Land im Rahmen des SGB XII erstattete - Verwaltungskosten ausgewiesen. Dies relativiert sich aber vor dem Hintergrund, dass die Erstattung für das 4. Quartal SGB XII 2019 dem Jahr 2020 zugerechnet wurde.

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** (empfangene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge) i. H. v. 17,5 Mio. € (Vj. 17,1 Mio. €) entfielen 12,7 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgte zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

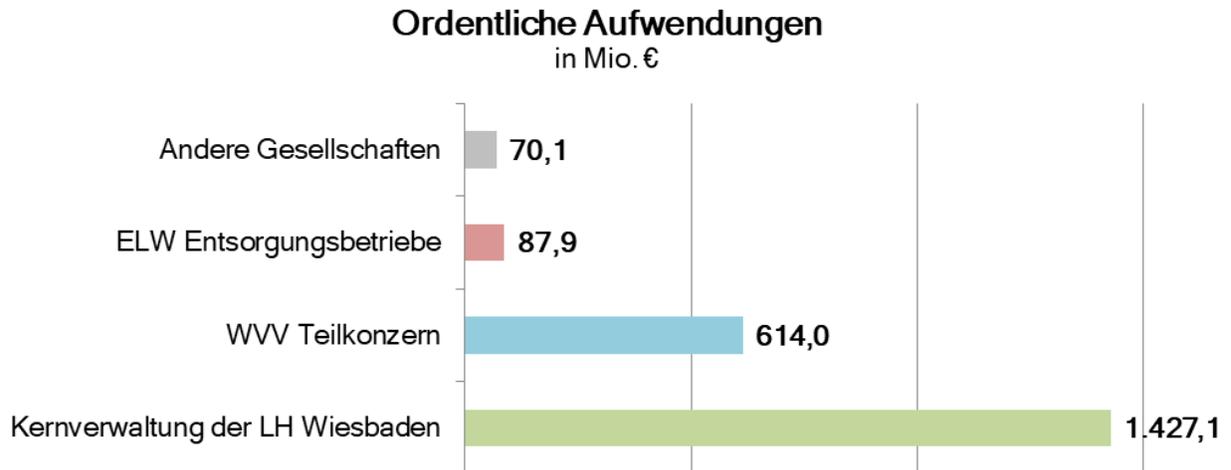
Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 67,8 Mio. € (Vj. 67,4 Mio. €) beinhalten u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen i. H. v. 36,5 Mio. € (Vj. 35,8 Mio. €) sowie sonstige ordentlichen Erträge (26,6 Mio. €). In den sonstigen ordentlichen Erträgen enthalten ist die Zahlung aus dem Rettungsschirm des ÖPNV zur Kompensation der pandemiebedingten Mindererlöse der ESWE Verkehr (9,9 Mio. €).

## Gesamtabschluss 2021

### *Ordentliche Aufwendungen*

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr erhöhten sich auf 2.199,1 Mio. € (Vj. 2.097,4 Mio. €).

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



## Gesamtabschluss 2021

Die **Personalaufwendungen** beliefen sich auf 550,4 Mio. €.

Die **Versorgungsaufwendungen** betragen 83,6 Mio. € und enthalten den Aufwand für die Ruhestandsbeamten und für die aktiven Beamten.

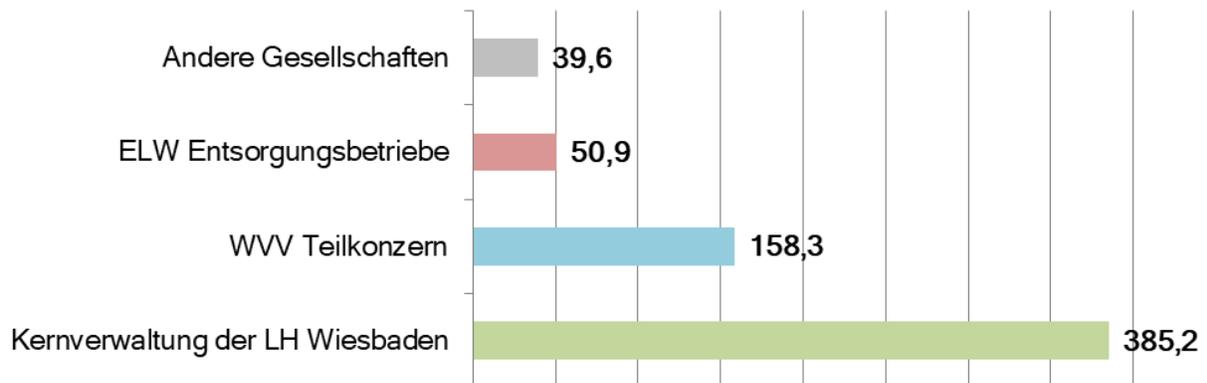
in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Personalaufwendungen</b>	<b>550,4</b>	<b>527,6</b>	<b>22,8 ↑</b>
<b>Versorgungsaufwendungen</b>	<b>83,6</b>	<b>67,1</b>	<b>16,5 ↑</b>
<b>Summe</b>	<b>634,0</b>	<b>594,7</b>	<b>39,3 ↑</b>
Arbeitnehmerentgelte (einschl. Zuführung zu Altersteilzeitrückstellung)	387,7	370,5	17,2 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	134,9	118,8	16,1 ↑
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	89,2	83,4	5,8 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	22,2	22,0	0,2 ↑

Die Personalaufwendungen sind durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen sowie aufgrund von Gehaltserhöhungen und allgemeinen Tarifsteigerungen höher als im Vorjahr ausgefallen. Hinzu kamen die 54 Mitarbeitenden der WIVERTIS, die im Personal- und Versorgungsaufwand seit 01.01.2021 mit 3,0 Mio. € enthalten sind. Die Versorgungsaufwendungen schwanken u. a. durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen. Im Berichtsjahr erhöhten sich die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen um 13,9 Mio. € auf 43,3 Mio. €.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen folgendermaßen dar:

## Gesamtabschluss 2021

### Personal- und Versorgungsaufwendungen in Mio. €



Mit 385,2 Mio. € entfielen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 61 % der Personal- und Versorgungsaufwendungen. Der Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeitendenzahl betrug 57 %.

Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeitenden ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 684,8 Mio. € und erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 43,9 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b>	<b>684,8</b>	<b>640,9</b>	<b>43,9</b> ↑
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	344,6	314,3	30,3 ↑
Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung	171,0	155,3	15,7 ↑
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	105,1	117,7	-12,6 ↓
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	64,1	53,6	10,5 ↑

Einen wesentlichen Anteil an den Sach- und Dienstleistungen nehmen sowohl die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB-Stoffe) und bezogene Waren mit 344,6 Mio. €, als auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung mit 171,0 Mio. € ein. Der Anstieg der Aufwendungen für RHB-Stoffe und bezogene Waren geht im Wesentlichen

## Gesamtabschluss 2021

mit mengen- und preisbedingt höheren Bezugsaufwendungen im Versorgungsbereich einher. Daneben erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung. Hier sind bereits die Vorboten der gestiegenen Inflation zu erkennen.

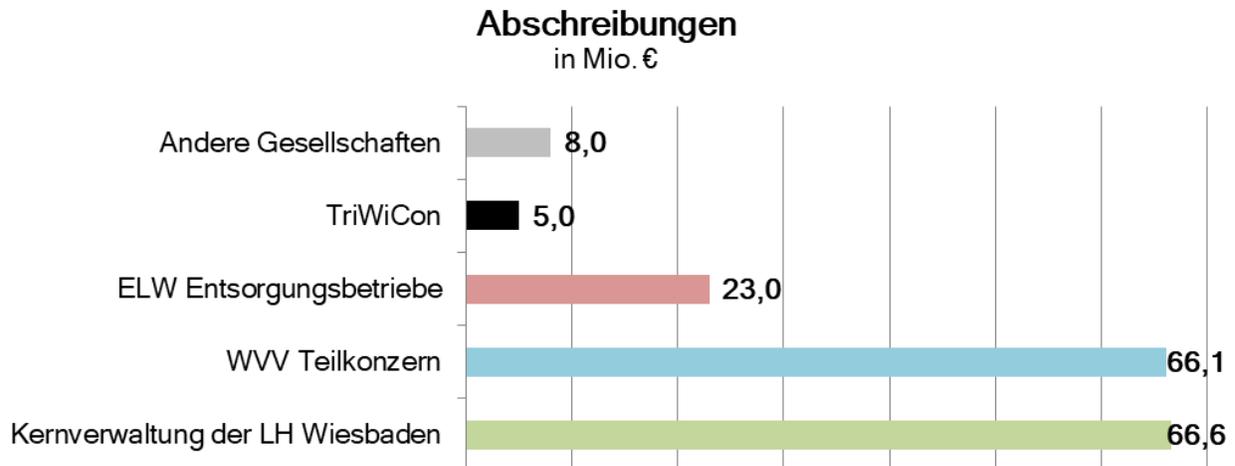
Die **Abschreibungen**<sup>32</sup> betragen im Berichtsjahr 168,7 Mio. € und reduzierten sich um 2,8 Mio. €. Ohne Berücksichtigung des Einmaleffektes im Jahr 2020 aufgrund der Abwertung der Greensill Geldanlagen (20 Mio. €), weisen die Abschreibungen allerdings eine Steigerung um 17,2 Mio. € aus. Dies ist auf höhere Wertberichtigungen im Forderungsbereich (+6,4 Mio. €) insbesondere bei der Kernverwaltung und höhere Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen (+11,2 Mio. €) vor allem bei WJW, ELW und WVV Konzern zurückzuführen. Sie können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
<b>Abschreibungen</b>	<b>168,7</b>	<b>171,5</b>	<b>-2,8 ↓</b>
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	4,8	5,2	-0,4 ↓
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,4	2,4	0,0 ↑
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	137,3	126,1	11,2 ↑
Wertberichtigungen auf Forderungen	24,2	17,8	6,4 ↑
Wertberichtigung auf Finanzmittelfonds	0,0	20,0	-20,0 ↓

Die Abschreibungen betreffen folgende Aufgabenträger:

<sup>32</sup> Im Gegensatz zum Anlagenspiegel finden in der Tabelle die Wertberichtigungen auf Forderungen (2020 und 2021) und Finanzmittelfonds (2020) Berücksichtigung, die außerplanmäßigen Abschreibungen aber nicht.

## Gesamtabschluss 2021



Mit höheren **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** von 140,8 Mio. € (Vj. 135,3 Mio. €) unterstützte die Kernverwaltung im Berichtsjahr eine Vielzahl von Einrichtungen / Institutionen. Die größten Zuschüsse gingen u. a. an:

- das Hessische Staatstheater (21,0 Mio. € / Vorjahr 22,2 Mio. €)
- Kindertagesstätten der evangelischen Regionalverwaltung Wiesbaden (22,4 Mio. € / Vorjahr 20,5 Mio. €)
- den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (Kita-Zuschüsse i. H. v. 12,3 Mio. € / Vorjahr 11,6 Mio. €)
- den AWO Kreisverband Wiesbaden (7,2 Mio. € / Vorjahr 7,2 Mio. €)
- den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau Taunus (2,3 Mio. € / Vorjahr 2,3 Mio. €)
- die Europa-Schule Dr. Obermayr (3,9 Mio. € / Vorjahr 3,9 Mio. €)
- die gemeinnützigen Känguru Kindertagesstätten (3,9 Mio. € / Vorjahr 3,2 Mio. €)
- die Wiesbadener Musik- und Kunstschule (2,7 Mio. € / Vorjahr 2,6 Mio. €)
- das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e. V. (2,5 Mio. € / Vorjahr 2,5 Mio. €)
- VHS Wiesbaden e. V. (3,3 Mio. € / Vorjahr 2,8 Mio. €)
- Terminal for Kids GmbH (2,4 Mio. € / Vorjahr 2,3 Mio. €)
- EVIM Bildung gGmbH (2,9 Mio. €).

Die **Steueraufwendungen** i. H. v. 125,7 Mio. € fielen gegenüber dem Vorjahr (126,0 Mio. €) nahezu gleich aus, waren ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW und betrafen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (84,6 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (20,7 Mio. €), die Krankenhausumlage (7,5 Mio. €) und die Heimatumlage (12,9 Mio. €). Während sich die Gewerbesteuerumlage (-2,9 Mio. €) und Heimatumlage (-1,8 Mio. €) im Berichtsjahr als geringer erwiesen, stieg die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband um 4,6 Mio. €.

## Gesamtabschluss 2021

---

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 431,1 Mio. € (Vj. 414,8 Mio. €) entfielen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen waren die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 237,7 Mio. €, nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 95,8 Mio. € und sonstige soziale Leistungen an natürliche Personen i. H. v. 97,5 Mio. €. Den Transferaufwendungen stehen Erträge aus Transferleistungen gegenüber, die ebenfalls gestiegen sind. Sie enthalten die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** i. H. v. 14,0 Mio. € lagen auf dem Vorjahresniveau und beinhalteten u. a. Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung.

### Finanzergebnis

Das Finanzergebnis betrug - 7,7 Mio. € und verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr (- 5,3 Mio. €).

#### *Finanzerträge*

Die Finanzerträge i. H. v. 42,5 Mio. € (Vj. 46,3 Mio. €) resultierten im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (12,6 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (14,4 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (2,7 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (12,5 Mio. €).

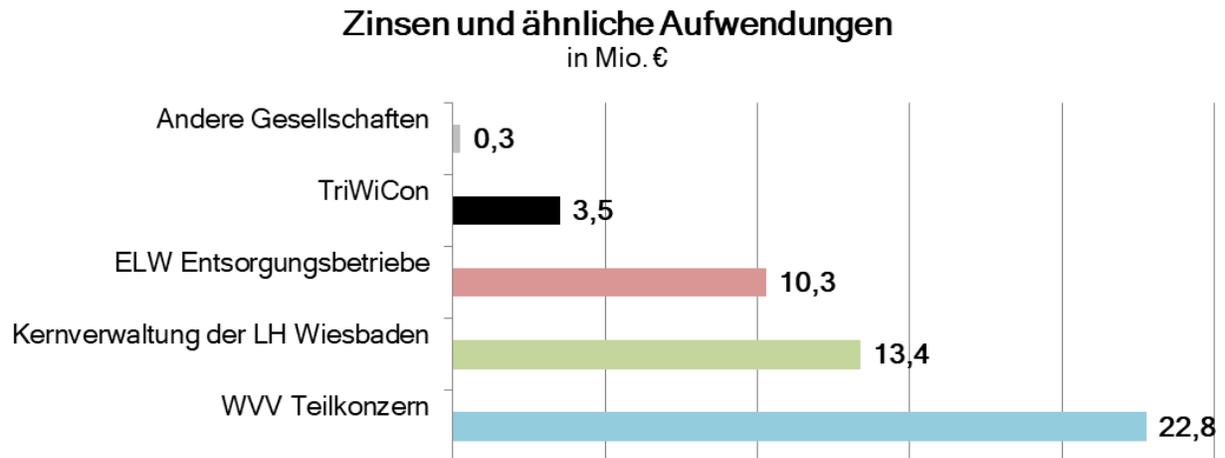
Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen reduzierten sich und entfielen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelte es sich dabei um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG (12,7 Mio. €) und um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co. KG (12,9 Mio. €), die indirekt Anteile an der Thüga AG hält.

## Gesamtabschluss 2021

---

### *Zinsen und ähnliche Aufwendungen*

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen - verringert um 1,3 Mio. € - beliefen sich im Berichtsjahr auf 50,3 Mio. € und entfielen zum überwiegenden Teil auf den WVV-Teilkonzern.



## Gesamtabschluss 2021

---

### 3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis erhöhte sich im Berichtsjahr. Es beläuft sich nunmehr auf 8,9 Mio. € (Vorjahr 2,7 Mio. €) und wird im Folgenden erläutert.

#### Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 19,1 Mio. € (Vj. 14,8 Mio. €) und setzten sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (16,7 Mio. €)
- Erträge aus der Zuschreibung von immateriellen Vermögen und Sachanlagevermögen (2,0 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (0,4 Mio. €).

Die **Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** waren vor allem auf die Kernverwaltung der LHW (15,0 Mio. €) und auf den WVV Teilkonzern (1,5 Mio. €) zurückzuführen. Bei der Kernverwaltung der LHW handelte es sich u. a. um Erträge aus Grundstücksverkäufen in Delkenheim (Lange Seegewann) und Gewerbeansiedlungen in Kastel (Petersweg-Ost). Beim WVV Teilkonzern gehen die Erträge größtenteils auf die GWW zurück. Die Gesellschaft verkaufte eine Teilfläche (4.472 m<sup>2</sup>) des im Jahr 2014 von der Kernverwaltung der LHW erworbenen Simeonhauses inkl. Grundstück (30.501 m<sup>2</sup>). Der im Jahr 2014 durch den Verkauf entstandene Zwischengewinn wurde seinerzeit eliminiert. Im Jahr 2021 wurde nunmehr durch den Teilverkauf an Dritte ein Teil des eliminierten Gewinns realisiert. Dies führte im Jahr 2021 zu einer Erhöhung des Gewinns im Gesamtabschluss um 1,0 Mio. €.

Die **Erträge aus der Zuschreibung von immateriellem und Sachanlagevermögen** (2,0 Mio. €) entfielen in voller Höhe auf die Kernverwaltung der LHW und resultierten aus der Nachaktivierung eines Kanals.

Die **anderen periodenfremden Erträge** entstanden mehrheitlich im WVV-Teilkonzern.

#### Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 10,2 Mio. € und setzten sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibung auf immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen (1,3 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (4,2 Mio. €)
- Andere periodenfremde Aufwendungen (3,3 Mio. €).

## Gesamtabschluss 2021

---

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelte es sich um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (3,0 Mio. €), die durch Verluste aus Grundstücksverkäufen (Lange Seegewann i. H. v. 1,7 Mio. €) und der Verschrottung des Stadtteilzentrums Schelmengraben (0,9 Mio. €) entstanden sind sowie um Aufwendungen des WVV Teilkonzerns (1,2 Mio. €).

Die **anderen periodenfremden Aufwendungen** entfielen mit 2,7 Mio. € größtenteils auf den WVV-Teilkonzern.

### 3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 16,8 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung

Die Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) erläutert die Veränderung des Finanzmittelfonds (liquide Mittel abzüglich Liquiditätskredite) im Berichtsjahr. In der Finanzrechnung werden die Einzahlungen und Auszahlungen ausgewiesen. Sie bezeichnen den Zufluss bzw. Abfluss der liquiden Mittel. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Hierbei wird zwischen drei Tätigkeitsbereichen unterschieden. Dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit / Verwaltungstätigkeit, dem Cashflow aus Investitionstätigkeit und dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit** wird über die sogenannte „indirekte Methode“ hergeleitet. Bei der indirekten Methode bildet das Jahresergebnis den Ausgangspunkt der Berechnungen. Das Jahresergebnis belief sich im Berichtsjahr auf -75,2 Mio. €. Um ausgehend vom Jahresergebnis den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu errechnen, wird das Jahresergebnis bereinigt. Es wird um die nicht zahlungsrelevanten Erträge und Aufwendungen, um Bestandsänderungen bei Posten des Umlaufvermögens (ohne Finanzmittelfonds) sowie um alle Posten, die Cashflows aus der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit darstellen, korrigiert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit halbierte sich gegenüber dem Vorjahr, liegt aber dennoch mit 110,9 Mio. € im positiven Bereich. Ein wesentlicher Teil der Differenz zwischen dem Jahresergebnis und dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit geht auf Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen des Anlagevermögens i. H. v. 145,7 Mio. € und auf die Erhöhung der Rückstellungen i. H. v. 48,5 Mio. € zurück.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** fasst die Zahlungsströme aus Investitionen und Desinvestitionen zusammen. Im Berichtsjahr war dieser geprägt von weiter steigenden Investitionen. So wurden Mittel i. H. v. 316,2 Mio. €<sup>33</sup> in das Anlagevermögen investiert. Von Bedeutung sind hier insbesondere die Investitionen in Wohngebäude (10,6 Mio. €), Schulgebäude (12,5 Mio. €), in das Energieversorgungsnetz (32,1 Mio. €) und in den Fuhrpark (20,7 Mio. €). Die Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis betreffen den Kauf der restlichen Anteile an der WIVERTIS und setzen sich aus den gezahlten Kaufpreis (1,1 Mio. €) abzüglich der erworbenen liquiden Mittel der WIVERTIS zum Zeitpunkt des Kaufes zusammen. Gegenläufig ist der Zufluss von Dividenden i. H. v. 28,7 Mio. €, die der Gesamtverbund im Wesentlichen aufgrund der mittelbaren Beteiligungen an der Kom9 und der KMW erhält sowie der Mittelzufluss aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens i. H. v. 65,6 Mio. €.<sup>34</sup> Hier erwähnenswert ist die Fälligkeit des Schuldscheindarlehens. Dies führte zu einer Erhöhung des Finanzmittelfonds um 35,7 Mio. €. Insgesamt ergab sich im Tätigkeitsbereich Investitionen aber ein Zahlungsmittelabfluss von 220,3 Mio. €.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** ist der Saldo aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Finanzierung. Im Berichtsjahr waren die Einzahlungen aufgrund von Kreditaufnahmen (189,7 Mio. €) wieder höher als die Auszahlungen für Kredittilgung

---

<sup>33</sup> AHK Zugänge (318,2 Mio. €) abzüglich der Erträge aus Zuschreibung des Sachanlagevermögens (2 Mio. €).

<sup>34</sup> Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens errechnen sich aus: Abgänge (89,3 Mio. € ohne spiegelübergreifende Umbuchungen von 0,9 Mio. €) abzüglich Abschreibungen auf Abgänge (36,1 Mio. €) zuzüglich Erträge (16,7 Mio. €) / abzüglich Verluste (4,3 Mio. €) aus diesen Geschäften.

## Gesamtabschluss 2021

---

(134,3 Mio. €) und die Zinszahlungen (42,1 Mio. €) für diese Kredite. Daneben erhielt der Verbund Zuschüsse i. H. v. 36,6 Mio. €. Hier enthalten ist der Ausgleich von Mindereinnahmen im ÖPNV (ESWE Verkehr 9,9 Mio. €). Gegenläufig wurden Ausschüttungen an Gesellschafter (Thüga AG, Atos) i. H. v. 17,1 Mio. € vorgenommen. Im Tätigkeitsbereich Finanzierung ergab sich ein Zahlungsmittelzufluss von 32,8 Mio. €.

Die Summe der drei Cashflows ergab eine **zahlungswirksame Verringerung** des **Finanzmittelfonds** um -76,6 Mio. €.

Der Finanzmittelfonds belief sich somit zum 31.12.2021 auf 278,8 Mio. €. Kurzfristige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung wurden zum Stichtag 31.12.2021 nicht aufgenommen und sind somit nicht vom Finanzmittelfonds abzusetzen.

## Gesamtabschluss 2021

---

### 3.5 Sonstige Angaben

#### 3.5.1 Haftungsverhältnisse

Die Kernverwaltung der LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Liegenschaftsamt wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurde.

Die Kernverwaltung der LHW ist, neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz, Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Hierbei handelt es sich um einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18.07.2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden sowie aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Scheindarlehen. Der Anteil der Kernverwaltung LHW beträgt aktuell 30 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

## Gesamtabschluss 2021

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Än- derung
		2021	2020	
Kernverwaltung der LHW	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende	2,3	5,0	-2,7
	HELIOS Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	42,5	45,0	-2,5
<b>Summe:</b>		<b>44,8</b>	<b>50,0</b>	<b>-5,2</b>
WV Teilkonzern	Treuhandverbindlichkeiten	11,0	10,4	0,6
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	50,0	50,0	0,0
<b>Summe:</b>		<b>61,0</b>	<b>60,4</b>	<b>0,6</b>

## Gesamtabschluss 2021

### 3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	Höhe der Verpflichtung in Mio. € jeweils zum 31.12.		Änderung in Mio. €
		2021	2020	
Kernverwaltung der LHW	Verpflichtungen aus Mietverträgen inkl. NK Vorausz.	9,9	9,9	0,0
	Verpflichtungen aus Betriebskostenzuschüssen an die Kindertagesstätten der freien Träger	74,2	68,8	5,4
	Betriebskostenzuschuss Hessisches Staatstheater Wiesbaden	17,4	19,0	-1,6
WVV Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	150,7	106,5	44,2
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	23,2	19,2	4,0
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	98,1	45,1	53,0
	Verpflichtungen aus sonstigen Verträgen	15,6	9,8	5,8
	Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers	6,1	6,6	-0,5
ELW Entsorgungsbetriebe	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	11,0	14,1	-3,1
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	0,3	0,4	-0,1
Wiesbaden Congress & Marketing GmbH	Mietkosten Touristikinformation	0,1	0,1	0,0
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt	Verpflichtungen aus Pacht- und Leasingverträgen	0,9	0,0	0,9
mattiaqua	Unterhaltung Thermalbad	0,4	0,6	-0,2
WIVERTIS	Miet- und Leasingverpflichtungen sowie Hard- und Softwareverträge	1,3	-	1,3
<b>Summe:</b>		<b>409,2</b>	<b>300,1</b>	<b>109,1</b>

Bei mehreren Gesellschaften des WVV Konzerns sind derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung eingesetzt. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft

## Gesamtabschluss 2021

---

eine Bewertungseinheit gebildet, sodass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Es handelt sich um micro hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 103,5 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung hatten diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert i. H. v. 7,7 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Dabei werden die Marktwerte anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Bewertungseinheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

## Gesamtabschluss 2021

### 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden im Unternehmensverbund der LHW stellte sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar.<sup>35</sup>

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	4.153	951	5.104	172 ↑
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH	5	0	5	2 ↑
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	196	0	196	9 ↑
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt gGmbH	237	0	237	11 ↑
ELW Entsorgungsbetriebe	787	4	791	15 ↑
MBA Wiesbaden GmbH	3	0	3	-1 ↓
TriWiCon	36	1	37	0 →
Wiesbaden Congress & Marketing GmbH	88	0	88	2 ↑
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	126	1	127	-6 ↓
Wasserversorgungsbetriebe der LHW (WLW)	6	0	6	0 →
WIVERTIS GmbH (seit 01.01.21 verbundenes Untern.)	51	3	54	54 ↑
WVV-Teilkonzern*	2.290	0	2.290	55 ↑
<b>Gesamt</b>	<b>7.978</b>	<b>960</b>	<b>8.938</b>	<b>313</b> ↑

<sup>35</sup> Es handelt sich um die gemittelte Kopfzahl pro Jahr. Beschäftigte, die wegen unbezahlter Beurlaubung oder Erkrankung nicht am jährlichen Dienstbetrieb teilnahmen, sind nicht berücksichtigt. Auszubildende sind ebenfalls nicht aufgeführt. Abgeordnete, gestellte oder überlassene Beschäftigte werden vom aufnehmenden Unternehmen genannt.

## Gesamtabschluss 2021

Gesellschaften des WVV Teilkonzerns	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
WVV Wiesbaden Holding GmbH	10	0	10	0 →
ESWE Versorgungs AG	583	0	583	5 ↑
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	1.198	0	1.198	17 ↑
WiTCOM GmbH	38	0	38	4 ↑
WiBau GmbH	36	0	36	4 ↑
Beteiligungsgesellschaft WVV Holding GmbH	0	0	0	0 →
SEG GmbH	73	0	73	9 ↑
GWW GmbH	189	0	189	7 ↑
GWI Gewerbeimmobilien GmbH	5	0	5	2 ↑
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	1	0	1	0 →
SW Netz GmbH	133	0	133	3 ↑
GeWeGe Wohnungsgesellschaft mbH	0	0	0	0 →
ESWE BioEnergie GmbH	24	0	24	4 ↑
ESWE Taunuswind GmbH	0	0	0	0 →
ESWE Windpark GmbH	0	0	0	0 →
ESWE WP Uettingen GmbH & Co. KG	0	0	0	0 →
<b>Summe Teilkonzern</b>	<b>2.290</b>	<b>0</b>	<b>2.290</b>	<b>55 ↑</b>

Wiesbaden, den 27.02.23



Axel Imholz  
Stadtkämmerer

Anlagen

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR							Abschreibungen in EUR							Buchwerte in EUR		
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zugang / Abgang Kons.Kreis	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Zu-schreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf weitere Zugänge (Nachaktivierung)	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen	Zugang / Abgang Kons.Kreis	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
<b>1 Anlagevermögen</b>	<b>7.587.080.216</b>	<b>318.150.393</b>	<b>90.245.653</b>	<b>0</b>	<b>355.910</b>	<b>-1.445.212</b>	<b>7.813.895.653</b>	<b>3.188.085.023</b>	<b>397</b>	<b>145.688.648</b>	<b>7.712</b>	<b>36.088.977</b>	<b>0</b>	<b>579.039</b>	<b>3.298.271.048</b>	<b>4.515.624.606</b>	<b>4.398.995.193</b>
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>89.862.552</b>	<b>6.110.647</b>	<b>8.742.566</b>	<b>7.401.185</b>	<b>278.898</b>	<b>0</b>	<b>94.910.715</b>	<b>61.129.814</b>	<b>0</b>	<b>7.140.275</b>	<b>0</b>	<b>8.652.803</b>	<b>14.488</b>	<b>267.910</b>	<b>59.899.685</b>	<b>35.011.030</b>	<b>28.732.737</b>
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	30.936.110	1.875.166	863.056	7.200.523	278.898	0	39.427.640	26.347.922	0	2.379.269	0	773.374	14.488	267.910	28.236.216	11.191.424	4.588.187
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	57.397.451	4.235.481	7.879.510	233.781	0	0	53.987.203	34.781.892	0	4.761.006	0	7.879.429	0	0	31.663.469	22.323.734	22.615.559
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.528.991	0	0	-33.119	0	0	1.495.872	0	0	0	0	0	0	0	1.495.872	1.528.991	
<b>1.2 Sachanlagen</b>	<b>6.737.720.474</b>	<b>307.909.365</b>	<b>43.348.225</b>	<b>-7.445.754</b>	<b>363.247</b>	<b>0</b>	<b>6.995.199.107</b>	<b>3.088.092.756</b>	<b>0</b>	<b>138.548.373</b>	<b>7.712</b>	<b>27.436.174</b>	<b>-14.488</b>	<b>311.129</b>	<b>3.199.509.308</b>	<b>3.795.689.800</b>	<b>3.649.627.718</b>
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	3.351.874.066	43.246.262	17.200.203	94.782.705	0	0	3.472.702.831	980.187.397	0	58.964.460	0	5.093.414	0	0	1.034.058.443	2.438.644.388	2.371.686.669
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.623.624.194	50.791.721	3.558.654	20.271.526	0	0	2.691.128.786	1.785.513.985	0	44.248.338	7.712	3.245.651	0	0	1.826.524.384	864.604.402	838.110.209
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	184.838.748	4.720.902	1.931.083	4.702.016	59.208	0	192.389.789	116.624.600	0	8.333.574	0	1.920.470	0	57.988	123.095.691	69.294.098	68.214.148
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	320.353.795	37.588.288	17.455.815	3.987.837	304.039	0	344.778.144	203.800.187	0	24.713.209	0	17.176.639	-14.488	253.141	211.575.411	133.202.733	116.553.608
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	257.029.671	171.562.193	3.202.469	-131.189.838	0	0	294.199.557	1.966.587	0	2.288.792	0	0	0	0	4.255.379	289.944.179	255.063.084
<b>1.3 Finanzanlagen</b>	<b>585.857.190</b>	<b>4.130.381</b>	<b>38.154.862</b>	<b>44.569</b>	<b>-286.235</b>	<b>-1.445.212</b>	<b>550.145.831</b>	<b>38.862.453</b>	<b>397</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>38.862.055</b>	<b>511.283.776</b>	<b>546.994.737</b>
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.478.214	-44.569	0	44.569	0	0	1.478.214	0	0	0	0	0	0	0	0	1.478.214	1.478.214
1.3.3 Beteiligungen	356.202.378	4.168.900	0	0	-286.235	-1.445.212	358.639.832	38.775.529	0	0	0	0	0	0	38.775.529	319.864.303	317.426.849
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.276.944	0	263.732	0	0	0	29.013.212	0	0	0	0	0	0	0	0	29.013.212	29.276.944
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	100.799.790	0	0	0	0	0	100.799.790	0	0	0	0	0	0	0	0	100.799.790	100.799.790
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	98.099.863	6.050	37.891.130	0	0	0	60.214.783	86.924	397	0	0	0	0	0	86.526	60.128.257	98.012.940
<b>1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	<b>173.640.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>173.640.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>173.640.000</b>	<b>173.640.000</b>

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (2) Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
		EUR	EUR	EUR		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	19.728.918	10.079.908	43.816.177	73.625.003	73.181.328
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	34.007.604	50.528	9.644	34.067.776	31.445.182
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	62.643.864	168.434	12.911	62.825.209	32.119.222
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	565.942	0	0	565.942	849.869
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	53.227.366	1.858.726	1.072.891	56.158.983	46.539.088
<b>Gesamt</b>		<b>170.173.694</b>	<b>12.157.596</b>	<b>44.911.623</b>	<b>227.242.913</b>	<b>184.134.689</b>

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2021	1.259.089.688	247.162.776	1.527.682	3.528	68.184.206	204.747.249	1.780.715.129
Zunahme	0	45.512.515	0	0	16.834.504	0	62.347.019
Abnahme	0	0	0	0	0	137.499.150	137.499.150
Dividendenausschüttung	0	0	0	0	16.496.884	648.903	17.145.787
Veränderungen Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	228.815	228.815
Stand 31.12.2021	1.259.089.688	292.675.291	1.527.682	3.528	68.521.826	66.828.011	1.688.646.025

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen / Zugänge		Auflösung	Auszahlungen Sach- anlagen	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen EUR	Sach- anlagen EUR			
<b>2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge</b>	<b>240.953.587</b>	<b>4.258.075</b>	<b>16.353.329</b>	<b>13.714.803</b>	<b>124.117</b>	<b>247.726.071</b>
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	195.327.782	4.258.075	13.933.534	10.483.839	7.737	203.027.815
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	17.938.233	0	1.869.935	1.127.782	0	18.680.386
2.1.3 Investitionsbeiträge	27.687.572	0	549.860	2.103.182	116.380	26.017.870
<b>2.2 Sonstige Sonderposten</b>	<b>38.650.373</b>	<b>0</b>	<b>4.596.447</b>	<b>3.762.019</b>	<b>0</b>	<b>39.484.801</b>
<b>Gesamt</b>	<b>279.603.960</b>	<b>4.258.075</b>	<b>20.949.776</b>	<b>17.476.822</b>	<b>124.117</b>	<b>287.210.872</b>

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Zugang / Abgang Konsolidierungs- kreis	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	626.985.407	864.676	16.750.738	43.307.580	1.712.801	0	654.390.374
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	2.670.590	36.568	608.426	594.268	0	0	2.619.864
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	106.274.727	62.406	0	956.644	4.907.493	0	112.076.458
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.326.082	56.300	0	0	0	0	11.269.782
3.5 Sonstige Rückstellungen	196.357.375	63.316.379	6.000.101	80.416.385	471.351	1.731.737	209.660.368
<b>Gesamt</b>	<b>943.614.181</b>	<b>64.336.329</b>	<b>23.359.265</b>	<b>125.274.877</b>	<b>7.091.645</b>	<b>1.731.737</b>	<b>990.016.846</b>

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR		
<b>4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</b>	<b>150.164.166</b>	<b>546.923.914</b>	<b>1.161.900.788</b>	<b>1.858.988.868</b>	<b>1.803.532.062</b>
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	141.317.174	510.201.397	1.061.838.927	1.713.357.498	1.642.847.999
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	2.685.639	9.204.553	15.249.843	27.140.035	27.582.322
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	6.161.353	27.517.964	84.812.018	118.491.335	133.101.741
<b>4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen</b>	<b>9.771.590</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>9.771.590</b>	<b>6.825.249</b>
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	122.004.546	0	0	122.004.546	84.833.062
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.258.850	0	0	19.258.850	11.296.891
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	5.096.691	0	0	5.096.691	5.249.844
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	137.215.477	0	0	137.215.477	106.829.465
<b>Gesamt</b>	<b>443.511.320</b>	<b>546.923.914</b>	<b>1.161.900.788</b>	<b>2.152.336.022</b>	<b>2.018.566.573</b>

## Gesamtabschluss 2021

## Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu Anschaffungs- und Herstellkosten (AHK) des Haushaltsjahres ./ (Abgänge zu AHK des Berichtsjahres ./ der Abschreibungen auf Anlagenabgänge)
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu AHK zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Berichtsjahres auf Sachanlagen}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{36}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Herausgeber:  
Landeshauptstadt Wiesbaden  
Dezernat III - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur  
Schillerplatz 1 - 2  
65185 Wiesbaden  
dezernat.III@wiesbaden.de

Bildrechte: ©Wiesbaden.de / Foto: Christian Welzel

<sup>36</sup> Gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW.